

Ziele für nachhaltige Entwicklung

Bericht 2025



Inhalt

	Vorwort.....	2
	Einleitung.....	3
	Finanzierung von Daten und Statistik.....	4
Ziel 1	Keine Armut	8
Ziel 2	Kein Hunger.....	10
Ziel 3	Gesundheit und Wohlergehen	12
Ziel 4	Hochwertige Bildung.....	16
Ziel 5	Geschlechtergleichheit.....	18
Ziel 6	Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen	20
Ziel 7	Bezahlbare und saubere Energie	22
Ziel 8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum.....	24
Ziel 9	Industrie, Innovation und Infrastruktur	26
Ziel 10	Weniger Ungleichheiten	28
Ziel 11	Nachhaltige Städte und Gemeinden	30
Ziel 12	Verantwortung bei Konsum und Produktion.....	32
Ziel 13	Klimamaßnahmen	34
Ziel 14	Leben unter Wasser	36
Ziel 15	Leben an Land.....	38
Ziel 16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	40
Ziel 17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	42
	Nach Zielvorgaben aufgeschlüsselte Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen	44
	Hinweise für die Leserschaft	46



Ziele für nachhaltige Entwicklung Bericht 2025

Vorwort

Zehn Jahre nach der Annahme der transformativen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Staats- und Regierungsoberhäupter der Welt haben wir nicht nur die Chance, sondern auch die Pflicht, eine Bestandsaufnahme der Fortschritte zu machen, Lücken anzuerkennen und unverzüglich und verantwortungsbewusst zu handeln.

Seit 2015 haben Millionen Menschen Zugang zu grundlegenden Diensten erhalten. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung genießt heute eine Form des Sozialschutzes – 10 % mehr als noch vor zehn Jahren. Die Zahl der Kinderheiraten und die Mütter- und Kindersterblichkeit sind zurückgegangen, und mehr junge Menschen, insbesondere Mädchen, schließen die Schule ab. Der Frauenanteil in den Parlamenten ist weltweit von 22 % auf 27 % gestiegen. Der Zugang zu Strom und sauberen Kochmethoden hat sich verbessert. 70 % mehr Menschen sind an das Internet angeschlossen, was neue Horizonte eröffnet. Überall auf der Welt arbeiten junge Menschen, Gemeinschaften, die Zivilgesellschaft und lokale Führungspersonlichkeiten verstärkt darauf hin, die Versprechen der Nachhaltigkeitsziele zu erfüllen.

Trotz dieser wichtigen Errungenschaften erschweren Konflikte, das Klimachaos, geopolitische Spannungen und wirtschaftliche Schocks nach wie vor Fortschritte in einem Tempo und Umfang, die für die Erreichung der Zielvorgabe für 2030 erforderlich sind.

Der diesjährige Bericht über die Ziele für nachhaltige Entwicklung zeigt, dass wir bei nur 35 % der Nachhaltigkeitsziele auf Kurs sind oder mäßig vorankommen. Bei fast der Hälfte geht es zu langsam voran, und bestürzenderweise gibt es bei 18 % sogar Rückschritte.

Wir stehen vor einem globalen Entwicklungsnotstand.

Mehr als 800 Mio. Menschen stecken in extremer Armut fest. Die Kohlendioxidwerte sind so hoch wie seit über zwei Mio. Jahren nicht mehr. 2024 war das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen, und die 1,5 °C-Schwelle wurde überschritten. Die Friedens- und Sicherheitslage hat sich verschlechtert: Über 120 Mio. Menschen wurden aus ihrem Zuhause vertrieben – mehr als doppelt so viele wie 2015.

Gleichzeitig sind die Schuldendienstkosten in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen auf beispiellose 1,4 Bio. USD gestiegen, was die für eine nachhaltige Entwicklung benötigten Ressourcen schmälert.

Dieser Bericht zeigt den Fortgang der Nachhaltigkeitsziele in Zahlen, ist jedoch vor allem ein Aufruf zum Handeln – ein Aufruf zu ambitionierten Maßnahmen in sechs entscheidenden Übergangsbereichen der Nachhaltigkeitsziele: Nahrungsmittelsysteme, Energie, digitale Anbindung, Bildung, Arbeitsplätze und Sozialschutz sowie Klima und Biodiversität.

Diese Übergänge erfordern massive Investitionen und eine robuste Politik und müssen dringend beschleunigt werden. Außerdem gilt es, Hindernisse zu beseitigen, die der vollen Teilhabe der Frauen an der Wirtschaft und am öffentlichen Leben entgegenstehen, sowie die geschlechtsspezifische Gewalt zu beenden und den gleichgestellten Zugang zu Bildung, Beschäftigung und Führungspositionen zu gewährleisten. Dazu gehört auch, Armut und Ungleichheit die Stirn zu bieten, die digitale Spaltung zu überwinden und sicherzustellen, dass Technologien, einschließlich künstlicher Intelligenz, inklusiv und verantwortungsvoll genutzt werden.

Aufbauend auf der Dynamik des Zukunftspakts haben wir in diesem Jahr bedeutsame Chancen, öffentliche und private Partner zusammenzubringen, um den politischen Willen und die Finanzmittel zu mobilisieren, die erforderlich sind, um die Nachhaltigkeitsziele auf Kurs zu bringen – darunter die Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, das Hochrangige Politische Forum, der Zweite Gipfel der Vereinten Nationen zu Ernährungssystemen und der Zweite Weltgipfel für soziale Entwicklung.

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung bleiben in Reichweite, aber nur, wenn wir entschlossen und sofort handeln. Gemeinsam können wir noch immer die nachhaltige Zukunft aufbauen, die alle Menschen überall verdienen.



António Guterres
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Einleitung

Ein Jahrzehnt nach der Annahme der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung befinden wir uns an einem Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit. Fünf Jahre vor Ablauf der Frist für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele gibt dieser Bericht sowohl eine ehrliche Einschätzung unserer aktuellen Lage als auch überzeugende Argumente dafür, warum die Vision des Wandels, die hinter den Nachhaltigkeitszielen steht, nicht nur relevant, sondern auch entscheidend für unsere gemeinsame Zukunft ist.

Ein Jahrzehnt voller Erkenntnisse: Fortschritte trotz widriger Umstände

Vor zehn Jahren versammelten sich die Staats- und Regierungsoberhäupter der Welt bei den Vereinten Nationen und gingen eine beispiellose Verpflichtung ein: niemanden zurückzulassen und unsere Welt bis 2030 zu verändern. Seitdem haben wir gelernt, dass nachhaltige Entwicklung kein Ziel ist, sondern vielmehr ein Prozess der Innovation, Anpassung und Verpflichtung zur Wahrung der Menschenwürde.

Dieser Bericht beschreibt die bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit und den Einfallsreichtum der Menschen. Wir haben große Erfolge gesehen, die zeigen, was möglich ist, wenn die internationale Gemeinschaft zielgerichtet und solidarisch handelt. Die HIV-Neuinfektionen sind seit 2010 um 40 % zurückgegangen. Durch die Anstrengungen zur Malariaprävention konnten seit 2000 2,2 Mrd. Fälle verhindert und 12,7 Mio. Menschenleben gerettet werden. Seit 2015 besuchen 110 Mio. Kinder und Jugendliche mehr die Schule, die Abschlussquoten sind auf allen Ebenen gestiegen und die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Bildung nehmen weiter ab.

Der Zugang zur Infrastruktur hat sich erheblich verbessert. 2023 hatten 92 % der Weltbevölkerung Zugang zu Elektrizität, und die Internetnutzung war von 40 % im Jahr 2015 auf 68 % im Jahr 2024 gestiegen – was Millionen von Menschen mehr Möglichkeiten für Bildung, Arbeit und Teilhabe eröffnete. Bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt haben Tausende von lokalen Erfolgen dazu beigetragen, den Schutz wichtiger Ökosysteme, die für die Gesundheit unseres Planeten entscheidend sind, zu verdoppeln.

Diese Erfolge sind keine abstrakten Statistiken – sie stehen für veränderte Lebensumstände, Familien, die aus der Armut befreit wurden, und Gemeinschaften, die befähigt wurden, eine bessere und widerstandsfähigere Zukunft aufzubauen. Sie bestätigen die grundlegende Annahme der Agenda 2030: Nachhaltige Entwicklung ist erreichbar, wenn wir faktengestützte Politik mit nachhaltigem politischem Engagement und Investitionen verbinden.

Uns harten Wahrheiten stellen

Dieser Bericht zwingt uns jedoch auch, uns unangenehmen Wahrheiten über die weiterhin bestehenden Herausforderungen zu stellen. Trotz bemerkenswerter Fortschritte ist der Wandel zu langsam, um unsere Versprechen für 2030 zu erfüllen. Einer von 12 Menschen leidet immer noch Hunger, und Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und Sanitär- und Hygieneeinrichtungen. Hartnäckige Ungleichheiten schränken weiterhin das menschliche Potenzial ein: Frauen widmen täglich 2,5-mal so viel Zeit wie Männer unbezahlter Betreuungsarbeit, und Menschen mit Behinderungen werden in vielen Bereichen nach wie vor benachteiligt.

Der allgemeine Kontext wird komplexer. Der Klimawandel beschleunigt sich, und die Temperaturen brechen jedes Jahr Rekorde. Vielen Ländern entstehen Rekordkosten für den Schuldendienst, während eine enorme jährliche Finanzierungslücke von 4 Bio. USD den Entwicklungsfortschritt hemmt.

Strategische Wege in die Zukunft

Bei den sechs Übergangsprozessen der Nachhaltigkeitsziele – Nahrungsmittelsysteme, Energiezugang, digitaler Wandel, Bildung, Arbeitsplätze und

Sozialschutz sowie Klima- und Biodiversitätsmaßnahmen – können konzentrierte Anstrengungen einen systemischen Wandel bewirken. Dabei handelt es sich um grundlegende Veränderungen der Art, wie wir unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft und unser Verhältnis zum Planeten organisieren.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Daten – die Grundlage für eine wirksame Politikgestaltung – rasch zur Verfügung stehen und inklusiv und umsetzbar sind. Der auf dem Weltforum 2024 angenommene Aktionsrahmen von Medellín gibt einen klaren Fahrplan für die Umgestaltung der Datensysteme vor. Wir müssen jetzt in seine Umsetzung investieren.

Um erfolgreich zu sein, muss jeder zwischenstaatliche Prozess nicht nur als diplomatische Übung betrachtet werden. Verhandlungsergebnisse müssen in integrierte nationale Strategien umgesetzt werden, die durch eine angemessene Finanzierung, solide Datensysteme und die für eine nachhaltige Umsetzung erforderlichen institutionellen Kapazitäten unterstützt werden.

Aufruf zu einer Erneuerung des Multilateralismus

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind von Natur aus global und miteinander verknüpft. Kein Land, unabhängig von seinem Wohlstand oder seinen Kapazitäten, kann den Klimawandel, die Pandemievorsorge oder die Ungleichheit allein bewältigen. Die Agenda 2030 steht für unsere gemeinsame Erkenntnis, dass unsere Schicksale miteinander verwoben sind und dass nachhaltige Entwicklung kein Nullsummenspiel ist, sondern ein gemeinsames Unterfangen, das allen zugutekommt.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen für das, was ich als „dringenden Multilateralismus“ bezeichne – ein neues Bekenntnis zur internationalen Zusammenarbeit, das auf Fakten, Gerechtigkeit und gegenseitiger Rechenschaftspflicht basiert. Das bedeutet, die Nachhaltigkeitsziele nicht als erstrebenswerte Ziele, sondern als nicht verhandelbare Verpflichtungen gegenüber heutigen und künftigen Generationen zu behandeln.

Maßstab für unseren Erfolg

In den letzten fünf Jahren vor 2030 müssen wir bedenken, dass der wahre Maßstab für Fortschritt nicht in globalen Durchschnittswerten oder aggregierten Statistiken liegt, sondern darin, wie wir das Leben derjenigen verändern, die am weitesten zurückgelassen wurden. Jedes Kind, das Zugang zu hochwertiger Bildung erhält, jede Familie, die aus der Armut befreit wird, und jede Gemeinde, die vor den Auswirkungen des Klimawandels geschützt wird, steht für das, was multilaterale Zusammenarbeit bewirken kann.

Dieser Bericht zeigt, dass ein Wandel möglich ist, wenn wir bewährte Strategien mit politischem Mut und angemessenen Ressourcen kombinieren. Die Nachhaltigkeitsziele sind so wichtig und erreichbar wie eh und je, aber nur, wenn wir die Ambitionen der Agenda 2030 mit der Dringlichkeit und Geschlossenheit verbinden, die dieser entscheidende Wendepunkt erfordert.

Die nächsten fünf Jahre werden darüber entscheiden, ob wir diese Chance ergreifen oder weiter zurückfallen. Nutzen wir dieses kritische Zeitfenster, um uns erneut zu verpflichten, zu handeln und zu liefern.

Li Junhua

Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

Finanzierung von Daten und Statistik, der Grundinfrastruktur für die Entwicklung

Ebenso wie Strom einen modernen Lebensstil beflügelt und sauberes Wasser die öffentliche Gesundheit aufrechterhält, unterstützt eine verlässliche Dateninfrastruktur nahezu jeden Aspekt nachhaltiger Entwicklung. Von der Beobachtung von Krankheitsausbrüchen und Klimafolgen bis zur Messung der Armutsminderung und der Sicherung einer transparenten Regierungsführung – hochwertige Daten und Statistiksysteme sind die Grundinfrastruktur des digitalen Zeitalters.

Es bleiben nur noch fünf Jahre, um die Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu erreichen, doch die Fortschritte sind mehr als unzureichend. Dies zeugt nicht nur von Herausforderungen bei der Umsetzung, sondern auch von einem grundlegenden Problem bei der Messung, Überwachung und Befriedigung globaler Entwicklungsbedürfnisse. Die Fortschrittsverfolgung bei den Nachhaltigkeitszielen und Kurskorrekturen in Echtzeit beruhen zur Gänze auf einer robusten Dateninfrastruktur. Die Statistiksysteme sind jedoch nach wie vor chronisch

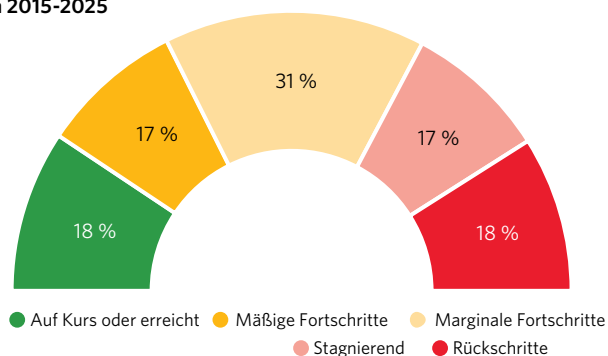
unterfinanziert und werden nicht als Grundlageninvestitionen, sondern als technisch und nachrangig behandelt. Ohne verlässliche Daten sind Regierungen nicht in der Lage, Probleme frühzeitig zu erkennen, Ressourcen wirksam zuzuweisen oder ihrer Rechenschaftspflicht nachzukommen.

Dieser Abschnitt enthält zunächst eine umfassende Fortschrittsbewertung, die den aktuellen globalen Stand der Verwirklichung der Agenda 2030 ungeschminkt zeigt. Im zweiten Teil beleuchten wir die Verbesserungen bei der Verfügbarkeit von Daten für die Nachhaltigkeitsziele, aber auch die nach wie vor erheblichen Lücken. Schließlich untersuchen wir die dringende Notwendigkeit, angesichts von Mehrfachkrisen eine dauerhafte Finanzierung und resiliente Datensysteme aufzubauen, und analysieren dabei, wie fragile Finanzierungsmechanismen Fortschritte bedrohen und welche Strategien eine ländergeführte Dateninfrastruktur für die Zukunft stärken.

I. Fünf Jahre noch: die ungeschminkte Realität der Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen

Die Fortschrittsbewertung für 2025 zeigt, dass die Welt bei der Verwirklichung der Agenda 2030 noch immer weit ab vom Kurs liegt. Von den 169 Zielvorgaben der Nachhaltigkeitsziele ließen sich 139 anhand der globalen Trenddaten, ausgehend vom Basisjahr 2015 bis zum zuletzt erfassten Jahr, bewerten, wobei ergänzend Analysen der verantwortlichen Organisationen herangezogen wurden. Nur bei 35 % der Zielvorgaben sind angemessene Fortschritte erkennbar – 18 % liegen auf Kurs, während 17 % mäßig vorankommen. Demgegenüber weisen 48 % der Zielvorgaben unzureichende Fortschritte auf, davon 31 % mit nur marginalen Verbesserungen und 17 % ohne jegliche Fortschritte. Am besorgniserregendsten ist, dass 18 % der Zielvorgaben hinter die Werte des Basisjahrs 2015 zurückgefallen sind.¹

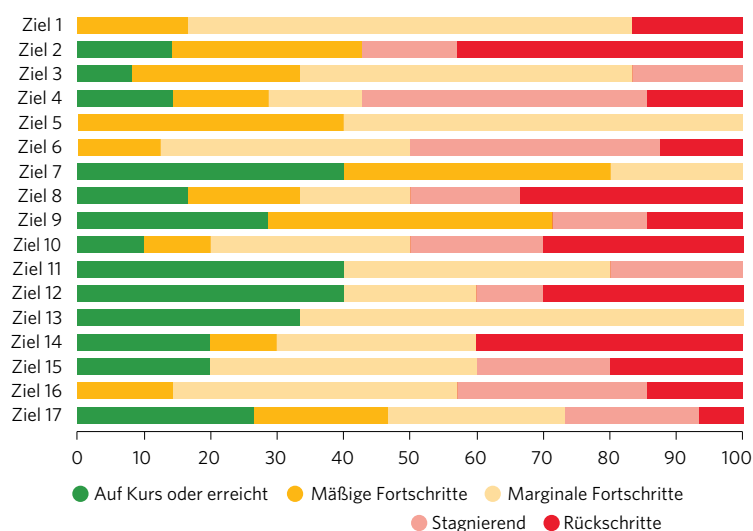
Gesamtfortschritte bei den Zielvorgaben anhand aggregierter globaler Daten von 2015-2025



Diese umfassende Bewertung unterstreicht, wie dringend intensivere Bemühungen sind, um die Nachhaltigkeitsziele auf Kurs zu bringen. Eine ausführliche Darstellung der Fortschritte nach Zielvorgaben findet sich am Ende dieses Berichts.

Der Schwerpunkt dieses Berichts liegt auf globalen Trends, doch können weltweite Durchschnittswerte bedeutsame Fortschritte in einer Vielzahl von Ländern verdecken, die bei einer Reihe von Zielen erheblich an Boden gewonnen haben. Solche nationalen und lokalen Erfolge – beflügelt durch stimmige politische Maßnahmen, starke Institutionen und inklusive Partnerschaften – beweisen, dass raschere Fortschritte möglich sind, und eröffnen wertvolle Pfade, die auch von anderen beschritten werden können.

Fortschrittsbewertung für die 17 Ziele anhand der bewerteten Zielvorgaben, nach Zielen (in Prozent)



¹ Diese Fortschrittsbewertung von Juni 2025 berücksichtigt einige neue Datensätze. Daher weichen ihre Ergebnisse leicht von denen im [Bericht des Generalsekretärs von April 2025 über die Fortschritte bei der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung](#) ab. Da die Daten laufend aktualisiert und Methoden überarbeitet werden, ist beim Direktvergleich mit den Bewertungen der Vorjahre Vorsicht geboten. Die Summe der Prozentwerte weicht rundungsbedingt von 100 % ab.

II. Zehn Jahre Daten für die Nachhaltigkeitsziele zeigen kritische Lücken in Schlüsselbereichen

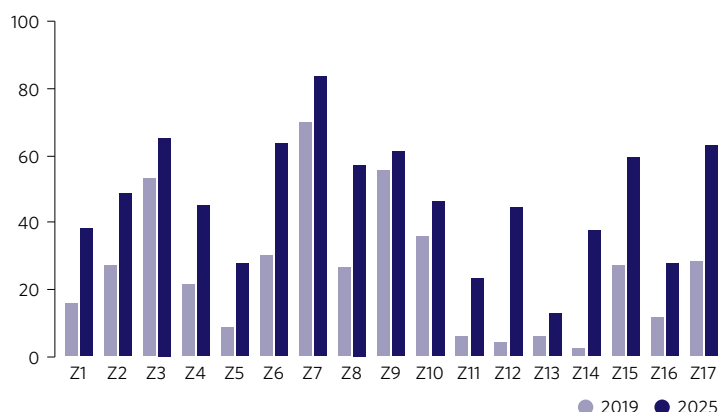
Im vergangenen Jahrzehnt kam der Ausbau von Datensystemen, die die Überwachung der Nachhaltigkeitsziele unterstützen, erheblich voran. Eine von der Statistischen Kommission gebilligte umfassende Überprüfung des Rahmens globaler Indikatoren im Jahr 2025 zog wichtige Änderungen nach sich, um den aktuellen Herausforderungen wie Klimawandel, Ungleichheiten und digitale Transformation besser Rechnung zu tragen. Diese Änderungen haben die Länder besser befähigt, Fortschritte zu verfolgen und eine evidenzbasierte Politik zu erarbeiten.

Als der Überwachungsrahmen für die Nachhaltigkeitsziele 2016 eingeführt wurde, war nur ein Drittel der Indikatoren gut durch Daten erfasst, während für 39 % eine auf internationaler Ebene vereinbarte Methodik fehlte. Heute sind fast 70 % gut erfasst, und für alle 234 Indikatoren gibt es eine fest etablierte Methodik.

Die Verfügbarkeit der Daten zu den Nachhaltigkeitszielen zeigt im Zeitraum 2019-2025 insgesamt ermutigende Fortschritte, wobei nach wie vor Lücken in Schlüsselbereichen bestehen. Ziel 3 (Gesundheit und Wohlergehen), Ziel 6 (Sauberes Wasser und Sanitärversorgung), Ziel 7 (Bezahlbare und saubere Energie) und Ziel 17 (Partnerschaften für die Ziele) verzeichnen erhebliche Verbesserungen, wobei für Ziel 7 die Erfassung durch Trenddaten mit mehr als 80 % am dichtesten ist. Demgegenüber liegen Ziel 5 (Geschlechtergleichheit), Ziel 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden),

Ziel 13 (Klimamaßnahmen) und Ziel 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen), die zu weniger als 30 % durch Trenddaten erfasst sind, weiter stark zurück. Diese Disparitäten lassen erhebliche Überwachungslücken erkennen und zeigen, welche Bereiche vorrangig entwickelt werden müssen und angesichts des nahenden Jahres 2030 gezielter Investitionen bedürfen.

Anteil der Länder oder Gebiete mit Trenddaten (mindestens zwei Datenpunkte seit 2015) - Vergleich der Datenbanken für 2019 und 2025, nach Zielen (in Prozent)



III. Angesichts von Mehrfachkrisen nachhaltige Finanzierung und resiliente Datensysteme aufbauen

Wie aus den vorigen Abschnitten ersichtlich, sind zwar mehr Daten zur Überwachung der Nachhaltigkeitsziele verfügbar, doch sind die Lücken weiter erheblich und die Fortschritte alarmierend gering. Noch verschärft werden diese Herausforderungen durch einen entscheidenden Schwachpunkt: das fragile finanzielle Fundament, auf dem die globalen Datensysteme ruhen.

Angesichts anhaltender Mehrfachkrisen – darunter Energie- und Ernährungsunsicherheit, geopolitische Spannungen und Klimaschocks – ist der Bedarf an aktuellen, inklusiven und integrierten Daten größer denn je. Paradoxerweise ist trotz dieses steigenden Datenbedarfs die Finanzierung der statistischen Systeme so unsicher wie nie. Die jüngsten Ausfälle, die von der

Einstellung wichtiger Erhebungsprogramme bis zur verminderten Entwicklungszusammenarbeit reichen, verdeutlichen, wie riskant es ist, Dateninfrastrukturen auf instabiler finanzieller Grundlage aufzubauen.

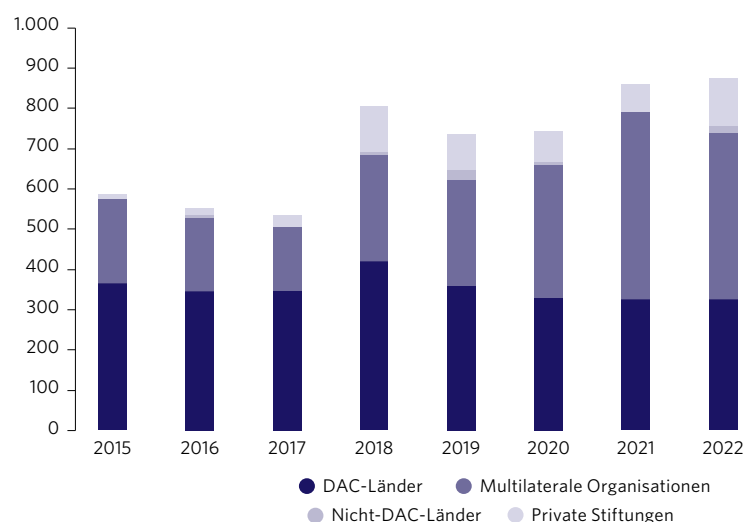
Um diese Finanzierungskrise zu beheben, bedarf es eines grundlegenden Wandels hin zu effizienten, nachhaltigen und strategischen Ansätzen, die sowohl inländische als auch internationale Ressourcen mobilisieren und zugleich Investitionen an nationalen Prioritäten ausrichten. Starke nationale Eigenverantwortung und institutionelle Führung müssen diesen Wandel vorantreiben, unterstützt durch koordinierte internationale Partnerschaften für den Aufbau resilienter, von den Ländern geführter Datensysteme.

Datenfinanzierung mit ungewisser Zukunft

Laut dem *PARIS21 Partner Report on Support to Statistics 2024* stieg die internationale finanzielle Unterstützung im Bereich Daten zwischen 2015 und 2022 real um rund 50 % von 586 Mio. auf 875 Mio. USD. Diese Unterstützung zielte auf konkrete Projekte zugunsten von Daten und Statistik in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Während die von Mitgliedern des Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bereitgestellten Finanzmittel seit Jahren stagnieren, haben die Beiträge von privaten Stiftungen, multilateralen Organisationen und Nicht-DAC-Ländern zugenommen.

Dieser Aufwärtstrend ist jedoch aktuell in Gefahr. Der generelle Abwärtstrend bei der gesamten öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit im Zeitraum 2023-2025 weckt Bedenken, dass die internationale Unterstützung für Daten und Statistik einen ähnlichen Rückgang erleben dürfte wie den, der die Fortschritte bei einer datengestützten Entwicklung bedroht. Noch verstärkt wird dieser Trend durch die fragilen Finanzierungsstrukturen im Datenbereich, die nach wie vor von einer starken Abhängigkeit von einer kleinen Gruppe wichtiger Geber gekennzeichnet sind. 2022 stellten neun Geber rund 70 % der gesamten finanziellen Unterstützung für Daten und Statistik bereit. Die Weltbank leistete mit 26 % den größten Anteil, gefolgt von den Vereinigten Staaten von Amerika mit 14 % und der Interamerikanischen Entwicklungsbank mit 10 %.

Internationale Finanzierung für Daten und Statistik, nach Finanzquellen - 2015-2022 (in Mio. USD)

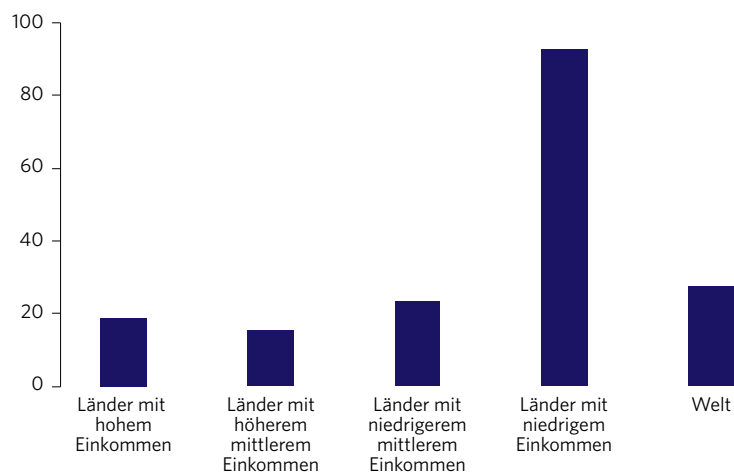


Ein ländergeführter, systemstärkender Ansatz ist für dauerhafte Investitionen in Daten entscheidend

Ein robustes und tragfähiges Finanzierungssystem für Daten und Statistik muss geberinitiierte, projektbasierte Modelle durch ländergeführte, systemstärkende Ansätze ersetzen. Dieser Übergang setzt voraus, dass Regierungen ihre innerstaatlichen Investitionen in die Daten- und Statistiksysteme aufstocken. Allerdings sind viele Länder – insbesondere Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen – erheblichen Haushaltszwängen ausgesetzt, infolge derer sie nur begrenzt angemessene innerstaatliche Mittel zuweisen können.

Den von der Sekretariatsübergreifenden Arbeitsgruppe für Haushaltserhebungen gesammelten Informationen zu 246 für den Zeitraum 2024-2025 geplanten Haushaltserhebungen in 65 Ländern zufolge verlassen sich mehr als 90 % dieser Erhebungen in Niedrigeinkommensländern auf externe Quellen, während es in Ländern mit mittlerem und höherem Einkommen rund 20 % sind. In ähnlicher Weise ergab eine Analyse 39 nationaler Strategien zur Statistikerstellung mit detaillierten Haushaltszuweisungen, dass die meisten Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen für die Finanzierung ihrer Maßnahmen im Bereich geschlechtsspezifische Daten auf externe Geber zurückgreifen.

Anteil der für 2024-2025 geplanten Erhebungen in 65 Ländern mit externer Finanzierung, nach Einkommensgruppen (in Prozent)

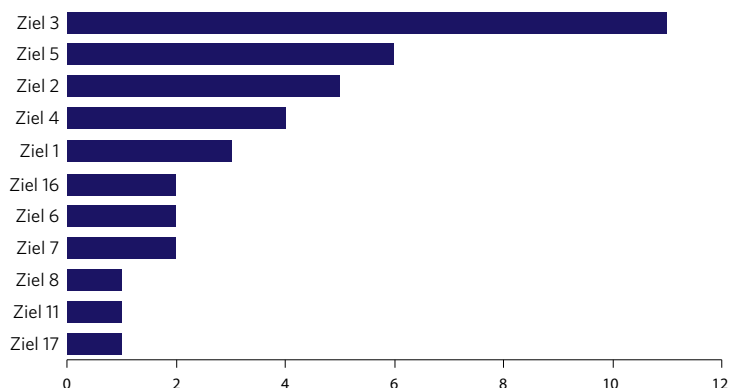


Fragile Finanzierung untergräbt die globale Überwachung der Nachhaltigkeitsziele

Ein klares Beispiel für die Fragilität der Datenfinanzierung war der abrupte Finanzierungsstopp durch die Internationale Entwicklungsbehörde der Vereinigten Staaten (USAID) im Februar 2025, der zur Aussetzung der Demografischen und gesundheitsbezogenen Erhebungen führte. Dies hat die Risiken, die stark von externen Gebern abhängige Datensysteme bergen, aufgezeigt und gefährdet nun die Gewinnung von Daten, die für die Überwachung der Fortschritte bei mehreren Indikatoren der Nachhaltigkeitsziele unabdingbar sind.

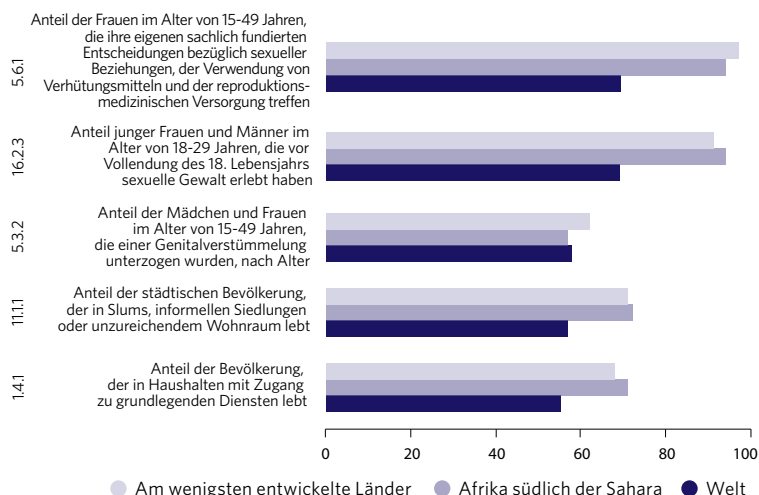
Die Bedeutung dieses Ausfalls wird daran ersichtlich, dass einer Studie der für die Nachhaltigkeitsziele verantwortlichen Organisationen zufolge Daten der Demografischen und gesundheitsbezogenen Erhebungen seit 2015 in unterschiedlichem Maße für die globale Berichterstattung zu 39 der Zielindikatoren verwendet wurden. Die Aussetzung dieser Erhebungen wirkt sich auf die einzelnen Ziele unterschiedlich stark aus. Mit elf Indikatoren, für die Daten aus diesen Erhebungen genutzt wurden, ist Ziel 3 (Gesundheit und Wohlergehen) am stärksten betroffen, gefolgt von Ziel 5 (Geschlechtergleichheit) mit sechs und Ziel 2 (Kein Hunger) mit fünf Indikatoren.

Anzahl der Indikatoren, die seit 2015 mindestens einen Datenpunkt aus den Demografischen und gesundheitsbezogenen Erhebungen für die globale Überwachung nutzen, nach Zielen



Zudem stützen sich diese 39 Zielindikatoren unterschiedlich stark auf Daten aus den Demografischen und gesundheitsbezogenen Erhebungen. Einige beziehen einen Großteil ihrer Datenpunkte aus diesen Erhebungen und sind damit für Ausfälle bei der Datenerhebung besonders anfällig. Die nachstehende Grafik zeigt die fünf Zielindikatoren, die am stärksten von Daten aus den Demografischen und gesundheitsbezogenen Erhebungen abhängig sind. Seit 2015 kamen 70 % der Datenpunkte zur Verwendung von Verhütungsmitteln (Indikator 5.6.1) und zu erlebter sexueller Gewalt (Indikator 16.2.3) aus diesen Erhebungen. Ihnen entstammen auch mehr als 50 % der Datenpunkte zur Verstümmelung weiblicher Genitalien (Indikator 5.3.2), zu der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung (Indikator 11.1.1) und zum Anteil der in Haushalten mit Zugang zu grundlegenden Diensten lebenden Bevölkerung (Indikator 1.4.1). Die Auswirkungen sind für Länder in Afrika südlich der Sahara und am wenigsten entwickelte Länder besonders drastisch.

Grad der Beeinträchtigung der fünf am stärksten durch die Aussetzung der Demografischen und gesundheitsbezogenen Erhebungen betroffenen Zielindikatoren für die globale Überwachung – 2025 (in Prozent)



Starke nationale Eigenverantwortung und institutionelle Führung können resiliente Datensysteme fördern

Die Einstellung des Programms Demografische und gesundheitsbezogene Erhebungen ist nur ein Beispiel für die allgemeine Anfälligkeit aufgrund fragiler Finanzierungsmechanismen in nationalen Daten- und Statistiksystemen. Nach einer im Mai 2025 durchgeführten Erhebung bei nationalen Statistikämtern waren stark auf externe Mittel angewiesene Länder von den Mittelkürzungen zu Jahresbeginn stark betroffen. Neben den Demografischen und gesundheitsbezogenen Erhebungen waren auch zahlreiche Haushalts-erhebungen und die Erstellung von Statistiken betroffen.

Diese Ausfälle zeigen die Risiken, die mit dem Aufbau stark von externer Finanzierung abhängiger nationaler Datensysteme einhergehen. Tragfähige und resiliente nationale Datensysteme erfordern ein deutliches Bekenntnis zu nationaler Eigenverantwortung. Das heißt, dass die Länder ihre eigenen, an den nationalen Entwicklungszielen ausgerichteten Prioritäten im Datenbereich festlegen und durch robuste institutionelle Kapazitäten unterstützen.

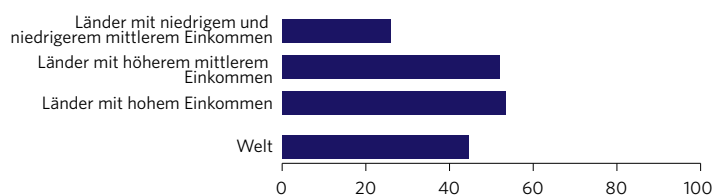
Strategische Planungsinstrumente spielen eine tragende Rolle dabei, Ländern bei der Bestimmung dieser Prioritäten zu helfen. Jährliche und mehrjährige Statistikpläne samt nationaler Strategien zur Statistikerstellung bieten operative Leitlinien wie langfristige strategische Orientierung. 2023 gaben 79 % der Länder an, einen jährlichen oder mehrjährigen Statistikplan zu nutzen, und 54 % hatten eine nationale Strategie zur Statistikerstellung beschlossen.

Ebenso wichtig ist die Koordinierungskapazität der nationalen Statistikämter, die für die praktische Umsetzung dieser Pläne entscheidend ist. Durch wirk-

same Koordinierung können alle Akteure im nationalen Datenökosystem innerhalb eines gemeinsamen Lenkungsrahmens für Statistik zusammenarbeiten. Weniger als die Hälfte dieser Ämter erklärte sich 2023 jedoch mit ihren Koordinierungsmöglichkeiten mit Partnern im nationalen Statistiksystem zufrieden. In Ländern mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen war die Situation noch problematischer. Dort erklärten sich nur 26 % der nationalen Statistikämter mit ihren Koordinierungskapazitäten zufrieden.

Die Koordinierungskapazitäten der nationalen Statistikämter jenseits des nationalen Statistiksystems sind weiter beschränkt. Fast alle Länder gaben an, mit öffentlichen Institutionen zusammenzuarbeiten, doch nur 50 % der nationalen Statistikämter kooperierten mit Partnern aus dem Privatsektor, 64 % mit Hochschulen und nur 42 % mit Organisationen der Zivilgesellschaft.

Anteil der nationalen Statistikämter, die mit ihren Möglichkeiten zur Abstimmung mit Partnern innerhalb der nationalen Statistiksysteme zufrieden sind, nach Einkommensgruppen – 2023 (in Prozent)



Internationale Unterstützung ist entscheidend, damit Länder ihre Statistikkapazitäten stärken können

Zwar ist nationale Eigenverantwortung für die Festlegung und Lenkung der Datenagenda unverzichtbar, doch sehen sich viele Länder – insbesondere mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen – weiter großen technischen Einschränkungen gegenüber. Diese zeigen sich in den von den Ländern auf drei Hauptgebieten bezeichneten Schwerpunktgebieten: Erstellung von Statistiken, interne organisatorische Abläufe und technische Schlüsselbereiche. Bei der Statistikerstellung standen die Nutzung von Verwaltungsdaten und die Datenerhebung im Vordergrund. Bei den internen Abläufen nationaler Statistikämter waren Investitionen in informations- und kommunikationstechnologische Infrastruktur und Personalfortbildung am dringendsten. Auf technischem Gebiet bezeichneten die Länder die Datenqualitätssicherung und die Abstimmung innerhalb des nationalen Statistiksystems als kritische Bereiche, in denen Kapazitäten ausgebaut werden müssen.

Während die Länder ihre Statistikkapazitäten ausbauen, ist in den genannten Schwerpunktgebieten eine starke und dauerhafte Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft erforderlich. Diese Unterstützung muss koordiniert, berechenbar und an den von den Ländern festgelegten Prioritäten ausgerichtet sein; zugleich sollte sie auf den Grundsätzen der gegenseitigen Rechenschaft beruhen und eine langfristige, systemweite Stärkung anstreben.

Anteil der nationalen Statistikämter, die die folgenden Bereiche als die fünf Hauptprioritäten für Investitionen auf drei wichtigen Gebieten bezeichnen – 2022 (in Prozent)



Zukünftige Resilienz erfordert dauerhafte Investitionen in die Dateninfrastruktur

Die Aussichten für die Finanzierung von Daten und Statistiken trüben sich zunehmend und gefährden die Erstellung wichtiger Statistiken und Langzeitinvestitionen in nationale Datensysteme. Diese Finanzierungslücke mit einander verstärkenden globalen Krisen wirft die Frage auf, ob sich die Länder wie während COVID-19 anpassen und unter Druck weiterentwickeln können.

Es besteht Grund zu vorsichtigem Optimismus. 2022, als der Großteil der Welt gerade aus dem Schatten der Pandemie trat, fand in allen nationalen Statistikämtern eine Bewertung statt, die ermitteln sollte, ob sie für die nächste Krise gerüstet sind. Fast 80 % der Länder – 95 % der Länder mit hohem Einkommen und 61 % der Länder mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen – bezeichneten sich als gut vorbereitet, um auf eine andere massive Störung vergleichbaren Ausmaßes wirksam reagieren zu können. Diese Bereitschaft ist Ausdruck der erzielten Fortschritte wie auch des Potenzials, mit dauerhafter Unterstützung und koordinierten Investitionen noch leistungsfähigere Datensysteme zu errichten.

Der auf dem Weltdatenforum 2024 gebilligte Aktionsrahmen von Medellín zu Daten für eine nachhaltige Entwicklung entwirft eine kühne und einende Vision für die nächste Phase der Stärkung der globalen Datenökosysteme, mit dem Ziel, globale Herausforderungen zu bewältigen; er wird wirkungsvolle Lösungen durch Partnerschaften, Innovationen und Kapazitätsaufbau schaffen. Er unterstreicht auch, dass Daten nicht nur verfügbar, sondern auch zugänglich, nutzbar und vertrauenswürdig sein müssen. Er verlangt außerdem die erhebliche Aufstockung einer berechenbaren, koordinierten und langfristigen Finanzierung von Daten, so auch durch die Mobilisierung einheimischer Ressourcen und durch verstärkte internationale Unterstützung.

Auf der Zielgeraden zum entscheidenden Jahr 2030 gebietet die steigende Datennachfrage dauerhafte Investitionen in die grundlegenden Systeme, die von Informationen zum Handeln führen. Die Frage lautet nicht länger, ob wir es uns leisten können, in die Dateninfrastruktur zu investieren, sondern ob wir es uns leisten können, ohne solche Investitionen ins Jahr 2030 zu gehen.



Keine Armut

- Extreme Armut besteht weiter und betrifft weltweit jeden zehnten Menschen. Die jüngsten Krisen haben die Fortschritte ausgebremst, besonders in Afrika südlich der Sahara und in konfliktbetroffenen Regionen. Ohne deutlich raschere Anstrengungen werden 2030 nach der neu festgelegten internationalen Armutschwelle immer noch 8,9 % der Weltbevölkerung in extremer Armut leben. Ebenso dürfte bei der derzeitigen Entwicklung nur 1 von 5 Ländern seine nationale Armutsquote bis 2030 halbiert haben.
- Erstmals in der Geschichte erhält heute mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung mindestens eine Form von Sozialschutzleistung. Dennoch sind noch immer 3,8 Mrd. Menschen nicht abgesichert.
- Die Regierungen geben mehr Geld für Bildung, Gesundheit und Sozialschutz aus, doch die Schwellen- und Entwicklungsländer weisen weiter weniger Mittel für diese Grundleistungen zu als die entwickelten Volkswirtschaften.



In Antananarivo (Madagaskar) verkaufen Händler auf lokalen Märkten Gemüse – eine wichtige Lebensgrundlage für viele in der informellen Wirtschaft, die nach wie vor sehr anfällig für wirtschaftliche Schocks und den Klimawandel ist.

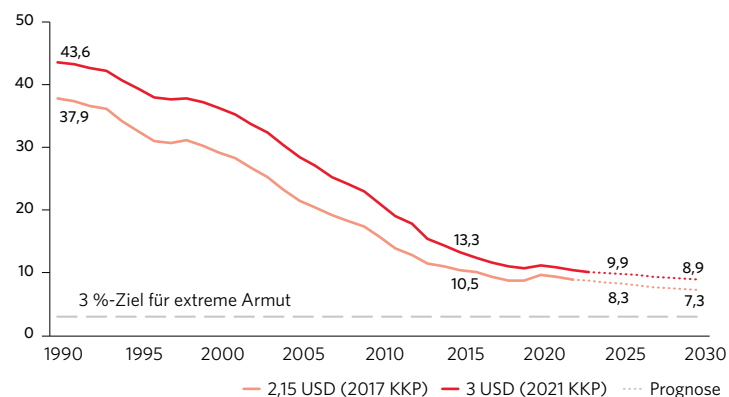
- Für eine Welt ohne Armut gilt es, dringend den Sozialschutz in den Entwicklungsländern auszuweiten, Ausgabenlücken bei Grundleistungen zu schließen und Ressourcen gezielt für die schutzbedürftigsten Bevölkerungsgruppen einzusetzen.

Neue Armutsschätzungen zeigen, dass mehr Menschen in extremer Armut leben, wodurch das Ziel für 2030 weiter außer Reichweite gerät

Die Weltbank hat ihre globalen Armutsschätzungen im Juni 2025 anhand aktualisierter Preisdaten und nationaler Armutschwelle aus über 160 Ländern überarbeitet. Die internationale Armutschwelle wurde von 2,15 USD (Kaufkraftparität (KKP) 2017) auf 3,00 USD (KKP 2021) angehoben. Nach dem neuen Schwellenwert entkamen zwischen 1990 und 2022 1,5 Mrd. Menschen der Armut – im Vergleich zu 1,3 Mrd. Menschen nach der vorherigen Grenze. Durch die Anpassung wurde jedoch die Grenze für extreme Armut nach oben korrigiert. 2025 werden geschätzt 808 Mio. Menschen in extremer Armut leben, gegenüber den bisher geschätzten 677 Mio. – das entspricht 9,9 % der Weltbevölkerung oder 1 von 10 Menschen. Die Beseitigung der extremen Armut bis 2030 erscheint aufgrund der langsamen Erholung von der COVID-19-Pandemie, der wirtschaftlichen Instabilität, der Klimaschocks und des schleppenden Wachstums in Afrika südlich der Sahara höchst unwahrscheinlich. 2025 werden mehr als drei Viertel der weltweit in extremer Armut lebenden Menschen in Afrika südlich der Sahara oder in fragilen und konfliktbetroffenen Ländern leben.

Was die Zielvorgabe der Nachhaltigkeitsziele anbelangt, die nationalen Armutsquoten bis 2030 zu halbieren, so wird für alle Regionen ein Rückgang der durchschnittlichen nationalen Quoten erwartet. Allerdings ist nur 1 von 5 Ländern auf Kurs, die genannte Zielvorgabe bis 2030 zu erreichen.

Anteil der Bevölkerung, der mit weniger als 3 USD/Tag (KKP 2021) bzw. 2,15 USD/Tag (KKP 2017) auskommen muss – 2015–2030 (in Prozent)



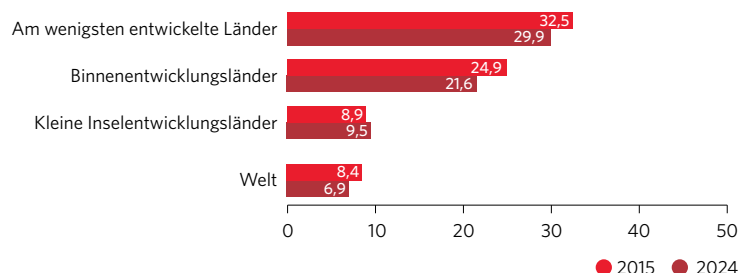
Anmerkung: Diese Armutsdaten basieren auf der Plattform gegen Armut und Ungleichheit (PIP) der Weltbank von September 2024 (KKP 2017) und auf der PIP von Juni 2025 (KKP 2021). Der Unterschied zwischen den beiden Datenreihen geht also nicht nur auf neue KKP-Daten und die neue internationale Armutschwelle zurück, sondern auch auf die Berücksichtigung neuer Erhebungsdaten. Die gestrichelten Linien geben Prognosen oder erste Schätzungen an.

Die Erwerbsarmut ist weltweit zurückgegangen, jedoch nicht in den gefährdeten Regionen

Weltweit ist die Erwerbsarmut in den letzten 25 Jahren deutlich zurückgegangen, doch in den meisten Regionen zeichnen sich langsamere Fortschritte ab. 2024 mussten 6,9 % der erwerbstätigen Bevölkerung – mehr als 240 Mio. Beschäftigte weltweit – mit weniger als 2,15 USD pro Tag (KKP 2017) auskommen, gegenüber 8,4 Prozent im Jahr 2015.

Ost- und Südostasien sowie Zentral- und Südasien haben erhebliche Fortschritte erzielt und ihren Anteil der Erwerbsarmen seit 2015 um die Hälfte oder mehr reduziert. In den am meisten gefährdeten Ländern der Welt sind die Erwerbsarmutsquoten jedoch anhaltend hoch. 2024 lebten in den am wenigsten entwickelten Ländern fast 3 von 10 Beschäftigten in extremer Armut, in den Binnenentwicklungsländern waren es 2 von 10. In den kleinen Inselentwicklungsländern stieg die Quote von 8,9 % im Jahr 2015 auf 9,5 % im Jahr 2024.

Anteil der erwerbstätigen Bevölkerung, der mit weniger als 2,15 USD/Tag (KKP 2017) auskommen muss – 2015 und 2024 (in Prozent)

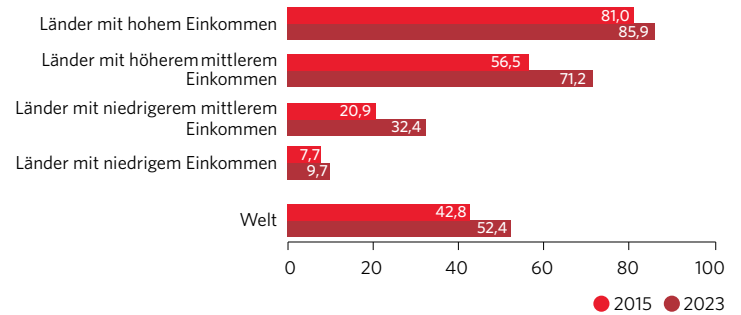


Trotz Ausweitung sind Milliarden Menschen weiter ohne Sozialschutz

2023 war erstmals mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung (52,4 %) durch mindestens eine Sozialschutzleistung abgesichert, gegenüber 42,8 % im Jahr 2015. Dennoch hatten noch immer 3,8 Mrd. Menschen keine Absicherung. Während sich die Länder mit hohem Einkommen einer allgemeinen Absicherung nähern (85,9 %) und es in Ländern mit höherem mittlerem Einkommen erhebliche Fortschritte gibt (71,2 %), hat sich die Absicherung in den Ländern mit niedrigem Einkommen (9,7 %) seit 2015 kaum verändert. Es gibt nach wie vor geschlechtsspezifische Unterschiede, und die tatsächliche Absicherung von Frauen (50,1 %) liegt hinter der von Männern (54,6 %) zurück.

Grund für die Abweichungen sind unterschiedlich hohe Investitionen. Die Länder gaben 2023 im Schnitt 19,3 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für den Sozialschutz aus, doch der Anteil schwankte stark zwischen 24,9 % in Hocheinkommens- und nur 2,0 % in Niedrigeinkommensländern. Um in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen einen sozialen Basisschutz zu gewährleisten, sind jährlich zusätzliche 1,4 Bio. USD erforderlich, was 3,3 % ihres aggregierten BIP im Jahr 2024 entspricht.

Anteil der Bevölkerung, der durch mindestens eine Sozialschutzleistung abgesichert ist, nach Landeseinkommen – 2015 und 2023 (in Prozent)



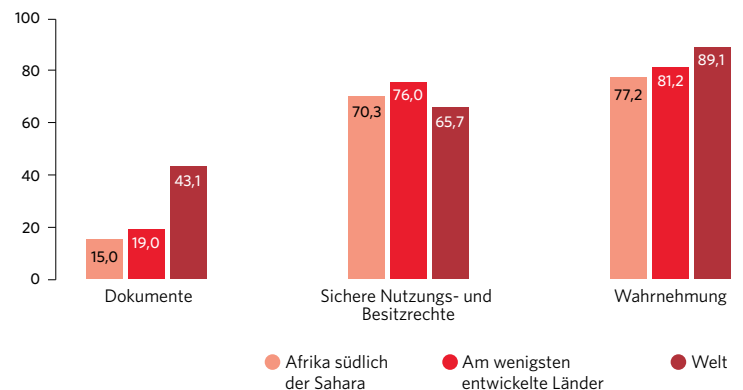
Viele sehen ihre Landrechte als sicher an, doch amtliche Dokumente sind nach wie vor nur begrenzt verfügbar und ungleich verteilt

Nach Daten aus 85 Ländern von 2022 verfügen zwei Drittel (66 %) der Bevölkerung nach eigener Auffassung über sichere Landnutzungs- und -besitzrechte, doch nur 43 % – in Afrika südlich der Sahara sogar nur 15 % – der Erwachsenen besitzen entsprechende amtliche Dokumente. Somit sind fast 1,4 Mrd. Erwachsene in den Entwicklungsregionen von formellen Grundstücksmärkten und Hypothekenfinanzierungen ausgeschlossen und haben keine rechtliche Möglichkeit, ihre Landrechte zu schützen. In 1 von 5 bericht-erstattenden Ländern besitzt weniger als 1 von 10 Erwachsenen amtliche Dokumente über Landrechte, wobei der Mangel in Armut sowie in ländlichen Gebieten lebende Menschen überproportional betrifft. Die Hälfte derjenigen, die ihre Landrechte als sicher ansehen, und derjenigen, die sich vor Zwangs-räumungen geschützt fühlen, sind Frauen. Allerdings besitzen nur 24 % der Frauen entsprechende gesetzlich anerkannte Dokumente, was nur 3 von 10 aller dokumentierten Landbesitzerinnen und -besitzer entspricht.

Trotz all dem bieten gewohnheitsrechtliche und andere informelle Landnutzungs- und -besitzrechte weiterhin ein Gefühl sicherer Landrechte, insbeson-dere in ländlichen Gebieten. In 27 Ländern, für die Daten vorliegen, sehen

zwischen 82 und 89 % der Bevölkerung ihre Landrechte als sicher an, selbst ohne Zugang zu amtlichen, gesetzlich anerkannte Dokumenten.

Anteil der erwachsenen Bevölkerung, der über gesetzlich anerkannte Dokumente über seine Landrechte verfügt, sichere Landnutzungs- und -besitzrechte hat und seine Landrechte als sicher ansieht – neueste Daten von 2022 (in Prozent)



Die öffentlichen Ausgaben für Grundleistungen steigen, doch klappt eine Lücke von 20 Prozentpunkten zwischen entwickelten und Entwicklungsländern

Nach Daten aus 100 berichterstattenden Ländern betrug der Anteil der Gesamtausgaben der Staaten für Grundleistungen (Bildung, Gesundheit und Sozialschutz) 2023 im Durchschnitt rund 46 % – 60 % in den entwickelten Volkswirtschaften und 43 % in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Während die Ausgaben für Grundleistungen in den letzten zwei Jahrzehnten für beide Wirtschaftsgruppen tendenziell gestiegen sind, bleibt der Abstand zwischen den beiden Gruppen stabil bei etwa 20 Prozentpunkten. Dies liegt hauptsächlich an höheren Ausgaben für den Sozialschutz (15 Prozentpunkte) und in geringerem Maß an höheren Ausgaben für Gesundheit (5 Prozentpunkte) in den entwickelten Volkswirtschaften.

Während der COVID-19-Pandemie gaben die Staaten mehr für Sozialschutz und Gesundheit aus, für Bildung dagegen weniger – auch aufgrund von Schulschließungen. Es wurde erwartet, dass diese Verschiebungen mit dem Nachlassen der Pandemiefolgen vorübergehen würden. Doch langwierige Gesundheitsprobleme und unterbrochene Bildungswege können sich dauerhaft auf das Humankapital auswirken.

Direkttransfers haben den größten Nutzen für in Armut lebende Menschen, starke Varianz bei Ausgaben für Bildung und Gesundheit

Armutsmindernde öffentliche Sozialausgaben sind definiert als der Anteil der Staatsausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Direkttransfers, der den unteren 20 % der Einkommensverteilung zugutekommt. In den 51 Ländern, für die Daten für alle drei Bereiche vorliegen, kamen im letzten mit Daten belegten Jahr durchschnittlich 26 % der Staatsausgaben den unteren 20 % der Bevölkerung zugute, wobei dieser Anteil in den einzelnen Ländern von 10 bis 39 % reicht.

Die Ausgabenmuster sind von Bereich zu Bereich unterschiedlich. Direkttransfers sind der Sektor mit dem größten Nutzen für Menschen in Armut: 33 % der Bargeld- oder Quasigeldtransfers kommen dem ärmsten Fünftel der Einkommensverteilung zugute. Im Bildungsbereich wirken die Ausgaben nur geringfügig für Menschen in Armut: 22 % der Mittel kommen bei den ärmsten 20 % an. Im Gesundheitsbereich schwanken die Ausgaben für das unterste Einkommensfünftel von Land zu Land erheblich und liegen zwischen 9 und 59 % bei einem Durchschnitt von 19 %.



Kein Hunger

- Weltweit sind Hunger und Ernährungsunsicherheit in den letzten Jahren zurückgegangen, liegen aber immer noch über dem Stand vor der Pandemie. 2024 waren geschätzt 8,2 % der Weltbevölkerung von Hunger betroffen und etwa 28 % – fast 2,3 Mrd. Menschen – von mittlerer oder schwerer Ernährungsunsicherheit.
- Hunderte Mio. von Kindern und Frauen sind fehlernährt; die Ernährung von Frauen sowie Kleinkindern ist nach wie vor nicht vielfältig genug. Der Anteil der Länder mit hohen Nahrungsmittelpreisen sank zwar von 60 % im Jahr 2022 auf 50 % im Jahr 2023, ist aber immer noch mehr als dreimal so hoch wie vor der Pandemie.
- Die öffentlichen Agrarinvestitionen steigen und lagen 2023 bei 701 Mrd. USD, aber der Agrarorientierungs-Index ist weiter rückläufig, was auf eine Diskrepanz zwischen den Investitionen und der Bedeutung des Sektors hinweist.
- Mit Blick auf Ziel 2 müssen dringend die Ernährungssysteme gestärkt, Kleinerzeuger unterstützt, Dienstleistungen verbessert, der Zugang zu



In der Kabasa-Grundschule in Dollow (Somalia) isst ein Mädchen mit ihren Freundinnen zu Mittag. Mit Unterstützung von UNICEF versorgt die Schule die Schüler/innen mit sauberem Wasser und gesunden Mahlzeiten.

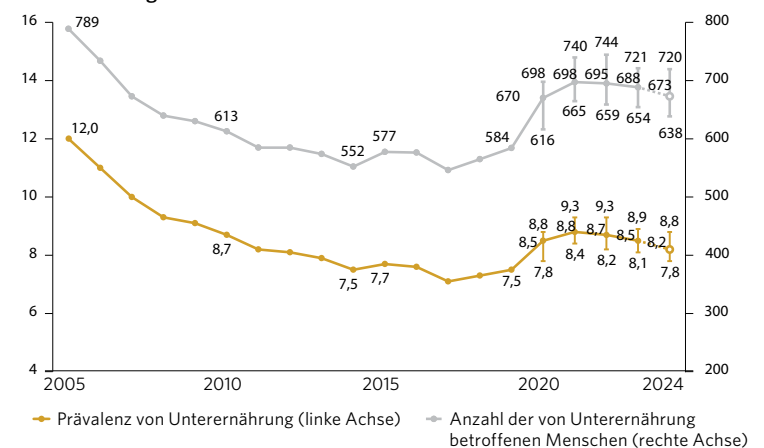
nährstoffreicher Ernährung gesichert und die strukturellen Ursachen für schwankende Nahrungsmittelpreise angegangen werden – dafür braucht es eine koordinierte Finanzierung und sektorübergreifende Strategien. 2025 werden der UN-Gipfel zu Ernährungssystemen und die Weltgesundheitsversammlung helfen, die weltweiten Anstrengungen mit den nationalen Prioritäten in Einklang zu bringen.

Weltweit in den letzten Jahren weniger Hunger und Ernährungsunsicherheit, Fortschritte uneinheitlich

2024 zeichnete sich ein Rückgang des Hungers weltweit ab: 8,2 % der Bevölkerung waren unterernährt – 8,5 % weniger als 2023 und 8,7 % weniger als 2022, jedoch immer noch mehr als 2015. Geschätzt 638 bis 720 Mio. Menschen litten Hunger. Die Fortschritte gingen auf Verbesserungen in Südamerika, Südasiens und Südostasien zurück, während der Hunger in Nordafrika und Westasien und Afrika südlich der Sahara weiter zunahm. 2024 betraf er 22,3 % der Menschen in Afrika südlich der Sahara und 11,8 % in Nordafrika und Westasien.

Auch die Ernährungsunsicherheit nahm seit 2021 ab, blieb jedoch weit über dem Stand von 2015. 2024 waren 28 % der Weltbevölkerung – rund 2,3 Mrd. Menschen – mäßig oder stark davon betroffen, gegenüber 21,4 % (1,6 Mrd.) im Jahr 2015. Am stärksten war der Anstieg in Afrika südlich der Sahara, wo mehr als zwei Drittel der Bevölkerung betroffen waren, gegenüber fast 50 % im Jahr 2015. In Zentral- und Südasiens sowie in Nordafrika und Westasien betraf mittlere oder schwere Ernährungsunsicherheit mehr als ein Drittel der Bevölkerung.

Prävalenz (Prozent) und Anzahl (Millionen) der Menschen, die weltweit von Unterernährung betroffen sind – 2005-2024

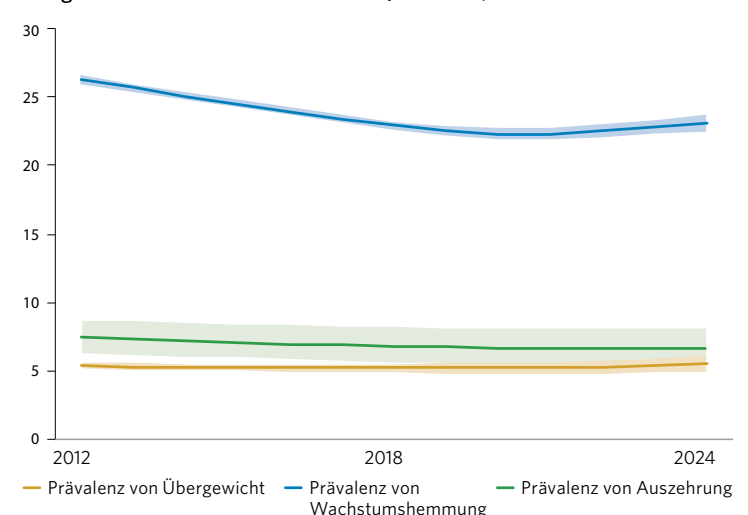


Weltweit langsamere Erfolge bei der Bekämpfung der Fehlernährung von Kindern, Trendwende in Sicht

Fehlernährung gefährdet weiterhin Wachstum, Entwicklung und die langfristige Gesundheit von Kindern. 2012-2024 sank die Prävalenz von Wachstumshemmung (zu klein für ihr Alter) bei Kindern unter 5 Jahren von 26,4 auf 23,2 %. Aktuelle Daten zeigen jedoch eine mögliche Trendwende. Sehr häufig ist Wachstumshemmung nach wie vor in Ländern mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen, wo 86,8 % der 150 Mio. betroffenen Kinder leben. 2024 war Wachstumshemmung bei Jungen (24,4 %) prävalenter als bei Mädchen (21,9 %). Um die Wachstumshemmungsrate gemäß Zielvorgabe bis 2030 zu halbieren, muss deutlich schneller gehandelt werden.

Die globale Prävalenz von Übergewicht (zu hohes Gewicht für ihre Größe) bei Kindern unter 5 Jahren stieg 2012-2024 leicht von 5,3 auf 5,5 %, was jedoch statistisch nicht signifikant ist. Zugleich sank die weltweite Prävalenz von Auszehrung (zu leicht für ihre Größe) von 7,4 auf 6,6 %; die Zahl der davon betroffenen Kinder nahm in Zentral- und Südasiens (um 16 %) und in Afrika südlich der Sahara (um 5 %) besonders ab. Dennoch leben über 80 % aller weltweit von Auszehrung betroffenen Kinder in diesen beiden Regionen (57,5 % in Zentral- und Südasiens, 23,8 % in Afrika südlich der Sahara).

Anteil der Kinder unter 5 Jahren, die von Wachstumshemmung, Auszehrung und Übergewicht betroffen sind – 2012-2024 (in Prozent)



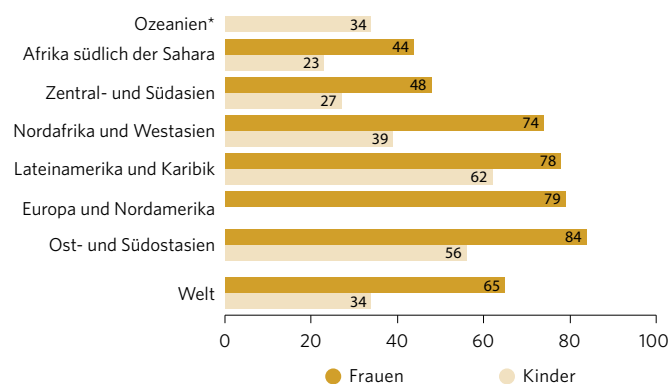
Anmerkung: Die schattierten Bereiche stellen Konfidenzintervalle von 95 Prozent dar.

Anämie und mangelnde Ernährungsvielfalt sind nach wie vor große Hindernisse für die Erreichung der globalen Ernährungsziele für Frauen und Kinder

Anämie (die den Geburtsausgang, die Produktivität und die Kognition beeinträchtigt) betraf 2023 weltweit 30,7 % der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren, gegenüber 27,6 % im Jahr 2012. Die Prävalenz bei schwangeren Frauen bleibt konstant bei 35,5 %, während sie bei nicht Schwangeren zwischen 2012 und 2023 von 27,1 auf 30,5 % leicht anstieg. Das für 2030 gesteckte Ziel einer Reduzierung um 50 % ist nur mit schnelleren, sektorübergreifenden Maßnahmen zu erreichen.

Ein Mindestmaß an Ernährungsvielfalt ist für die ausreichende Vitamin- und Mineralstoffzufuhr unerlässlich. Weltweit erreichten dies 2019-2023 nur zwei Drittel (65 %) der Frauen von 15 bis 49 Jahren. In Afrika südlich der Sahara (44 %) und Zentral- und Südasien (48 %) war die Rate am niedrigsten, in Ost- und Südostasien (84 %) und Europa und Nordamerika (79 %) am höchsten. Bei Kindern im Alter von 6-23 Monaten ist die Ernährungsvielfalt nach wie vor alarmierend gering. Zwischen 2016 und 2022 erfüllten etwa 34 % die Norm, gegenüber 28 % zwischen 2009 und 2015. Besonders unzureichend ist die Lage in Afrika südlich der Sahara (23 %) sowie Zentral- und Südasien (27 %).

Anteil der Frauen von 15-49 Jahren und der Kinder von 6-23 Monaten, die ein Mindestmaß an Ernährungsvielfalt erreichten – aktuellste Daten (in Prozent)



*Ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Die Daten für Frauen von 15-49 Jahren stammen von 2019-2023, die Daten für Kinder von 6-23 Monaten von 2016-2022.

Kleinerzeuger von Nahrungsmitteln verdienen und produzieren in der Regel weniger, sind aber für die Widerstandsfähigkeit der Agrar- und Nahrungsmittelsysteme unerlässlich

Kleinerzeuger von Nahrungsmitteln sind für eine widerstandsfähige Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und die Bekämpfung des Hungers entscheidend, bleiben aber innerhalb der Agrar- und Nahrungsmittelsysteme stark gefährdet. Ihre Arbeitsproduktivität ist durchweg niedriger als die der Großbetriebe, vor allem in den entwickelten Ländern, wo sie oft unter 25 % derjenigen der Großbetriebe liegt. Die Einkommen von Klein- und Großerzeugern liegen nach wie vor weit auseinander. In den meisten Ländern verdienen Kleinerzeuger pro Jahr weniger als 1.500 USD (KKP 2017), in einigen Fällen weniger als 500 USD – oft nicht einmal halb so viel wie größere Erzeuger. Das geschlechtsspezifische Gefälle ist von Land zu Land unterschiedlich. In den meisten Ländern, für die Daten vorliegen, weisen von Männern geleitete Betriebe höhere Durchschnittseinkommen auf als von Frauen geleitete, während sich die Arbeitsproduktivität weniger unterscheidet.

Neue Rekorde bei weltweiten Agrarinvestitionen, aber Sektor weiter unterfinanziert

Die weltweiten öffentlichen Ausgaben für die Landwirtschaft erreichten 2023 ein Rekordhoch von 701 Mrd. USD, was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 2 % seit 2015 entspricht. Auf den Sektor entfielen jedoch nur 1,85 % der gesamten Staatsausgaben. Der Agrarorientierungs-Index (AOI) – staatliche Ausgaben für den Sektor im Verhältnis zu seinem BIP-Beitrag – fiel von 0,50 (2015) auf 0,43 (2023). Die am wenigsten entwickelten und die Binnenentwicklungsländer wenden nur 4 % ihrer Gesamtstaatsausgaben für die Landwirtschaft auf, obwohl dieser Sektor etwa 18 % ihres BIP erwirtschaftet. Der AOI in den Binnenentwicklungsländern sank von 0,26 (2015) auf 0,19 (2023), in den am wenigsten entwickelten Ländern stieg er im selben Zeitraum leicht von 0,20 auf 0,21.

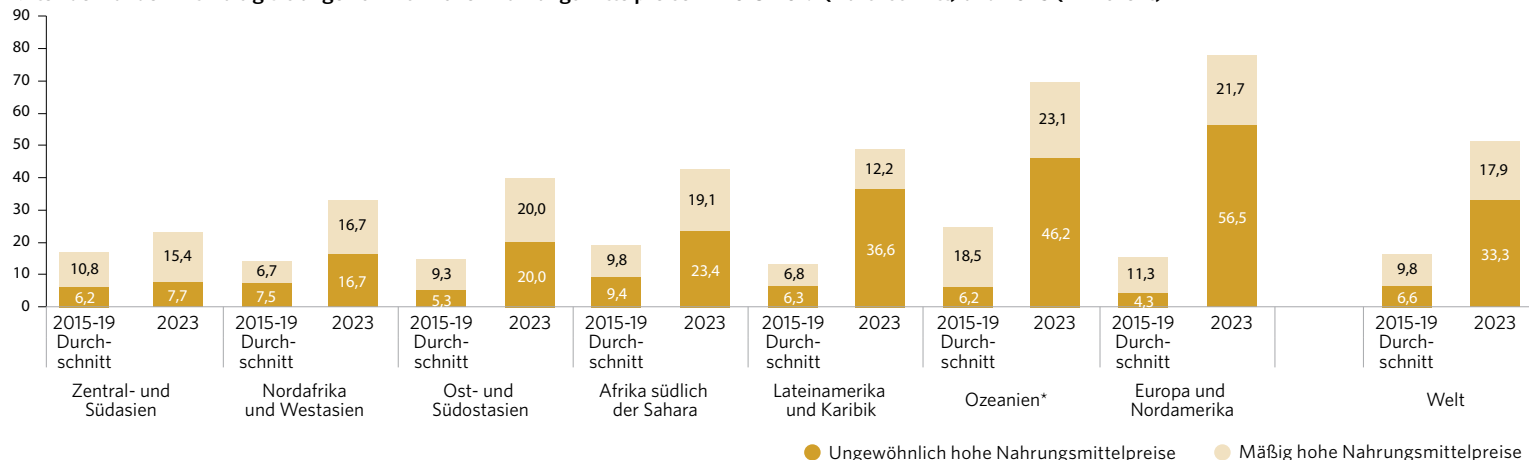
Nach einem Rekordhoch im Jahr 2022 ging die Agrarhilfe für die Entwicklungsländer 2023 leicht um 2,5 % zurück. Das Gesamtvolumen stieg jedoch um 43,5 % von 12,9 Mrd. USD (2015) auf 18,5 Mrd. USD (2023) (zu konstanten Preisen von 2023). Die Unterstützung für Afrika lag 2023 mit einem Anstieg von 3,8 % gegenüber 2022 höher als je zuvor.

Nahrungsmittelpreise weltweit weniger unter Druck, aber weiter dreimal so hoch wie vor der Pandemie

2023 verzeichneten etwa 50 % der Länder mäßig bis ungewöhnlich hohe Nahrungsmittelpreise – das ist ein leichter Rückgang gegenüber dem Rekordwert von 2022 (60 %), jedoch das Dreifache des Durchschnitts von 2015 bis 2019 (16 %). Hauptgrund sind gesunkene Transportkosten sowie Kraftstoff- und Düngemittelpreise, insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2023.

Während die meisten Regionen Preisverbesserungen verzeichneten, verdoppelte sich in Ost- und Südostasien der Anteil der Länder mit hohen Preisen bis 2023 (Stand wieder wie 2020). Dies wurde durch steigende Reispreise aufgrund von wetterbedingten Produktionsproblemen, Vorratshaltung und Handelsbeschränkungen begünstigt. Auch in den kleinen Inselentwicklungsländern stieg der Druck auf die Nahrungsmittelpreise 2023 das zweite Jahr in Folge – ein Resultat der anhaltenden Preisinflation bei Nahrungsmitteln.

Anteil der Länder mit mäßig bis ungewöhnlich hohen Nahrungsmittelpreisen – 2015-2019 (Durchschnitt) und 2023 (in Prozent)



*Ohne Australien und Neuseeland



Gesundheit und Wohlergehen

- Nach jahrzehntelangen Erfolgen lassen die weltweiten Fortschritte im Gesundheitsbereich nach. Zwischen 2000 und 2019 ging die Mütter- und Kindersterblichkeit deutlich zurück, die HIV-Inzidenz sank und die Gesundheitsspanne stieg um mehr als fünf Jahre. COVID-19 hob jedoch einige dieser Erfolge wieder auf, indem es die Lebenserwartung um 1,8 Jahre verkürzte und die Fortschritte bei fast allen gesundheitsbezogenen Zielvorgaben verlangsamte.
- Infektionskrankheiten und nichtübertragbare Krankheiten sind nach wie vor eine große Bedrohung. Die Zahl aidsbedingter Todesfälle hat sich seit 2010 halbiert, und in 54 Ländern wurde mindestens eine vernachlässigte Tropenkrankheit eliminiert. Zugleich nehmen Malariafälle zu, Tuberkulose war 2023 wahrscheinlich wieder die weltweit häufigste Ursache für den Tod durch einen einzelnen Infektionserreger, und 2021 starben 18 Mio. Menschen unter 70 Jahren an nichtübertragbaren Krankheiten. Gegen Risikofaktoren wie Tabakkonsum, Luftverunreinigung und schlechte Ernährung wird noch immer nicht genug getan.
- Nach wie vor sind die Ungleichheiten groß und die Systeme unterfinanziert. Trotz immer mehr Personals im Gesundheitswesen und der Ausweitung der Dienste bleiben gravierende Ungleichheiten. In einkommensschwachen und instabilen Gebieten sind die Risiken aufgrund der



In einem kommunalen Gesundheitszentrum in Herat im Westen Afghanistans erhält ein Säugling eine Schluckimpfung gegen Polio.

unterfinanzierten Systeme und des Mangels an Diensten und Personal besonders hoch.

- Weltweite Resilienz in Sachen Gesundheit erfordert mutige Investitionen und Gerechtigkeit. Zur Erreichung der Gesundheitsziele bis 2030 muss viel mehr getan werden, um tief verwurzelte Ungleichheiten zu beseitigen, die Primärversorgung zu stärken, widerstandsfähige und inklusive Gesundheitssysteme aufzubauen und den allgemeinen Zugang zu einer hochwertigen Versorgung zu gewährleisten.

Müttersterblichkeit weltweit leicht rückläufig, Fortschritte stagnieren in Ländern mit hoher Rate

Die weltweite Müttersterblichkeitsrate sank zwischen 2015 und 2023 leicht von 228 auf 197 Todesfälle je 100.000 Lebendgeburten. Dennoch starben 2023 geschätzt 260.000 Frauen während der Schwangerschaft und bei der Geburt. Die derzeitige Rate ist fast dreimal so hoch wie die Zielvorgabe von 70. Um diese zu erreichen, muss die Zahl von heute bis 2030 jährlich um 14,8 % zurückgehen.

Die Ungleichheiten sind nach wie vor gravierend. 2023 lag die Müttersterblichkeitsrate in Ländern mit niedrigem Einkommen bei 346, in Ländern mit hohem Einkommen bei 10. In konfliktbetroffenen Ländern lag sie bei 504, in

Ländern mit fragilen institutionellen und sozialen Verhältnissen bei 368. Darüber hinaus konnten Afrika südlich der Sahara und Südasien, auf die 2023 insgesamt 87 % der weltweiten Müttersterblichkeit entfielen, die Rate seit 2015 nur geringfügig senken.

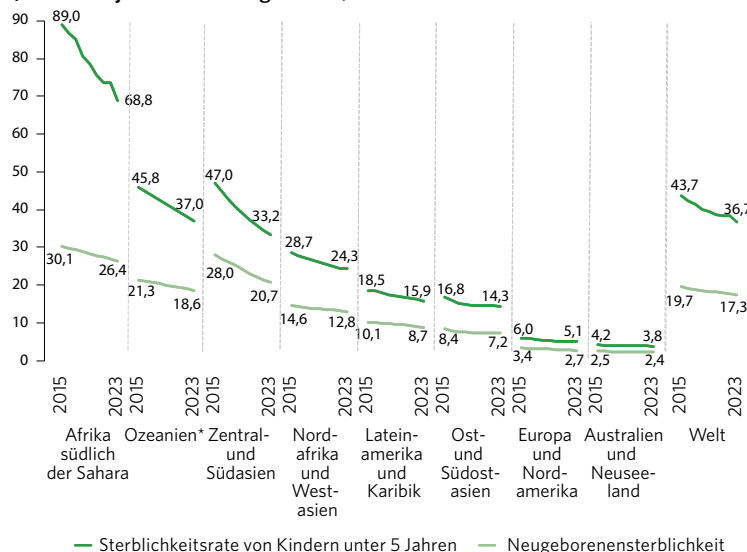
Zwar stieg der weltweite Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Geburten zwischen 2015 und 2024 von 80 auf 87 %, doch gab es 2024 immer noch rund 17 Mio. Geburten ohne eine solche Betreuung. Die regionalen Unterschiede sind nach wie vor groß: In Afrika südlich der Sahara lag die Rate bei 73 %, in Ost- und Südostasien dagegen bei 97 %.

Bei der Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren gibt es erhebliche regionale Unterschiede

Weltweit sank die Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren von 44 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten im Jahr 2015 um 16 % auf 37 Fälle im Jahr 2023. Die Neugeborenensterblichkeit sank um 12 % von 20 auf 17 Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten. Dennoch starben 2023 immer noch 4,8 Mio. Kinder unter 5 Jahren, gegenüber 6,2 Mio. im Jahr 2015. Die regionalen Unterschiede sind weiterhin groß: Die Sterblichkeitsrate für Kinder unter 5 Jahren ist in Afrika südlich der Sahara mit 69 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten 18-mal höher als in Australien und Neuseeland. Die Fortschritte lassen nach. Die weltweiten jährlichen Minderungsraten für die Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren und von Neugeborenen lagen 2000-2015 bei 3,7 bzw. 3 %. Zwischen 2015-2023 sanken diese Raten jedoch auf 2,2 bzw. 1,6 %.

2023 hatten 133 Länder die Zielvorgabe für die Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren bereits erreicht, in 7 weiteren Ländern wird dies bis 2030 erwartet. 60 Länder jedoch – fast drei Viertel davon in Afrika südlich der Sahara – müssen ihre Fortschritte beschleunigen, um es bis 2030 zu schaffen. 125 Länder haben die Zielvorgabe für die Neugeborenensterblichkeit bereits erfüllt und 10 weitere werden voraussichtlich bis 2030 folgen, doch in 65 Ländern muss die Sterblichkeit schneller sinken. Derzeit wird erwartet, dass es bis 2030 bei Kindern unter 5 Jahren 30 Mio. Todesfälle geben wird. Durch die Erreichung der Zielvorgaben ließen sich 8 Mio. davon verhindern.

Sterblichkeitsrate bei Kindern unter 5 Jahren und Neugeborenen – 2015-2023 (Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten)



*Ohne Australien und Neuseeland

Im weltweiten Kampf gegen Infektionskrankheiten gibt es wichtige Fortschritte, doch die weltweiten Ziele bleiben unerreichbar

HIV/Aids: Dank des erweiterten Zugangs zu HIV-Behandlungen ist die Zahl aidsbedingter Todesfälle von 1,4 Mio. im Jahr 2010 auf 630.000 im Jahr 2024 zurückgegangen. Die Zahl der HIV-Neuinfektionen war 2024 so niedrig wie zuletzt Ende der 1980er-Jahre – 40 % niedriger als 2010. In Afrika südlich der Sahara gab es einen Rückgang um 56 %. Dennoch steckten sich auch 2024 noch geschätzte 1,3 Mio. Menschen neu an. Besorgniserregend ist, dass ihre Zahl in drei Regionen – Lateinamerika und Karibik, Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) sowie Nordafrika und Westasien – seit 2010 gestiegen ist.

Von den geschätzten 40,8 Mio. Menschen, die 2024 mit HIV lebten, erhielten 9,2 Mio. keine lebensrettende Behandlung, weshalb pro Minute ein Mensch aidsbedingt starb. Die HIV-Inzidenz unter heranwachsenden Mädchen und jungen Frauen ist in Afrika südlich der Sahara nach wie vor außergewöhnlich hoch. Die vertikale Übertragung geht langsamer zurück – 2024 infizierten sich geschätzte 120.000 Kinder mit HIV. Das bedeutet, dass insgesamt 1,4 Mio. Kinder mit HIV leben, davon 86 % in Afrika südlich der Sahara.

Weltweit geht die Finanzierung zurück. Im Dezember 2024 erhielten über 20 Mio. Menschen, darunter 560.000 Kinder, mit Unterstützung der USA eine antiretrovirale Behandlung. Im Januar 2025 setzte die Regierung der USA ihre Auslandshilfe aus, mit Auswirkungen auf lebensrettende HIV-Dienste für Millionen Menschen in 55 Ländern, vor allem in Afrika. Ein dauerhafter Stopp könnte bis 2029 6 Mio. HIV-Neuinfektionen und 4 Mio. aidsbedingte Todesfälle bedeuten. Finanzmittel aus den Ländern selbst und von Gebern können diese Unterstützung nicht schnell genug ersetzen, was die Versorgungskontinuität gefährdet. Trotz der abrupten Kürzungen haben etwa Botsuana, Kenia und Nigeria zugesagt, die Dienste mit eigenen Mitteln fortzuführen. Um die Fortschritte zu erhalten und Leben zu retten, ist globale Solidarität weiterhin unerlässlich.

Tuberkulose (TB): 2023 erkrankten geschätzt 10,8 Mio. Menschen an Tuberkulose, etwas mehr als 2022, was hauptsächlich auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen war. Die Zunahme neuer Fälle hat sich jedoch seit Beginn der COVID-19-Pandemie verlangsamt und stabilisiert. Nach wie vor ist die Tuberkulosebelastung stark konzentriert: 87 % der weltweiten Fälle traten in 30 Ländern mit hoher Belastung auf. Männer machten 55 % der Fälle aus.

Erfreulicherweise sank die Zahl der tuberkulosebedingten Todesfälle 2023 auf 1,25 Mio. und damit unter den Stand vor der Pandemie. Der 2022 begonnene Abwärtstrend setzte sich demnach fort. Tuberkulose ist jedoch wahrscheinlich abermals die häufigste Ursache für den Tod durch einen einzelnen Infektionserreger, noch vor COVID-19. Die weltweite Tuberkulose-Inzidenzrate lag 2023 bei 134 je 100.000 Menschen. Zwischen 2015 und 2023 sank diese Rate nur um 8,3 %, was für das Ziel der Strategie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Beendigung der Tuberkulose, die bis 2030 eine Verminderung um 80 % vorsieht, nicht ausreicht. Die afrikanischen und europäischen Regionen verzeichneten mit Rückgängen von 24 bzw. 27 % die größten Fortschritte.

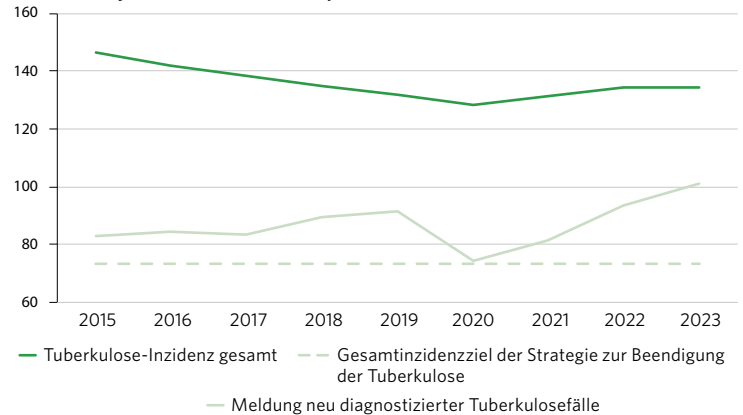
Malaria: Durch die weltweiten Anstrengungen zur Bekämpfung der Malaria konnten seit 2000 geschätzt 2,2 Mrd. Erkrankungen und 12,7 Mio. Todesfälle verhindert werden. Ende 2024 waren 44 Länder und ein Gebiet zertifiziert malariafrei, viele andere waren auf dem Weg zur Beseitigung der Krankheit.

Trotz Fortschritten ist Malaria nach wie vor eine große Herausforderung für die globale Gesundheit. 2023 gab es geschätzt 263 Mio. Fälle, gegenüber 226 Mio. im Jahr 2015. Auch die weltweite Inzidenzrate stieg 2023 und erreichte 60,4 Fälle je 1.000 gefährdeter Menschen, verglichen mit 58 im Jahr 2015. Die Rate von 2023 war fast dreimal so hoch wie das Ziel der Globalen Technischen Strategie der WHO gegen Malaria.

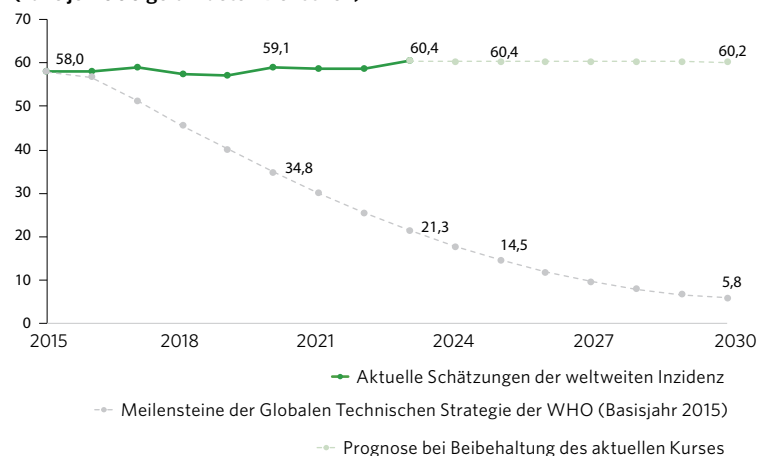
Zu viele gefährdete Menschen haben immer noch keinen Zugang zu wesentlichen Malariadiensten. 2023 hatten mehr als 40 % der Kinder unter 5 Jahren und schwangeren Frauen in Afrika südlich der Sahara keinen Schutz durch insektizidbehandelte Netze. Nur 44 % der schwangeren Frauen in Afrika erhielten die empfohlene Malariaphylaxe durch Gabe von drei Dosen.

Vernachlässigte Tropenkrankheiten: Die Zahl der Menschen, die wegen vernachlässigter Tropenkrankheiten behandelt werden mussten, sank 2023 auf 1,495 Mrd. Das waren deutlich weniger Fälle als die 2,19 Mrd. im Jahr 2010 und etwa 122 Mio. weniger als 2022. Der Erfolg zeigt sich darin, dass 54 Länder bis Ende 2024 mindestens eine vernachlässigte Tropenkrankheit eliminiert hatten. Obwohl die Zahl behandlungsbedürftiger Menschen seit 2010 weltweit um 32 % gesunken ist, ist das zu langsam, um das Ziel einer 90-prozentigen Reduzierung bis 2030 zu erreichen. In den am wenigsten entwickelten Ländern sank der Anteil der wegen solcher Krankheiten behandlungsbedürftigen Bevölkerung deutlich von 79 % (2010) auf 43 % (2023). Dennoch benötigten 2023 immer noch 493 Mio. Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern Behandlung und Versorgung für vernachlässigte Tropenkrankheiten.

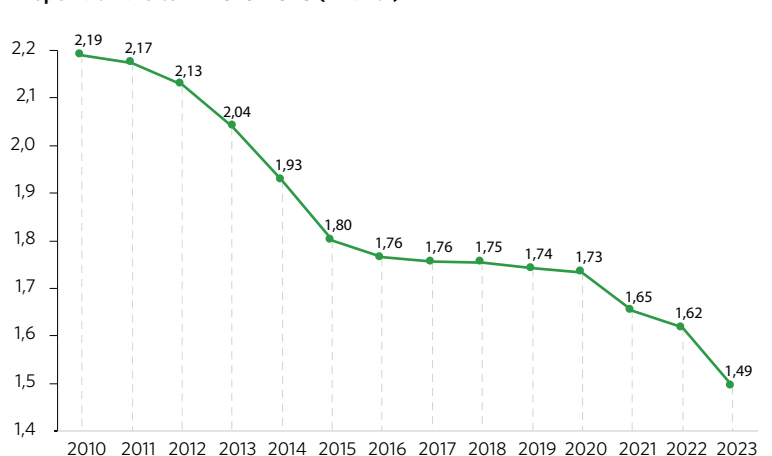
Geschätzte Tuberkulose-Inzidenzrate und -melderate – 2015-2023
(neue Fälle je 100.000 Menschen pro Jahr)



Malaria-Inzidenz – 2015-2023 mit Prognose bis 2030
(Fälle je 1.000 gefährdeter Menschen)



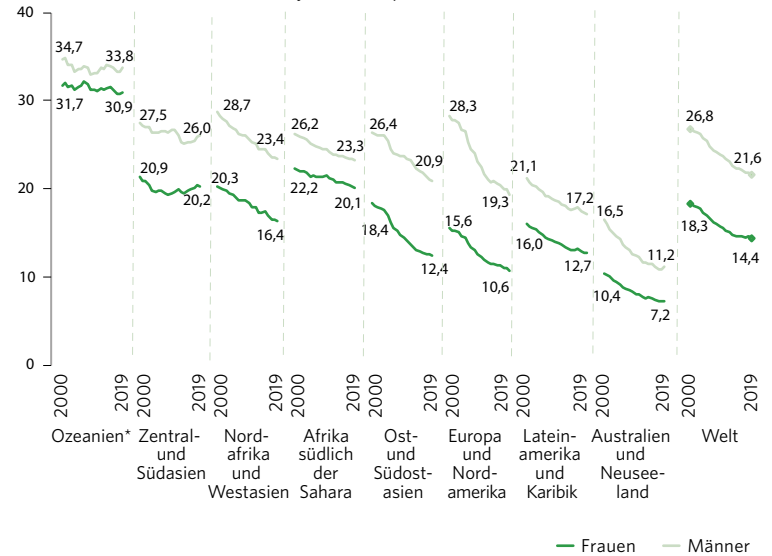
Anzahl der Personen mit Behandlungsbedarf für vernachlässigte Tropenkrankheiten – 2010-2023 (in Mrd.)



Nichtübertragbare Krankheiten verursachen mehr als die Hälfte der Todesfälle bei unter 70-Jährigen

2021 starben weltweit geschätzt 18 Mio. Menschen unter 70 Jahren an nichtübertragbaren Krankheiten – das ist fast die Hälfte aller vorzeitigen Todesfälle. Das Risiko, im Alter zwischen 30 und 70 Jahren vorzeitig an einer der vier wichtigsten nichtübertragbaren Krankheiten (Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Diabetes, chronische Atemwegserkrankungen) zu sterben, sank von 22,5 % im Jahr 2000 auf 18,4 % im Jahr 2015 und auf 18,0 % im Jahr 2019. In den Ländern mit zuverlässigen Daten stagnierten die Fortschritte jedoch von 2020-2021. Setzen sich die Trends von vor 2019 fort, wird das Risiko eines vorzeitigen Todes bis 2030 voraussichtlich auf 16,3 % sinken. Allerdings sind weder die Welt als Ganzes noch einzelne Regionen auf Kurs für die Zielvorgabe, die vorzeitige Sterblichkeit durch nichtübertragbare Krankheiten bis 2030 um ein Drittel zu senken. Frauen haben ein geringeres Risiko als Männer, durch nichtübertragbare Krankheiten vorzeitig zu sterben. 2019 lag das Risiko für einen 30-jährigen Mann, vor dem 70. Lebensjahr an einer der vier wichtigsten nichtübertragbaren Krankheiten zu sterben, bei 21,6 %, verglichen mit 14,4 % bei Frauen.

Risiko, zwischen 30 und 70 Jahren an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung, Krebs, Diabetes oder chronischen Atemwegserkrankung zu sterben, nach Geschlecht – 2000-2019 (in Prozent)



*Ohne Australien und Neuseeland

Der weltweite Tabak- und Alkoholkonsum ist zwar rückläufig, verursacht aber immer noch immense gesundheitliche, wirtschaftliche und ökologische Belastungen

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die weltweite Prävalenz von Tabakkonsum um ein Drittel zurückgegangen. Heute konsumieren geschätzt 118 Mio. weniger Menschen Tabak als 2005. Dennoch sind es immer noch geschätzt 1,25 Mrd. Menschen, und Tabak ist nach wie vor einer der wichtigsten vermeidbaren Risikofaktoren für nichtübertragbare Krankheiten. Nur 56 Länder waren auf Kurs für das im Globalen Aktionsplan der WHO zur Prävention und Bekämpfung nichtübertragbarer Krankheiten festgelegte Ziel einer Senkung der Prävalenz um 30 % zwischen 2010 und 2025.

Neben den schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen entstehen durch Tabakkonsum auch erhebliche wirtschaftliche Belastungen. Die wirtschaftlichen Kosten des Rauchens, die sich aus Gesundheitsausgaben und Produktivitätsverlusten ergeben, wurden 2012 auf 1,8 % des jährlichen weltweiten BIP geschätzt. Rund 4,5 Mrd. Zigarettenstummel landen jedes Jahr in der Umwelt – die zweitgrößte Art der Verschmutzung durch Kunststoffe. Wert-

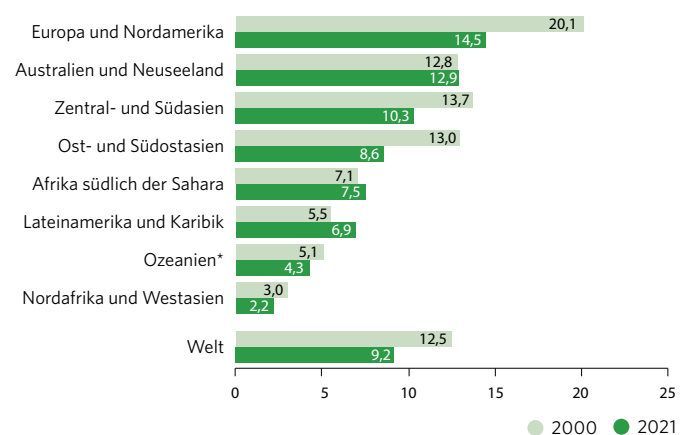
volle landwirtschaftliche Flächen und Wasser werden für den Anbau von Tabak statt Nahrungsmitteln verschwendet. Durch die Produktion und den Konsum von Tabak gelangen jedes Jahr 80 Mio. Tonnen Kohlendioxid in die Luft.

Der weltweite Alkoholkonsum pro Kopf (ab 15 Jahren) sank um 12 % von 5,7 Litern reinem Alkohol im Jahr 2010 auf 5,0 Liter im Jahr 2022. Weltweit konsumieren weniger Frauen als Männer Alkohol, und wenn, dann trinken Frauen in der Regel weniger. 2019 hatten 56 % der Weltbevölkerung im Alter ab 15 Jahren (65 % der Frauen und 48 % der Männer) in den vorangegangenen 12 Monaten keinen Alkohol getrunken. Trotz einiger vielversprechender globaler Trends bei der Prävalenz episodischer Alkoholexzesse und der Zahl der altersstandardisierten alkoholbedingten Todesfälle zwischen 2010 und 2019 ist die Gesamtbelastung durch Krankheiten und Verletzungen infolge schädlichen Alkoholkonsums hoch, insbesondere in Afrika und Europa.

Der Rückgang der globalen Suizidrate steht in scharfem Kontrast zu steigenden Trends in einigen Regionen

2021 starben weltweit geschätzt 727.000 Menschen durch Suizid. Zwar ist die weltweite rohe Suizidrate gesunken – zwischen 2000 und 2021 von 12,5 auf 9,2 je 100.000 Menschen – doch diese Verbesserung war nicht überall zu sehen. Erhebliche Rückgänge gab es in Regionen wie Zentralasien (minus 51 %), Europa (minus 40 %) und Ostasien (minus 37 %). Im gleichen Zeitraum stieg jedoch die rohe Suizidrate in Nordamerika (plus 33 %), Lateinamerika und der Karibik (plus 25 %) sowie in Südostasien (plus 10 %) deutlich. 2021 entfiel die Mehrheit der Suizide (73 %) auf Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Suizidprävention erfordert starkes politisches Engagement und koordinierte Maßnahmen. Die WHO-Initiative LIVE LIFE zur Suizidprävention setzt sich für vier zentrale Maßnahmen ein: Begrenzung des Zugangs zu den entsprechenden Mitteln, Förderung einer verantwortungsvollen Medienberichterstattung, Stärkung der Lebenskompetenzen junger Menschen und Gewährleistung frühzeitiger Unterstützung für gefährdete Personen.

Suizidrate – 2000 und 2021 (Todesfälle je 100.000 Menschen)



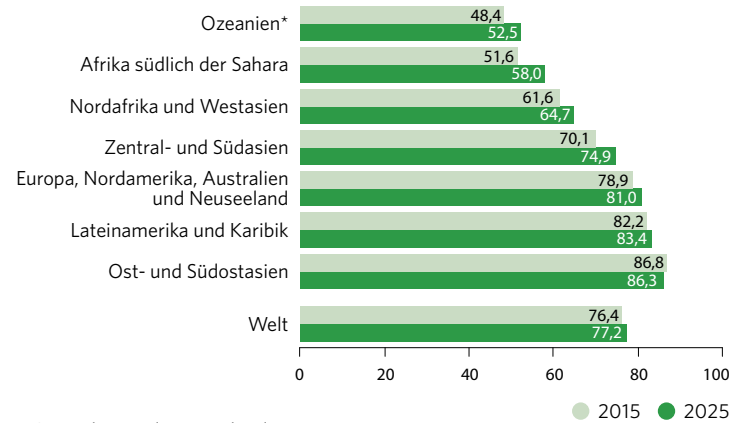
*Ohne Australien und Neuseeland

Mehr Frauen nutzen moderne Verhütungsmethoden, Geburtenrate bei Jugendlichen sinkt

Der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15-49 Jahre), die für ihre Familienplanung moderne Methoden nutzen können, liegt 2025 bei 77,2 % und damit leicht über den 76,4 % von 2015. In den meisten Regionen gab es Verbesserungen, vor allem in Afrika südlich der Sahara – von 51,6 auf 57,9 %. In Ost- und Südostasien wird die Rate auch 2025 mit über 86 % am höchsten sein, obwohl es die einzige Region mit einem leichten Rückgang ist.

Die Senkung der Geburtenrate bei Jugendlichen ging weltweit erheblich voran. Bei Mädchen im Alter von 15-19 Jahren ging die Geburtenrate weltweit von 45,9 Geburten je 1.000 im Jahr 2015 auf 38,3 im Jahr 2024 zurück. Bei Mädchen im Alter von 10-14 Jahren sank die Rate von 1,5 je 1.000 im Jahr 2015 auf 1,0 im Jahr 2024. Folglich sank die Zahl der Geburten durch jugendliche Mütter von 13,9 Mio. im Jahr 2015 auf 12,4 Mio. im Jahr 2024. In Zentral- und Süd-asien ging die Geburtenrate bei Jugendlichen (15-19 Jahre) von 106 je 1.000 im Jahr 2000 auf 25,1 im Jahr 2024 zurück. Dagegen verzeichnet Afrika südlich der Sahara zwar etwas niedrigere Raten, aber weiterhin die höchsten weltweit: 92,9 Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15-19 Jahren und 3,1 Geburten je 1.000 Mädchen im Alter von 10-14 Jahren im Jahr 2024.

Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter (15-49 Jahre), die für ihre Familienplanung moderne Methoden nutzen können – 2015 und 2025 (in Prozent)



*Ohne Australien und Neuseeland

Die Impfstoffversorgung hat sich nach der Pandemie nicht vollständig erholt, die Erreichung der globalen Zielvorgaben ist unwahrscheinlich

Zwischen 2020 und 2022 gab es für die weltweiten Impfprogramme für Kinder erhebliche Rückschläge. Die Durchimpfungsraten für alle vier erfassten Kinderimpfstoffe stagnierten oder sanken. 2023 lag die Durchimpfungsrate für die dritte Dosis des DTP3-Impfstoffs gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten, der häufig als Indikator für ein gut funktionierendes Routineimpfsystem verwendet wird, bei 84 %. Das ist immer noch weniger als vor der Pandemie, was auf eine erhebliche verbleibende Dysfunktionalität der weltweiten Impfstoffversorgung hinweist.

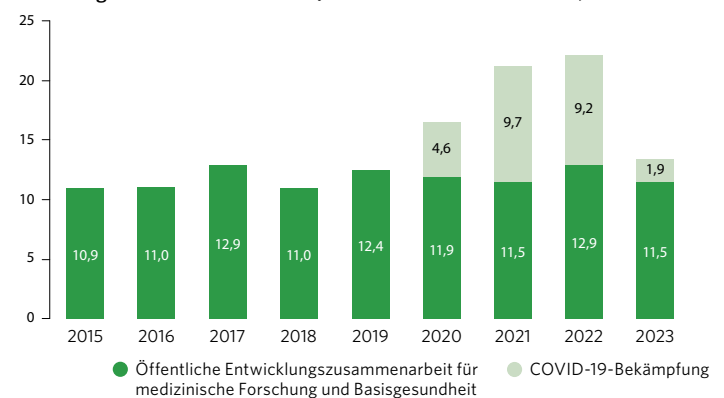
Bei den anderen drei erfassten Impfstoffen stiegen die Durchimpfungsraten zwar leicht, doch lag dies zum Teil an der nationalen Einführung neuer Impf-

stoffe, nicht an der Wiederherstellung des Versorgungsgrads. Die weltweite Durchimpfung von Mädchen im Alter von 9 bis 14 Jahren gegen das humane Papillomavirus (HPV) ist nach wie vor sehr gering, wobei es riesige Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Dies macht Mio. von Mädchen weltweit anfällig für Gebärmutterhalskrebs im weiteren Lebensverlauf. In vielen Ländern gab es aufgrund der unzureichenden Versorgung mit der zweiten Dosis des MCV2-Masernimpfstoffs vermehrte Ausbrüche. Bei der derzeitigen Entwicklung wird das in der Immunisierungsagenda 2030 festgelegte globale Ziel von 90 % vermutlich für keine dieser Impfungen erreicht.

Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich fiel im Vergleich zum Spitzenwert während der Pandemie stark ab, liegt aber weiter über dem Stand vor der Pandemie

Die öffentliche Brutto-Entwicklungszusammenarbeit (ODA) für medizinische Forschung und Basisgesundheits lag 2023 bei 13,4 Mrd. USD – 39 % unter dem historischen Hoch von 22,1 Mrd. USD (zu konstanten Preisen von 2023) im Jahr 2022, der vor allem auf die Maßnahmen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist. Trotz dieses Rückgangs nach der Pandemie war die ODA für medizinische Forschung und Basisgesundheits 2023 immer noch 22,5 % höher als 2015 und etwas höher als 2019. 2023 wurden 3,7 Mrd. USD für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten ausgegeben (ausgenommen Malaria, Tuberkulose, COVID-19, HIV/Aids und andere sexuell übertragbare Krankheiten). Weitere 2,4 Mrd. USD flossen in die Malaria-Bekämpfung und 2,2 Mrd. USD in die medizinische Grundversorgung. Die Mittel für die COVID-19-Bekämpfung fielen von 2022 um 78 % auf 1,9 Mrd. USD im Jahr 2023. 2023 erhielten die am wenigsten entwickelten Länder 40 % der gesamten ODA für medizinische Forschung und Basisgesundheits – das waren 5,5 Mrd. USD und damit 20 % weniger als 2022.

Gesamte öffentliche Entwicklungszusammenarbeit für medizinische Forschung und Basisgesundheits – 2015-2023 (in Mrd. konstanter USD 2023)



Obwohl die Zahl der Gesundheitsfachkräfte zunimmt, besteht weltweit ein Mangel, der aufgrund von Bevölkerungswachstum und -alterung weiter steigt

2023 lag die Zahl der Gesundheitsfachkräfte weltweit geschätzt bei über 70 Mio., von denen 52 Mio. in den fünf Kernberufen (Zahnmedizin, Medizin, Geburtshilfe, Pflege und Pharmazie) tätig waren. 2023 fehlten weltweit weiterhin 14,7 Mio. Kräfte, gegenüber 15,4 Mio. im Jahr 2020. Bis 2030 soll das Defizit nach und nach auf 11,1 Mio. sinken, wovon mehr als die Hälfte auf Nordafrika und Afrika südlich der Sahara entfallen wird.

Während die weltweite Dichte der fünf Kernberufe zwischen 2013 und 2023 um 26 % stieg, bleiben enorme Ungleichheiten: In Ländern mit hohem Ein-

kommen kommt im Durchschnitt eine Gesundheitsfachkraft auf 64 Menschen, in Ländern mit niedrigem Einkommen ist es eine Kraft je 621 Menschen. Länder mit hohem und hohem mittlerem Einkommen, in denen 53 % der Weltbevölkerung leben, beschäftigen 80 % des Personals dieser fünf Kernberufe und weisen somit die höchste Dichte auf. Dennoch müssen diese Länder bis 2030 geschätzt 8,4 Mio. zusätzliche Gesundheitsfachkräfte einstellen, um das derzeitige Niveau zu halten und die steigende Nachfrage aufgrund von Bevölkerungswachstum und -alterung zu decken.



Hochwertige Bildung

- Bildung ist unerlässlich für nachhaltige Entwicklung, doch die Fortschritte sind zu langsam. Die Schulbesuchs- und -abschlussquoten sind seit 2015 gestiegen, wobei in den meisten Regionen Mädchen bessere Leistungen zeigen als Jungen, doch lassen die Fortschritte nach. 2023 gingen 272 Mio. Kinder und Jugendliche nicht zur Schule.
- Die Lernergebnisse verschlechtern sich in vielen Ländern. Trotz eines etwas gestiegenen Alphabetisierungsgrads können noch immer Hunderte Millionen Menschen weder lesen noch schreiben, darunter unverhältnismäßig viele Frauen. Erhebliche Ungleichheiten, bedingt durch Geschlecht, Wohlstand und geografische Lage, bleiben bestehen.
- Um Ziel 4 voranzubringen, müssen die Länder inklusive Politikvorgaben und eine entsprechende Finanzierung priorisieren, die den Zugang, das Lernen und die Chancengleichheit fördern. Hierzu zählen die Ausweitung hochwertiger frühkindlicher Bildung, die Durchsetzung von Rechtsgarantien für eine kostenlose und verpflichtende Schulbildung, die Schließung von Lücken in den Bereichen Digitales und Infrastruktur, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, und mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene und marginalisierte Gruppen.



Ein junges Mädchen in Montevideo mit einem Laptop von Plan Ceibal, einer öffentlichen Initiative in Uruguay, die die digitale Inklusion mit Laptops und Internetanschlüssen für Schüler/innen und Lehrkräfte im ganzen Land fördert.

tien für eine kostenlose und verpflichtende Schulbildung, die Schließung von Lücken in den Bereichen Digitales und Infrastruktur, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, und mehr Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene und marginalisierte Gruppen.

Mehrzahl der Länder entfernt von Zielvorgaben für Zugang, Abschlüsse und Lernergebnisse

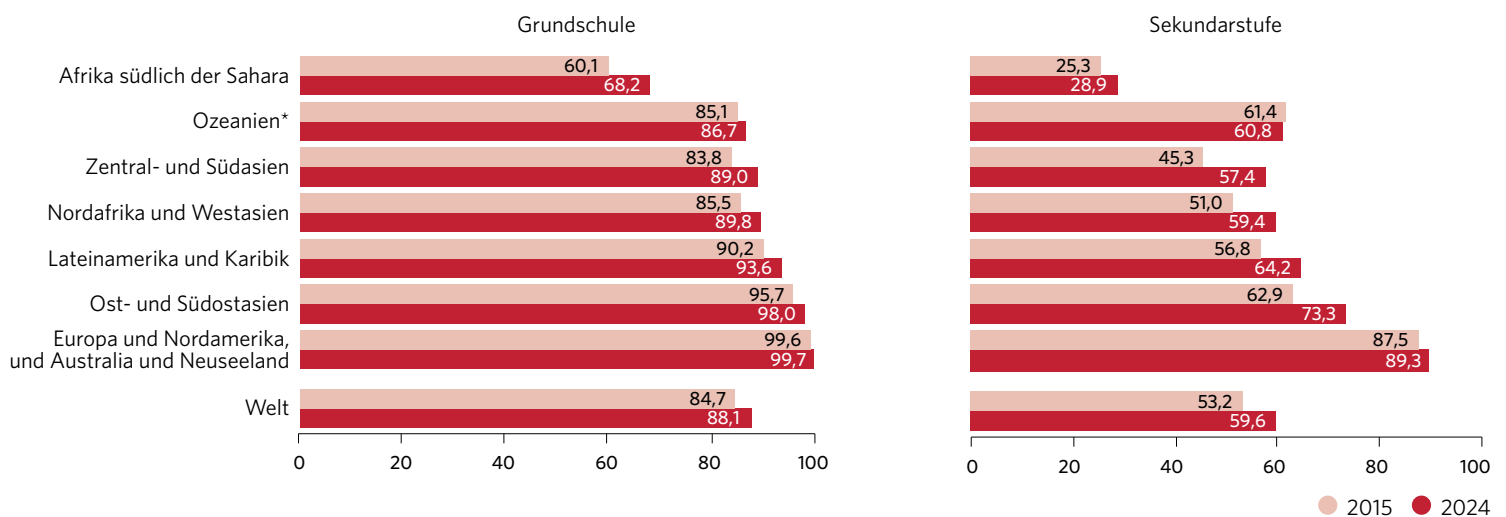
Seit 2015 sind weitere 109 Mio. Kinder und Jugendliche eingeschult worden, die Abschlussquoten für alle Bildungsstufen gestiegen. Diese Quoten lagen 2024 weltweit bei 88 %, 78 % bzw. 60 % für Grundschulen, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II – gegenüber 85 %, 74 % bzw. 53 % im Jahr 2015. Mädchen übertreffen Jungen nun auf allen Stufen um 2 bis 3 Prozentpunkte.

Doch die Fortschritte verlaufen gebremst. Beim Abschluss der Sekundarstufe II verlangsamten sie sich von jährlich 1,3 Prozentpunkten (2010–2015) auf 0,8 Prozentpunkte (2015–2024). Unterdessen stieg der Anteil derjenigen, die keine Schule besuchen, seit 2015 um 3 %, womit ihre Zahl immer noch bei 272 Millionen liegt. Die Unterschiede sind noch immer frappierend:

In Niedrigeinkommensländern gehen 36 % der Kinder und Jugendlichen im Schulalter nicht zur Schule, wobei mehr als die Hälfte von ihnen in Afrika südlich der Sahara lebt; in den Hocheinkommensländern sind es nur 3 %.

Die Lernqualität bereitet weiterhin Sorgen. Weltweit erreichten 2019 nur 58 % der Grundschülerinnen und -schüler die Mindestkenntnisse beim Lesen, in Mathematik 44 %. In den 81 Ländern mit höherem mittlerem und hohem Einkommen, für die Daten vorliegen, sank der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die am Ende der Sekundarstufe I Mindestkenntnisse hatten, zwischen 2018 und 2022 in Mathematik um 15 und beim Lesen um 10 Prozentpunkte.

Abschlussquoten in Grundschule und Sekundarstufe II – 2015 und 2024 (in Prozent)



*Ohne Australien und Neuseeland

Internetnutzung in Ländern mit höherem Einkommen verbreitet, oft fehlen digitale Grundkenntnisse

IKT-Kenntnisse sind unerlässlich für wirtschaftliches und soziales Wohl. Die IKT-Kompetenz wird anhand kürzlich absolvierter Aufgaben bewertet, die die Digitalkompetenz in fünf Bereichen abbilden: Informations- und Datenkompetenz, Kommunikation und Zusammenarbeit, Erstellung digitaler Inhalte, Sicherheit und Problemlösung. Nach Daten aus 40 Ländern, zumeist solchen mit hohem und höherem mittlerem Einkommen, sind Kommunikation und Zusammenarbeit die am weitesten verbreiteten

Digitalkompetenzen (83% der Internetnutzerinnen und -nutzer besitzen zumindest Grundkenntnisse), gefolgt von Informations- und Datenkompetenz (76%), Problemlösung (70 %), Erstellung von Inhalten (60 %) und Sicherheit (57 %). Trotz eines hohen Medianwerts bei der Internetnutzung (90 %) fehlt es vielen an Grundkenntnissen, d. h. es besteht eine erhebliche Lücke zwischen dem Zugang zum Internet und der Fähigkeit, es wirksam und sicher zu nutzen.

Fortschritte in der frühkindlichen Bildung sind begrenzt und regional uneinheitlich

Daten aus 84 Ländern (2015–2024) zeigen, dass zwei Drittel der Kinder im Alter von 24–59 Monaten sich altersgemäß entwickeln, ohne Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Die regionalen Unterschiede sind jedoch markant: In Afrika südlich der Sahara sind es nur 54 %, in Zentral- und Südostasien 83 % der Kinder.

Die Fortschritte bei der Teilnahme an frühkindlicher Bildung sind gemischt. Während die Anmeldezahlen für Kinder unter drei Jahren in Afrika im vergangenen Jahrzehnt merklich gestiegen sind, stagniert die Teilnahme an organisiertem Lernen ein Jahr vor Grundschulbeginn seit 2015 weltweit bei rund 75 %. Afrika südlich der Sahara (48,6 %) sowie Nordafrika und Westasien (51,4 %) liegen nach wie vor zurück. In nur rund einem Drittel aller Länder ist die Vorschule verpflichtend, und nur die Hälfte verfügt über Rechtsvorschriften für mindestens ein Jahr kostenloser Vorschulbildung. Ohne solche Rechtsgarantien können sich Familien mit geringem Einkommen die Vorschule oft nicht leisten, insbesondere in Regionen mit überwiegend privaten Bildungsträgern.

Bildungsbeteiligung bei Jugendlichen hoch, bei Erwachsenen unverändert gering

Organisiertes Lernen umfasst sowohl die formale Schulbildung als auch außerschulische Programme wie etwa Alphabetisierungskurse für Erwachsene und betriebliche Ausbildung. Weltweit hatten 2024 ein Sechstel aller Personen im Alter von 15–64 in jüngerer Zeit an Aus- oder Fortbildungsprogrammen teilgenommen; der Schwerpunkt der Beteiligung lag jedoch bei jungen Menschen. Weltweit verfolgten mehr als die Hälfte derjenigen im Alter von 15–24 Lernaktivitäten, wobei die Anteile von 45 % in Afrika südlich der Sahara bis zu 64 % in Europa und Nordamerika reichten. Bei älteren Erwachsenen sind die Zahlen deutlich niedriger; in den Altersgruppen 25–54 und 55–64 nahmen lediglich 3 % bzw. 1 % Lernangebote wahr.

Die Jugendbeteiligung ist seit 2000 um mehr als 10 Prozentpunkte gestiegen, in Zentral- und Südasien hat sie sich nahezu verdoppelt. Doch seit 2015 steigt sie langsamer; weltweit betrug der Zuwachs weniger als drei Prozentpunkte. Die Beteiligung Erwachsener stagniert seit dem Jahr 2000, die der weiblichen Jugendlichen ist bei einem Abstand von nach wie vor 2 Prozentpunkten auf globaler Ebene tendenziell geringer als die der männlichen.

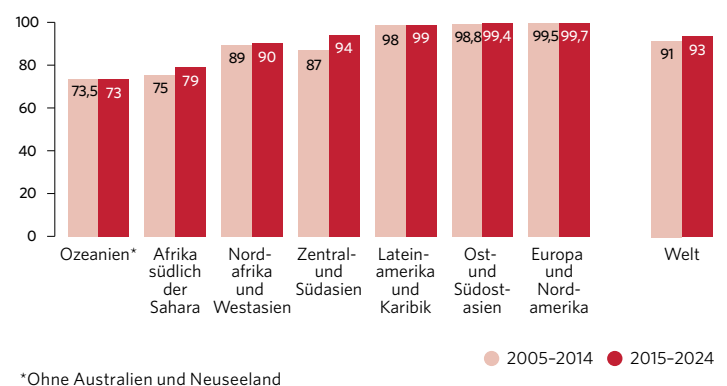
Stete Fortschritte bei der weltweiten Alphabetisierung, doch regionale Unterschiede bleiben bestehen

Weltweit haben sich die Alphabetisierungsquoten in den vergangenen beiden Jahrzehnten verbessert, da die Lese- und Schreibkompetenzen zu- und die geschlechtsspezifischen Unterschiede abgenommen haben. Dennoch gab es 2024 nach wie vor 754 Mio. Analphabeten, darunter 63 % Frauen.

Die Alphabetisierungsquote unter Jugendlichen stieg von 91 % (2014) auf 93 % (2024), mit merklichem Anstieg in Zentral- und Südasien (von 87 auf 94 %) und Afrika südlich der Sahara (von 75 auf 79 %), während Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) bei 73 % verharrte.

Im selben Zeitraum stieg die Quote unter Erwachsenen weltweit von 85 auf 88 %, angeführt von Zentral- und Südasien (Anstieg von 70 auf 77 %). Niedrig war sie jedoch weiterhin in Ozeanien (67 %) und Afrika südlich der Sahara (69 %). Europa und Nordamerika liegen mit 99 % unter Jugendlichen und mehr als 98 % unter Erwachsenen weiter vorn.

Alphabetisierungsquote unter Jugendlichen – 2005–2014 und 2015–2024 (in Prozent)



Weiterhin geschlechtsspezifische Unterschiede in der Bildung

Sozioökonomische Disparitäten sind bei vielen Bildungsindikatoren zu erkennen. Die Paritätswerte auf globaler und regionaler Ebene können jedoch Ungleichheiten innerhalb von Ländern verdecken. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind nach wie vor weit verbreitet. Vier von zehn Ländern, zu denen Daten vorliegen, wiesen 2024 mangelnde Geschlechterparität bei den Grundschulabschlüssen auf; für Abschlüsse der Sekundarstufe I liegt der Anteil bei mehr als der Hälfte aller Länder, für Abschlüsse der Sekundarstufe II bei 5 von 6 Ländern. In der Hochschulbildung erreicht nur jedes zwanzigste der Länder, zu denen aktuelle Daten vorliegen, Geschlechterparität bei den Bruttoimmatrikulationen.

In Ländern mit Disparitäten besuchen Jungen mit größerer Wahrscheinlichkeit nicht die Schule, erreichen mit geringerer Wahrscheinlichkeit einen Schulabschluss und sind an Hochschulen unterrepräsentiert. In Teilen Afrikas südlich der Sahara wiederum sind Mädchen weiter sehr benachteiligt. Die Bilanz bei den Lernergebnissen ist gemischt; Disparitäten bei Mathematikkenntnissen bestehen bei beiden Geschlechtern, während Jungen am Ende der Sekundarstufe I lückenhafte Lesekompetenz aufweisen.

Durch geografische Lage und Wohlstand entstehen noch größere Lücken; so zeigt sich in 60 % der Länder mit aktuellen Daten ein Stadt-Land-Gefälle bei den Abschlüssen der Sekundarstufe I und in mehr als 90 % der Länder ein Wohlstandsgefälle. Das Zusammenwirken von Geschlecht, geografischer Lage und wirtschaftlichem Status schafft vielschichtige Barrieren, die gezielter Interventionen bedürfen, um sowohl den Zugang zu den Bildungssystemen als auch deren Qualität zu verbessern.

Basisinfrastruktur wird in Schulen weltweit besser, am wenigsten entwickelte Länder im Rückstand

Eine angemessene schulische Infrastruktur ist für sicheres und effektives Lernen unerlässlich. Zwischen 2015 und 2023 ist die Zahl der Grundschulen mit Stromzugang weltweit um mehr als 10 Prozentpunkte gestiegen, beflügelt vor allem durch die rasche Ausweitung in Zentral- und Südasien. Die Zahl der Schulen mit Internetzugang hat sich seit der COVID-19-Pandemie deutlich erhöht; die Bereitstellung von Trinkwasser an Grundschulen in Afrika südlich der Sahara hat sich seit 2016 um 10 Prozentpunkte verbessert.

Trotz all dem bleiben große Mängel. Weltweit haben mehr als 20 % der Grundschulen keinen Zugang zu Strom, Trinkwasser oder Sanitäreinrichtungen. Weniger als die Hälfte verfügen über Computer, Internet oder behinderungsgerechte Einrichtungen. Schlimmer ist die Lage in den am wenigsten entwickelten Ländern, in denen mehr als ein Drittel der Grundschulen ohne einfache Sanitäreinrichtungen, die Hälfte ohne Strom und mehr als zwei Drittel ohne digitale Hilfsmittel auskommen müssen; nur jede fünfte Grundschule bietet eine behinderungsgerechte Infrastruktur.



Geschlechtergleichheit

- Auch drei Jahrzehnte nach Annahme der wegweisenden Erklärung und Aktionsplattform von Beijing ist Geschlechtergleichheit nicht erreicht. Diskriminierende Gesetze und geschlechtsspezifische Normen stehen ihr im Weg. Frauen sind in Entscheidungs- und Führungspositionen unterrepräsentiert und haben oft keine volle Selbstbestimmung über sexuelle und reproduktive Gesundheit, Landrechte und Technologiezugang. Ihr unverhältnismäßig hoher Anteil an unbezahlter Haus- und Betreuungsarbeit hält sie von Bildung, Berufschancen und politischem Engagement fern. Kinderheirat und Genitalverstümmelung bestehen weltweit fort.
- Gut konzipierte öffentliche Finanzsysteme sind für die Finanzierung von Zusagen im Bereich Geschlechtergleichheit unerlässlich. Jedoch haben nur 26 % der 121 Länder und Gebiete umfassende Systeme zur Nachverfolgung der Mittelzuweisungen für diesen Bereich – unverändert seit 2021 – ein Zeichen fehlender Kapazitäten bei der genauen Kostenermittlung und der Zuweisung und Verwendung von Mitteln zur Umsetzung nationaler Gesetze und Politikvorgaben für die Gleichstellung.



Frauen und Mädchen in Tadjourah (Dschibuti), wo eine von den Gemeinwesen getragene Bewegung das Ende der Verstümmelung weiblicher Genitalien durchgesetzt hat.

- Geschlechtergleichheit ist nur über integrierte, umfassende und geschlechtergerechte Maßnahmenpakete zu erreichen, die Rechtsrahmen stärken, wirtschaftliche und strukturelle Hindernisse abbauen und Investitionen in Geschlechtergleichstellung auf allen Ebenen ausweiten.

Laufende Rechtsreformen zeigen Fortschritte, doch in allen Bereichen bleiben Defizite

Weltweit gibt es erhebliche Fortschritte in Bezug auf Frauenrechte. 2019-2024 wurden 99 positive Gesetzesreformen umgesetzt, um diskriminierende Rechtsvorschriften zu beseitigen und Rahmen für die Geschlechtergleichstellung zu schaffen. Die meisten davon betrafen Beschäftigungs- und Wirtschaftsaspekte, etwa die Aufhebung von Arbeitsbeschränkungen, Gewährleistung gleichen Entgelts, Mutterschaftsurlaub sowie Stärkung des Schutzes vor häuslicher Gewalt.

Dennoch zeigen Daten von 2024 aus 131 Ländern, dass große Herausforderungen bleiben. Kein Land schneidet in allen vier erfassten Bereichen perfekt ab: Rechtsrahmen und öffentliches Leben, Gewalt gegen Frauen, Beschäftigung und Wirtschaft sowie Ehe und Familie. 51 % Länder haben in jedem Bereich Defizite. Nach wie vor bestehen kritische Einschränkungen: 61 Länder (47 %) halten an mindestens einer Beschränkung fest, durch die Frauen nicht die gleichen Tätigkeiten wie Männer ausüben können. Nur 38 Länder (29 %) legen 18 Jahre ausnahmslos als Mindestheiratsalter fest, und nur 63 Länder (48 %) haben Vergewaltigungsgesetze, die auf dem Prinzip der mangelnden Einwilligung beruhen.

Kinderheirat und die Verstümmelung weiblicher Genitalien sind nach wie vor Realität

Heute trifft auf fast jede fünfte junge Frau zwischen 20 und 24 Jahren (19 %) zu, dass sie vor ihrem 18. Geburtstag zum ersten Mal verheiratet oder in einer vergleichbaren Verbindung war. Kinderheirat ist weltweit seltener geworden, vor allem durch Fortschritte in Südasien, und ist in Afrika südlich der Sahara nach wie vor am häufigsten (31 %). Entgegen dem globalen Trend wird der Anteil der Mädchen, die als Kinder verheiratet werden, dort bis 2030 in absoluten Zahlen steigen – eine Folge langsamen Fortschritts und schnellen Bevölkerungswachstums.

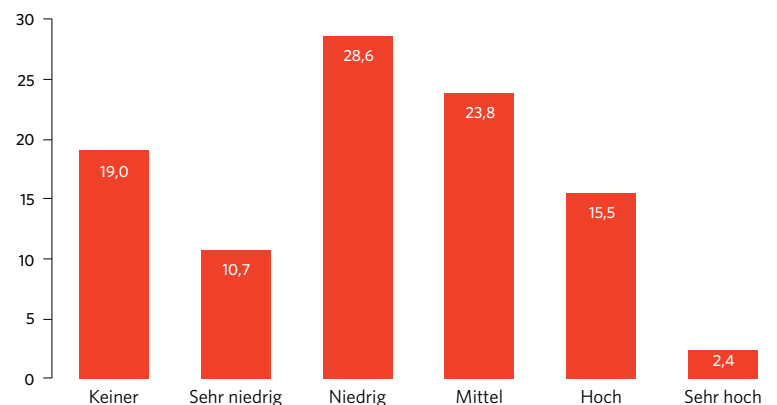
Weltweit sind über 230 Mio. Mädchen und Frauen Opfer von Genitalverstümmelung. Auf Afrika entfallen mehr als 144 Mio. Fälle, gefolgt von Asien mit über 80 Mio. und dem Nahen Osten mit 6 Mio. Jedes Jahr werden 4 Mio. Mädchen Opfer davon, mehr als 2 Mio. von ihnen vor ihrem 5. Lebensjahr. Trotz Fortschritten etwa in Benin, Burkina Faso, Kenia und Sierra Leone muss für die Beseitigung der Praxis bis 2030 das Tempo auf das 27-Fache des vergangenen Jahrzehnts erhöht werden.

Ungleichheit zwischen den Geschlechtern beim Eigentum an Grund und Boden und unzureichender Rechtsschutz sind weiterhin Hindernisse für die Stärkung der Frauen

Sichere Landrechte sind unerlässlich für die Stärkung von Frauen auf dem Land und die Förderung der Agrar- und Nahrungsmittelsysteme. Frauen mit sicheren Landnutzungs- und Landeigentumsrechten neigen eher zum Investieren, zu innovativem Wirken, zu Produktivitätssteigerung und zur Befreiung ihrer Familien aus der Armut. Laut einer Untersuchung von 84 Ländern sind in 58 % von ihnen die Landrechte von Frauen mit Blick auf Familien-, Erb- und Bodenrecht unzureichend geschützt. Viele Gesetze sind veraltet, fragmentiert und mit Verfassungs- und internationalen Standards unvereinbar.

In fast 80 % der Länder mit Daten haben unter 50 % der Frauen Eigentums- oder gesicherte Rechte an landwirtschaftlichen Flächen. In fast der Hälfte davon ist die Wahrscheinlichkeit, dass Männer Grund und Boden besitzen, mindestens doppelt so hoch. Rechtliche und praxisbezogene Lücken müssen durch umfassende Reformen und gezielte Maßnahmen behoben werden, besonders für marginalisierte Gruppen (indigene Frauen, ethnische und religiöse Minderheiten, Witwen und unverheiratete oder geschiedene Frauen). Auch die wichtige Rolle der Landrechte für die Abschwächung des Klimawandels und die Widerstandsfähigkeit dagegen muss anerkannt werden.

Anteil der Länder mit Bestimmungen zum Schutz der Landrechte von Frauen im innerstaatlichen Rechtsrahmen – nach Schutzzumfang – 2025 (in Prozent)



Anmerkung: Diese Grafik gibt einen Überblick über den Umfang des Rechtsschutzes, ausschließlich basierend auf De-jure-Maßnahmen aus 84 Ländern.

Im „Superwahljahr“ 2024 kaum mehr Geschlechterparität in der Politik, es bedarf mutiger Reformen

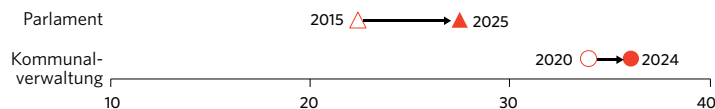
Am 1. Januar 2025 hielten Frauen 27,2 % der Sitze in den nationalen Parlamenten, d. h. 4,9 Prozentpunkte mehr als 2015, aber nur 0,3 Punkte mehr als 2024 – eine Verlangsamung im Vergleich zum durchschnittlichen jährlichen Anstieg von fast 0,5 Punkten in den vorangegangenen zehn Jahren. Ihr Anteil in den Kommunalverwaltungen stagnierte bei 35,5 %, nachdem er seit 2020 um durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte pro Jahr gestiegen war.

Das „Superwahljahr“ 2024 war eine verpasste Gelegenheit, eine inklusive parlamentarische Vertretung und Führung zu fördern. Obwohl 59 Länder ihre Parlamente mit über 12.000 neu zu besetzenden Sitzen erneuerten, hat sich der Anteil von Frauen und jungen Menschen kaum verändert. Ein Lichtblick ist das ausgewogenere Verhältnis zwischen Männern und Frauen unter jüngeren Abgeordneten (57:43 bei unter 30-Jährigen und 63:37 für unter 40-Jährige). Dies deutet auf größere Ausgewogenheit zwischen den Geschlechtern in der Zukunft hin, wenn jüngere Abgeordnete in Führungspositionen aufsteigen.

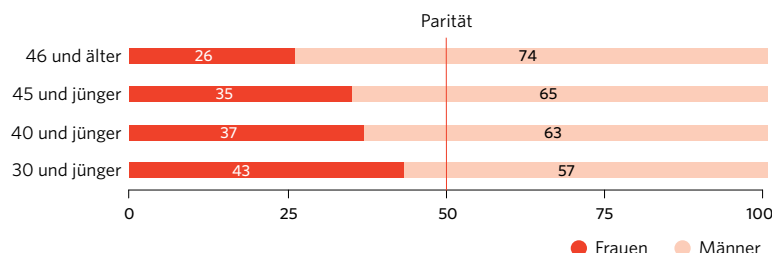
All das zeigt, dass zur Überwindung institutioneller und kultureller Barrieren in der Politik mutige Reformen nötig sind. Mögliche Maßnahmen mit tiefgreifender Wirkung wären gut durchdachte, ehrgeizige Quoten für Wahlen

und für die Besetzung von Führungspositionen sowie Gesetze und Politikvorgaben mit dem Ziel der Nulltoleranz für Gewalt gegen Frauen in der Politik.

Sitzanteil der Frauen in Parlamenten – 2015 und 2025 – und in Kommunalverwaltungen – 2020 und 2024 (in Prozent)



Anteil der Frauen und Männer im Parlament, nach Altersgruppen – 1. Januar 2025 (in Prozent)



Weniger als ein Drittel der Führungspositionen mit Frauen besetzt

Weltweit besetzen Frauen weniger als ein Drittel der Führungspositionen. Von 2015 bis 2023 stieg ihr Anteil nur um 2,4 Prozentpunkte auf 30 %. Bei diesem Tempo ist die Geschlechterparität in der Führung noch fast 100 Jahre entfernt.

Die Fortschritte sind je nach Region sehr unterschiedlich. Australien und Neuseeland sowie Afrika südlich der Sahara liegen mit einem Frauenanteil von über 40 % in Führungspositionen vorne, gefolgt von Europa und Nordamerika sowie Lateinamerika und der Karibik mit rund 39 %. In Zentral- und Südasien hingegen gab es 2015-2023 einen alarmierenden Rückgang: von 15,1 % auf 11,6 %. Auch in Ost- und Südostasien hat sich der Fortschritt umgekehrt (-2,3 Prozentpunkte), während in Nordafrika und Westasien trotz eines Anstiegs um 6,7 Prozentpunkte seit 2015 weniger als jede fünfte Führungsposition mit einer Frau besetzt ist. Systembedingte Hindernisse für Beschäftigung und beruflichen Aufstieg sind in diesen Regionen nach wie vor weit verbreitet.

Daten zur Zeitverwendung zeigen Fortbestehen der Geschlechterrollen und der ungleichen Verteilung von Betreuungs- und Hausarbeit

Frauen und Mädchen leisten nach wie vor unverhältnismäßig viel unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit. Globale Daten zur Zeitverwendung zeigen, dass Frauen dafür im Durchschnitt zweieinhalb Mal so viele Stunden pro Tag aufwenden wie Männer. Bei Frauen in Nordafrika und Westasien sind es mehr als viermal so viele Stunden wie Männer, bei Frauen in Ozeanien, Europa und Nordamerika etwa doppelt so viele. Die Last ist in den ärmsten Haushalten besonders hoch, da begrenzte Mittel die Auslagerung von Aufgaben oder Investitionen in zeitsparende Hilfsmittel unmöglich machen.

Die ungleiche Verteilung verfestigt die bestehenden Geschlechterrollen, schränkt die wirtschaftlichen Chancen von Frauen ein und bewirkt, dass sie politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich marginalisiert bleiben. Um dieses Ungleichgewicht zu beheben, sind politische Maßnahmen wie ein verbesserter Sozialschutz, Investitionen in die Betreuungsinfrastruktur und familienfreundliche Arbeitsregelungen erforderlich, um die Betreuungsaufgaben umzuverteilen und die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen zu fördern. Ohne dauerhafte Maßnahmen werden ihre Rechte und ihr Potenzial eingeschränkt bleiben.

Millionen von Frauen haben keine volle Entscheidungsmacht über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit

Trotz globaler Verpflichtungen haben laut Daten aus 78 Ländern nur 56,3 % der in einer Ehe oder vergleichbaren Verbindung lebenden Frauen zwischen 15 und 49 Jahren volle Entscheidungsmacht über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und entsprechende Rechte. Die regionalen Unterschiede sind groß: In Afrika südlich der Sahara sind es nur 36,8 %, in Europa 87,2 % der Frauen. 88,5 % von ihnen können über die Verwendung von Verhütungsmitteln entscheiden, nur 75,4 % Sex verweigern und 75 % über ihre Gesundheitsversorgung entscheiden. Im östlichen und südlichen Afrika gibt es Fortschritte, in vielen Ländern West- und Zentralafrikas dagegen große Rückschritte. Das Bildungs- und das Stadt-Land-Gefälle beeinträchtigen das Vorankommen zusätzlich. Die Stagnation macht deutlich, dass dringend die Rechtsrahmen gestärkt, der Zugang zu Diensten erweitert und lokal zugeschnittene, datengestützte Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Ohne dauerhafte Maßnahmen wird Millionen von Frauen weiterhin die Handlungsfähigkeit über ihren Körper vorenthalten, was ihre Rechte, ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen gefährdet.

Trotz größerer Geschlechtergleichheit beim Besitz von Mobiltelefonen herrschen in kritischen Regionen nach wie vor Ungleichheiten

2024 besaßen vier von fünf Menschen ab 10 Jahren weltweit ein Mobiltelefon. In Australien und Neuseeland sowie in Europa und Nordamerika hat fast die gesamte Bevölkerung (95 %) ein solches Gerät. Weltweit besaßen 77 % der Frauen eines, verglichen mit 82 % der Männer, was eine Geschlechterparität von 0,93 ergibt. Besonders groß ist das Geschlechtergefälle in Afrika südlich der Sahara, in Zentral- und Südasien, in den am wenigsten entwickelten Ländern und in den Binnenentwicklungsländern, wo der Paritätswert unter 0,82 liegt. Auffallend ist, dass die kleinen Inselentwicklungsländer das Geschlechtergefälle beim Besitz von Mobiltelefonen fast beseitigt und bei der Internetnutzung volle Parität erreicht haben, obwohl nur zwei Drittel der Bevölkerung mit dem Internet verbunden sind. Seit 2021 hat sich das Geschlechtergefälle beim Besitz von Mobiltelefonen von 9,4 auf 7 % im Jahr 2024 verringert. Allerdings haben fast 800 Mio. Frauen kein Mobiltelefon – gegenüber 600 Mio. Männern.



Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen

- Zwar wurde der Zugang zu Trinkwasser, Sanitärversorgung und Hygienesdiensten zwischen 2015 und 2024 stetig ausgeweitet, doch bleiben Milliarden von Menschen unterversorgt. 2024 hatten 2,2 Mrd. Menschen keine sicher verwaltete Trinkwasserversorgung, 3,4 Mrd. keine sicher verwaltete Sanitärversorgung und 1,7 Mrd. keine grundlegende Hygieneversorgung im Haushalt. In Schulen fehlte eine grundlegende Hygieneversorgung für 646 Mio. Kinder; hier müssten die Fortschritte viermal so groß ausfallen, um die Zielvorgaben bis 2030 zu erreichen.
- Die Wasserversorgungssysteme leiden unter Umweltverschmutzung, Wasserstress und mangelnder Regelung. Nur 56 % des häuslichen Abwassers wird sicher aufbereitet, in mehreren Regionen herrscht weiter Wasserstress, die Süßwässerökosysteme schwinden und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist begrenzt. Beim aktuellen Tempo wird eine nachhaltige Wasserwirtschaft weltweit nicht vor 2049 verwirklicht.



In Chiriquí (Panama) hält eine Mutter ihr einjähriges Kind beim Händewaschen an einer Wasserstation.

- Mit Blick auf Ziel 6 müssen umfassende Finanzierungsmechanismen mobilisiert, innovative Technologien genutzt, institutionelle Kapazitäten und Multi-Akteur-Partnerschaften gestärkt und die Wasserbewirtschaftung aller Sektoren und auf allen Verwaltungsebenen integriert werden.

Zugang zu Wasser- und Sanitärversorgung weltweit verbessert, doch Milliarden Menschen weiter unterversorgt

Zwischen 2015 und 2024 hat sich der weltweite Zugang zu grundlegender Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung stetig verbessert. Der Anteil der Bevölkerung mit einer sicher verwalteten Trinkwasserversorgung stieg von 68 auf 74 %, der Anteil mit einer sicher verwalteten Sanitärversorgung von 48 auf 58 % und der Anteil mit einfacher Hygieneversorgung von 66 auf 80 %. Dennoch bleiben beträchtliche Herausforderungen. 2024 hatten 2,2 Mrd. Menschen noch immer keine sicher verwaltete Trinkwasserversorgung, 3,4 Mrd. keine sicher verwaltete Sanitärversorgung und 1,7 Mrd. lebten ohne einfache Hygieneversorgung im Haushalt.

Der Zugang zu Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung in Schulen reicht weiterhin nicht, um ein sicheres und inklusives Lernumfeld zu schaffen. Obwohl es in 77 % der Schulen eine einfache Trinkwasserversorgung gab und in 78 % eine Basisanitärversorgung, hatten 2023 noch immer 447 Mio. bzw. 427 Mio. Kinder keinen Zugang zu diesen grundlegenden Einrichtungen. Für eine flächendeckende Versorgung bis 2030 muss das derzeitige Fortschritts-tempo verdoppelt werden. Besorgniserregend ist, dass nur 67 % der Schulen eine einfache Hygieneversorgung anbieten, wodurch 646 Mio. Kinder unversorgt bleiben; hierbei müssten die Fortschritte viermal so groß ausfallen.

Unregelmäßige Überwachung führt zu kritischen Wissenslücken bei Faktoren für Wasserqualität

2024 wurden 56 % des weltweit anfallenden häuslichen Abwassers (332 Mrd. m³) sicher aufbereitet, ein seit 2020 nahezu unveränderter Wert. Dieses Ergebnis beruht auf Daten aus 130 Mitgliedstaaten und 12 Gebieten, die zusammen 84 % der Weltbevölkerung abdecken. Zu industriellem Abwasser dagegen ist die Datenlage dünn; dazu erstatten nur 22 Länder Bericht. Ein umfassender weltweiter Bericht über die gesamte Abwasserlage wird frühestens 2027 erwartet.

Verbessert hat sich die Überwachung der Wasserqualität, da nun 120 Länder Bericht erstatten (2023), gegenüber nur 89 Ländern (2020). Dennoch gibt es nach wie vor erhebliche Disparitäten in der Überwachung. Von den weltweit erhobenen 2 Mio. Messproben zur Wasserqualität stammen nur 60.000 aus den ärmsten Weltregionen. Dadurch fehlt wichtiges Wissen über die Folgen von Umweltverschmutzung, Klimawandel und Biodiversitätsverlust für die Süßwassersysteme, was bis 2030 die Gesundheit und Existenzgrundlagen von bis zu 4,8 Mrd. Menschen gefährdet. Vor Ort erhobene Daten nationaler Behörden sind sehr wichtig, doch daneben gibt es auch innovative Ansätze wie Bürgerwissenschaft und satellitengestützte Erdbeobachtung. Sierra Leone und Sambia nutzen bereits bürgergenerierte Daten für ihre Berichterstattung, und auch andere Länder verfolgen diesen Ansatz, um Datenlücken zu schließen.

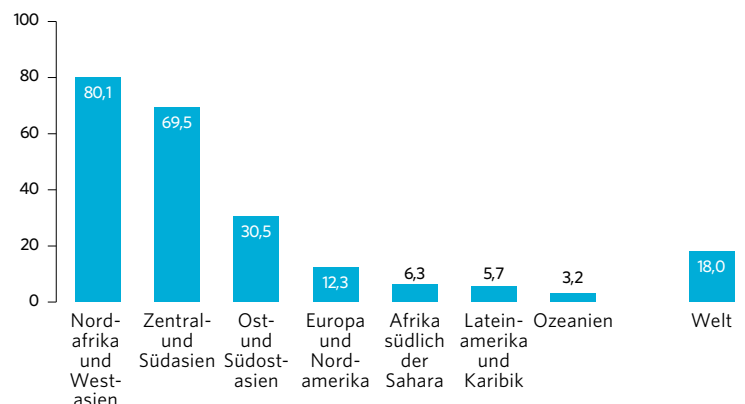
Ungleich verteilter Wasserstress bedroht die globale Entwicklung

Der globale Wasserstress blieb auch 2022 mit einem Wert von 18 % seit 2015 unverändert, doch zeigen sich regional markante Unterschiede. In etlichen Ländern in Nordafrika und Westasien sowie Zentral- und Südasien erreicht der Wasserstress kritische Werte von mehr als 75 %. Zudem ist in Nordafrika und Westasien seit 2015 ein besorgniserregender Anstieg des Wasserstresses um 12 % zu beobachten. Rund 10 % der Weltbevölkerung leben mittlerweile mit hohem oder kritischem Wasserstress.

Die Wirtschaftssektoren sind zentral für das Wasserstressniveau. Der Agrarsektor machte 2022 mit 72 % den Großteil der weltweiten Süßwasserentnahme aus, gefolgt von Industrie (15 %) und Dienstleistungen (13 %). Die Landwirtschaft ist zwar für Ernährungssicherheit und Wirtschaftswachstum unverzichtbar, ist jedoch eine treibende Kraft für und zugleich ein Opfer von Wasserstress und dadurch einer der anfälligsten Sektoren. Um Wasserstress entgegenzuwirken, bedarf es einer intelligenteren Wasserbewirtschaftung, effizienterer Wassernutzung in der Landwirtschaft, strategischer Investitionen und politischer Reformen. Überdies sind subnationale und zeitbezogene

Daten erforderlich, mit denen verborgene Anfälligkeiten aufgedeckt und gezielte Maßnahmen konzipiert werden können.

Wasserstressniveau – 2022 (in Prozent)



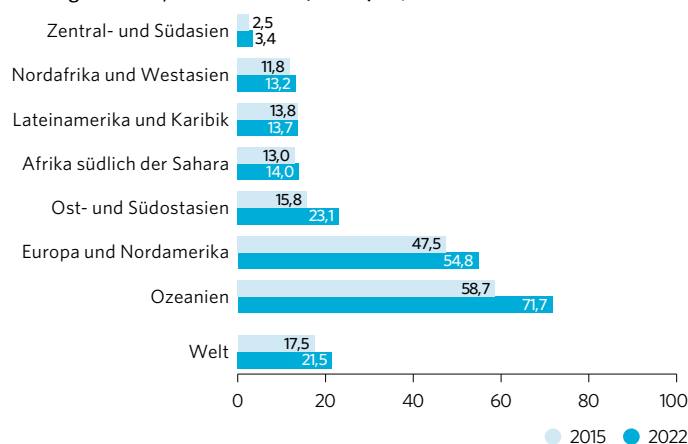
Wassernutzungseffizienz weltweit verbessert, regionale Lücken bleiben bestehen

2015-2022 stieg die globale Wassernutzungseffizienz um 23 % von 17,5 USD/m³ auf 21,5 USD/m³, was auf eine steigende Wirtschaftsleistung ohne entsprechend erhöhte Wassernutzung zurückgeht. Jedoch wirtschaften 57 % der Länder noch immer unterhalb des globalen Richtwerts von 20 USD/m³. Die regionalen Unterschiede sind erheblich. Ozeanien, Europa und Nordamerika zeigten bessere Leistungen als der globale Durchschnitt, während die Effizienzwerte in Zentral- und Südasien am geringsten waren.

Die allgemeine Verbesserung wurde im Wesentlichen durch das Wirtschaftswachstum vorangetrieben; die Wasserentnahme blieb in der Summe fast gleich. Sektorbezogene Trends zeigen, dass die städtische Wassernutzung um 10 % stieg, die industrielle Nutzung um 5 % sank und die Entnahmen für die Landwirtschaft stabil blieben. Die Effizienz schwankte 2022 stark im sektoralen Vergleich: 38,5 USD/m³ in der Industrie, 114,4 USD/m³ bei den Dienstleistungen und nur 0,7 USD/m³ im Agrarbereich. Trotz geringen Basiswerts wies die Landwirtschaft mit einer Verbesserung um 39,5 % im untersuchten Zeitraum den größten relativen Effizienzgewinn aus. Die Steigerung der Effizienz, insbesondere in der Landwirtschaft, ist entscheidend für von Wasserstress betroffene Regionen. Dies setzt nicht nur techno-

logische Innovationen voraus, sondern auch stärkere Regulationsstrukturen, politische Rahmen und institutionellen Kapazitätsaufbau.

Wassernutzungseffizienz, 2015 und 2022 (in USD/m³)



Bewährte Aspekte grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Wasserbereich verstärkt umsetzen

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Wasserfragen fördert nachhaltige Entwicklung, Klimaresilienz und Konfliktprävention. Langjährige Partnerschaften, wie etwa die 50-jährige Zusammenarbeit am Senegal-Fluss und die zwischen Brasilien und Paraguay in der Itaipu-Kommission, haben Wasserzugang, Bewässerung, Energiesicherheit und Dürresilienz verbessert. Dennoch findet Zusammenarbeit nur vereinzelt statt. Von den 153 Mitgliedstaaten mit grenzüberschreitenden Gewässern verfügen nur 43 über operative Vereinbarungen, die mehr als 90 % ihrer gemeinsamen Wasserflächen erfassen. Mehr als 20 Länder haben keinerlei derartige Vereinbarungen; vor allem Asien und Lateinamerika sind im Rückstand. Fortschritte erfolgen zögerlich, da im Zeitraum 2020–2023 nur acht Länder den Geltungsbereich operativer Vereinbarungen auf ihrem Staatsgebiet ausgeweitet haben.

Nur die Hälfte der grenzüberschreitenden Fluss- und Seebecken verfügt über Hochwasserwarnsysteme, noch weniger über eine gemeinsame Katastrophenvorsorge (20 %) oder Strategien zur Anpassung an den Klimawandel (14 %). Um die Fortschritte bis 2030 zu beschleunigen, müssen die Länder mehr politischen Willen beweisen, die Klima- und Entwicklungsfinanzierung erhöhen, in den Kapazitätsaufbau investieren und verstärkt Gebrauch von den globalen VN-Wasserkonventionen machen.

Süßwasserökosysteme trotz verbesserter Überwachung unter Druck

Die Schädigung der Süßwasserökosysteme bedroht biologische Vielfalt, Ernährungssicherheit und Existenzgrundlagen. Seit 1970 sind 83 % der Populationen von Süßwasserarten zurückgegangen; 25 % der in Süßwasser lebenden Fischarten sind vom Aussterben bedroht. 2015 meldeten 61 % der Länder eine oder mehrere geschädigte Kategorien wasserbezogener Ökosysteme. Erfreulicherweise sank diese Zahl für den Zeitraum 2017–2021 auf 31 %. Werden jedoch neue Daten zur Wasserqualität einbezogen, zeigen sich deutlich geringere Fortschritte und der Anteil steigt erneut auf 50 %. Die regionalen Abweichungen sind signifikant: Mehr als 60 % der Länder in Zentralasien, Südostasien und Afrika südlich der Sahara melden Schädigungen; in Ozeanien dagegen sind es 21 %. Der Verlust dauerhaften Oberflächenwassers in 364 Flussbecken bedingt durch nicht nachhaltige Verfahrensweisen und den Klimawandel betrifft mehr als 93 Mio. Menschen.

Trotz zunehmender Nutzung von Erdbeobachtungsdaten verfügt nur ein Drittel der Länder über ein Verzeichnis nationaler Feuchtgebiete, was die Qualität und Nutzung nationaler Daten einschränkt. Um Schäden rückgängig zu machen, bedarf es dringender Investitionen in digitale Überwachung, Kapazitätsaufbau und faktengestützte politische Konzepte zum Schutz und zur Wiederherstellung von Süßwasserökosystemen.

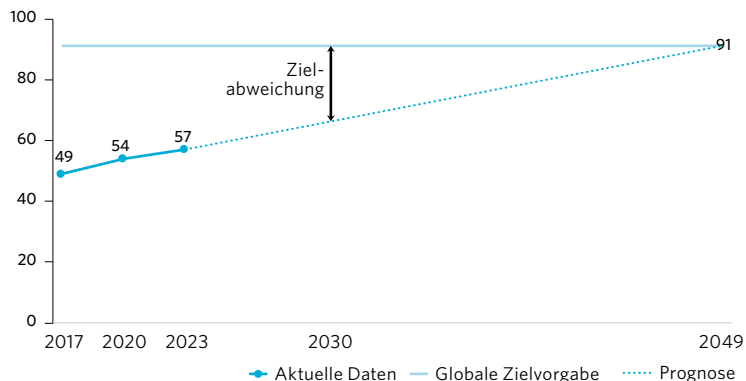
Gebremste Fortschritte bei der integrierten Bewirtschaftung von Wasserressourcen: mangelnde Finanzierung ein Haupthindernis

Die integrierte Bewirtschaftung von Wasserressourcen schreitet weltweit nur langsam voran (Anstieg von 49 % (2017) auf 57 % (2023)). 47 Länder (26 %) haben die Zielvorgabe einer „sehr hohen“ Umsetzung erreicht oder beinahe erreicht, doch 73 Länder (40 %) liegen zurück. Ein Haupthindernis ist nach wie vor die unzureichende Finanzierung, wobei es 60 % der Länder an wirksamen Mechanismen zur Generierung von Einnahmen fehlt und in rund 70 % die Wasserbewirtschaftung auf subnationaler Ebene unzulänglich finanziert ist. Eine Stärkung der Verbindung zwischen der integrierten Bewirtschaftung von Wasserressourcen und der Anpassung an den Klimawandel birgt noch unerschlossenes Potenzial, doch Koordinierungs-, Kapazitäts- und Finanzierungslücken bestehen fort.

Trotz starker politischer Bekenntnisse bleibt die sektorübergreifende Koordinierung schwierig, denn nur die Hälfte der Länder verfügt über formale Regelungen. Auch die Integration der Geschlechterperspektive in die Wasserbewirtschaftung verläuft schleppend, bei einem leichten Anstieg der internationalen Werte von 54 % (2020) auf 58 % (2023). In 15 % der Länder

fehlen jedoch immer noch jegliche geschlechtsspezifische Mechanismen, während 31 % eine eingeschränkte Umsetzung melden.

Globale Fortschritte bei der Umsetzung der integrierten Bewirtschaftung von Wasserressourcen – 2017-2023 mit Prognose bis 2049 (in Prozent)





Bezahlbare und saubere Energie

- Die Welt hat im Hinblick auf Nachhaltigkeitsziel 7 große Fortschritte gemacht. Der weltweite Stromzugang erreichte 2023 einen Wert von 92 % – 2010 waren es 84 %. Derzeit stieg der Zugang zu sauberen Kochbrennstoffen und -technologien 2015-2023 von 64 auf 74 %. Erneuerbare Energie ist heute die am schnellsten wachsende Energiequelle und soll 2025 Prognosen zufolge Kohle als primäre Quelle ablösen.
- Doch die Verwirklichung von Ziel 7 erfordert weit höhere Investitionen in saubere Energien, insbesondere in den Entwicklungsländern. Ohne Investitionssteigerung und beschleunigtes Handeln werden 2030 noch immer 645 Mio. Menschen ohne Stromzugang und 1,8 Mrd. ohne Zugang zu sauberen Kochmethoden leben.
- Das Erreichen der globalen Klimaziele und der CO₂-Neutralität erfordert den raschen Einsatz erneuerbarer Energie in allen Sektoren und



Auf den Philippinen arbeitet ein Techniker an einer Windanlage.

deutlichere Verbesserungen der Energieeffizienz. Gezielte und integrierte politische Interventionen und Maßnahmen sind nach wie vor unverzichtbar, um eine gerechte Energiewende voranzutreiben und die Klimaziele zu erreichen.

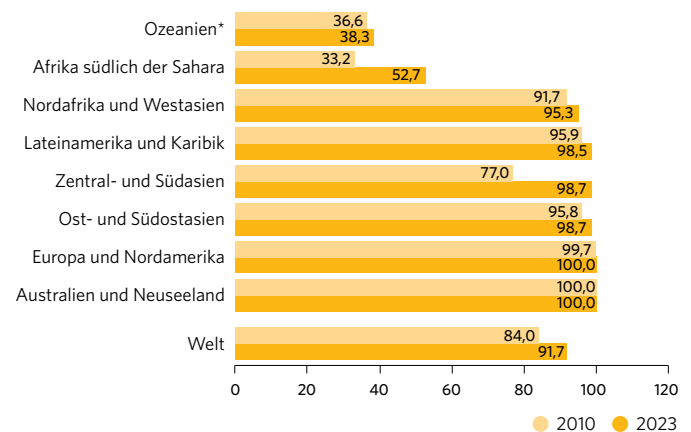
45 weitere Länder mit allgemeinem Stromzugang im letzten Jahrzehnt, jedoch kaum Fortschritte in Afrika südlich der Sahara

Die weltweite Stromzugangsrate erreichte 2023 92 % gegenüber 84 % (2010), die Anzahl der ohne Elektrizität lebenden Menschen sank auf 666,4 Mio. – das sind 18,8 Mio. weniger als 2022. Zwischen 2010 und 2023 erreichten 45 Länder einen allgemeinen Stromzugang. Dennoch bleiben regionale Disparitäten bestehen. Zentral- und Südasien verringerte seinen Bevölkerungsanteil ohne Stromversorgung von 414 Mio. (2010) auf 27 Mio. (2023). Dagegen verzeichnete Afrika südlich der Sahara kaum Fortschritte; der dortige Bevölkerungsanteil ohne Stromzugang lag nahezu unverändert bei 565 Mio. (zuvor 566 Mio.) und macht damit 85 % des globalen Stromdefizits aus. Zudem lebten 2023 weltweit 84 % der Menschen ohne Stromversorgung in ländlichen Gemeinden.

Für die Verwirklichung des universellen Zugangs bis 2030 muss die Elektrifizierung einen beschleunigten Anstieg von jährlich 1,2 % erfahren. Leider geht die Entwicklung aktuell dahin, dass 2030 nach wie vor 645 Mio. Menschen ohne Stromzugang sein werden. Um dem entgegenzutreten, bedarf es neuer Denkansätze, eines erneuerten politischen Bekenntnisses und zusätzlicher Finanzierung, mit der die Einführung breit gestreuter Technologien und Geschäftsmodelle für erneuerbare Energie großflächig umgesetzt werden kann.

Netzferne Solarlösungen sind derzeit am kosteneffizientesten und könnten potenziell 389 Mio. Menschen mit Strom versorgen.

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Strom – 2010 und 2023 (in Prozent)



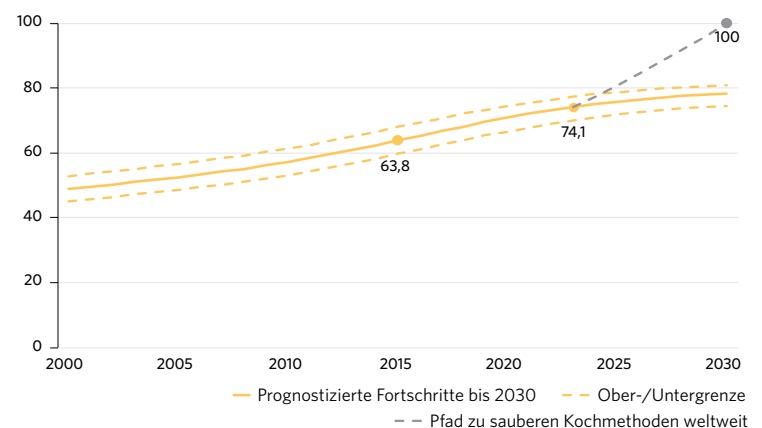
*Ohne Australien und Neuseeland

Verbesserter Zugang zu sauberen Kochmethoden, doch universeller Zugang in weiter Ferne

Der Zugang zu sauberen Kochbrennstoffen und -technologien erreichte 2023 einen Wert von 74 % gegenüber 64 % im Jahr 2015. Dennoch sind rund 2,1 Mrd. Menschen zum Kochen noch immer auf umweltschädliche Brennstoffe angewiesen. Die Fortschritte sind regional sehr verschieden. Ost- und Südostasien sowie Zentral- und Südasien konnten den Zugang zu sauberen Kochmethoden stark ausweiten. In Afrika südlich der Sahara dagegen sind die Herausforderungen weiter groß, dort haben diesen Zugang nur 21 % der Bevölkerung.

Am stärksten belastet sind ärmere Haushalte und insbesondere Frauen und Mädchen, die viel Zeit für das Sammeln von Brennstoffen und das Kochen auf ineffizienten Herden aufwenden. Dies beeinträchtigt ihre Gesundheit, ihre Bildungschancen und ihre Wirtschaftsaussichten. Die derzeitige Entwicklung lässt erwarten, dass nur 78 % der Weltbevölkerung bis 2030 Zugang zu sauberen Kochmethoden haben werden, während dies 1,8 Mrd. Menschen weiter verwehrt bleibt. Die Verwirklichung des universellen Zugangs erfordert dringendes Handeln und beschleunigte Anstrengungen.

Bevölkerungsanteil mit Zugang zu sauberen Kochbrennstoffen und -technologien und Pfad zum universellen Zugang – 2000-2030 (in Prozent)



Globaler Energieverbrauch stützt sich zunehmend auf erneuerbare Energien, doch für ambitionierte Ziele braucht es mehr

Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten weltweiten Energieendverbrauch stieg von 15,6 % (2015) auf 17,9 % (2022), während moderne erneuerbare Energien (ohne herkömmliche Biomasse) von 10 auf 13 % zu legten. Der Elektrizitätssektor führt das Wachstum an, wobei die erneuerbaren Energien 2022 mit 30 % seines weltweiten Stromverbrauchs zu Buche schlugen. Wasserkraft blieb die vorherrschende erneuerbare Energiequelle; Wind- und Solarenergie wiesen mit einer Verdreifachung des Verbrauchs von 2015 bis 2022 das größte absolute Wachstum auf. Erneuerbare Quellen deckten rund 21 % des globalen Heizenergiebedarfs, wobei fast die Hälfte auf herkömmliche Biomasse entfiel. Im Verkehrssektor stammten nur 4 % des Verbrauchs aus Erneuerbaren, davon fast 90 % aus Biobrennstoffen.

Die Anhebung der Zielvorgaben für den Einsatz erneuerbarer Energien, die Umsetzung verstärkter politischer Maßnahmen in allen Endverbrauchssektoren und eine ausgeweitete Unterstützung für Entwicklungsländer sind Dreh- und Angelpunkte für die Annäherung an Ziel 7 und das Erreichen der Klimaziele.

Fortschritt bei der Energieintensität 2022 beschleunigt, teilweise infolge der Energiekrise, dennoch weltweiter Rückstand

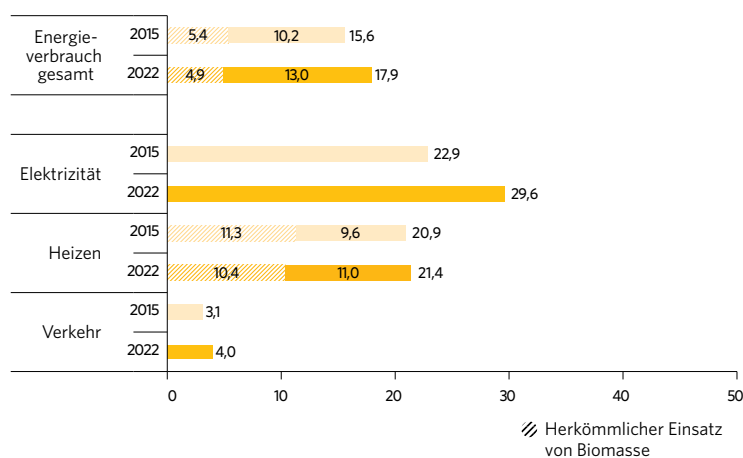
Die Primärenergieintensität (das Verhältnis des gesamten Energieverbrauchs je BIP-Einheit) verbesserte sich 2022 um 2,1 %. Dies ist mehr als das Vierfache der Steigerung im Vorjahr und lässt die weltweite Intensität auf 3,87 Megajoule je USD (Kaufkraftparität 2021) steigen. Diese Fortschritte gehen zum Teil auf die geringere Energienutzung während der globalen Energiekrise und die hohen Preise von 2022 zurück. Von den 20 Ländern mit dem höchsten Energieverbrauch wiesen 15 im Zeitraum 2010–2022 gegenüber 1990–2010 beschleunigte Fortschritte auf; neun Nationen gelang es, ihre durchschnittliche Energieintensitätsverbesserung pro Jahr mehr als zu verdoppeln.

Um die Zielvorgaben zur Energieeffizienz unter Ziel 7 zu erreichen, bedarf es jährlicher Verbesserungen von 4 % zwischen 2022 und 2030. Dieses ambitionierte Ziel entspricht den auf der VN-Konferenz über Klimaänderungen 2023 getroffenen Übereinkünften. Der Rückgriff auf erneuerbare Energie zur Stromgewinnung sowie die Energieeffizienz von Endnutzungssektoren (etwa Gebäudebewirtschaftung und Verkehr) werden jeweils eine Schlüsselrolle bei der Erreichung der Zielvorgaben spielen.

Internationale Finanzströme steigen wieder, ohne die Spitzenwerte von 2016 zu erreichen

Die internationale finanzielle Unterstützung sauberer und erneuerbarer Energie zugunsten der Entwicklungsländer stieg 2023 auf 21,6 Mrd. USD und damit um 27 % gegenüber 2022. Speerspitze war die Solarenergie, deren Finanzierung um 84 % auf 9,4 Mrd. USD anstieg und 44 % der gesamten Finanzströme ausmachte. Windenergie und Wasserkraft legten mit 41 % (Anstieg auf 2,4 Mrd. USD) bzw. 61 % (auf 2,3 Mrd. USD) ebenfalls zu. Doch trotz des dritten Wachstumsjahrs in Folge beliefen sich die Finanzströme 2023 nur auf rund drei Viertel des Spitzenwerts von 2016 (28,4 Mrd. USD). 2023 entfielen überdies 80 % der Finanzierungszusagen auf 29 Länder, gegenüber 25 Ländern im Vorjahr. Die finanzielle Förderung insgesamt liegt weit unter dem tatsächlichen Bedarf der Entwicklungsländer, insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer. Um die globalen Fortschritte mit Blick auf Ziel 7 zu erleichtern, wird es darauf ankommen, diesen Wachstumspfad zu beschleunigen und zugleich eine gerechtere Verteilung der Finanzmittel sicherzustellen.

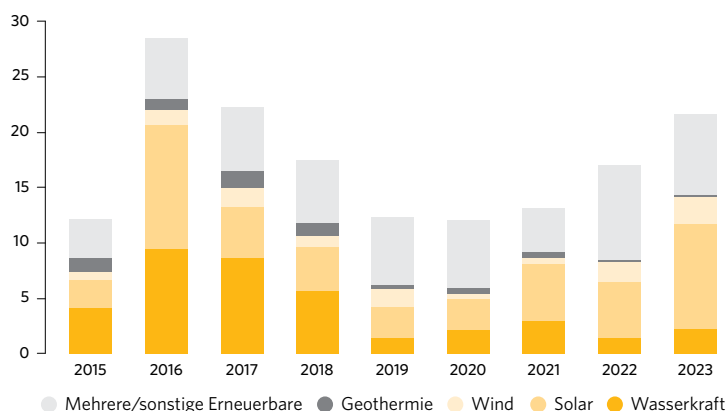
Anteil der erneuerbaren Energien am Energieendverbrauch und nach Endnutzung – 2015 und 2022 (in Prozent)



Die installierten Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energie wachsen stetig, doch es bleiben erhebliche Unterschiede

Die globalen installierten Kapazitäten für erneuerbare Energie erreichten 2023 einen Rekordwert von 478 Watt pro Kopf und stiegen dabei jährlich um 13 %, was in erster Linie auf China, Brasilien und Indien zurückzuführen war. Diese Leistung ist Ergebnis starker Impulse bei einer kumulierten jährlichen Wachstumsrate von 9,4 % in den vergangenen fünf Jahren. Es gibt jedoch noch immer erhebliche Disparitäten. Der Durchschnitt in den entwickelten Ländern liegt bei 1.162 Watt pro Person – fast dreimal so hoch wie in den Entwicklungsländern (341 Watt). Zwar stellen die Entwicklungsländer inzwischen 43,5 % der globalen Kapazitäten zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, doch verbergen sich dahinter tiefgreifende Ungleichheiten. Ost- und Südostasien steigerten sich von 2013 bis 2023 um mehr als das Dreifache von 207 auf 741 Watt, während Afrika südlich der Sahara mit nur 40 Watt pro Person weit zurückliegt. Zu den Anfälligsten zählen die am wenigsten entwickelten Länder (40 Watt), Binnenentwicklungsländer (105 Watt) und kleinen Inselentwicklungsländer (110 Watt). Bei den aktuellen Zuwächsen bräuchten die am wenigsten entwickelten Länder 46 Jahre, um den Durchschnitt der heutigen Entwicklungsländer zu erreichen. Ohne beschleunigten Einsatz kosteneffizienter Lösungen mit erneuerbaren Energien werden diese Disparitäten noch zunehmen und die globale Energiewende und die Nachhaltigkeitsziele damit untergraben.

Internationale öffentliche Finanzströme zur Förderung sauberer Energie in Entwicklungsländern – 2015–2023 (in Mrd. konstanter USD (Stand 2022))



Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

- Die Wirtschaft wächst weltweit weniger als erwartet. Der Zuwachs des Pro-Kopf-BIP wird sich Prognosen zufolge 2025 auf 1,5 % verlangsamen – Grund sind verschärfte Handelsspannungen und politische Unsicherheit. Die Zunahme des realen BIP in den am wenigsten entwickelten Ländern liegt deutlich unterhalb der Zielvorgabe von 7 %. Das schwache Wachstum der Produktivität und die schwindende Einhaltung der Arbeitnehmerrechte untergraben die Fortschritte bei menschenwürdiger Arbeit.
- Bei einer Arbeitslosenquote auf Rekordtief (5 %) waren 2024 nach wie vor fast 58 % der Erwerbstätigen informell beschäftigt: in den am wenigsten entwickelten Ländern und Afrika südlich der Sahara waren die Werte unverändert hoch. Unter Jugendlichen und Frauen waren die Arbeitslosigkeit und der Anteil weder in der Schule noch in Ausbildung oder Beschäftigung befindlicher Personen nach wie vor besonders hoch.
- Um menschenwürdige Arbeit für alle zu schaffen, müssen die Regierungen umfassende Strategien beschleunigt umsetzen, etwa Formalisie-



In Ambondromisotra (Madagaskar) profitiert ein Landwirt von dem Projekt HIMO, einer Partnerschaft zwischen der IAO und dem madagassischen Ministerium für Landwirtschaft und Tierhaltung, die durch arbeitsintensive Bewässerung und Investitionen in die ländliche Infrastruktur menschenwürdige Arbeitsplätze fördert.

rungspfade für informell Beschäftigte, ausgeweitete Sozialschutzsysteme, stärkere Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten und Investitionen in Initiativen für eine grüne und digitale Wirtschaft, und zugleich gerechten Zugang zu Finanzmitteln und wirtschaftlichen Chancen sichern, besonders angesichts wachsender globaler wirtschaftlicher Unsicherheit.

Handelsspannungen und Unsicherheit dürften BIP-Wachstum 2025 dämpfen

Das globale reale Pro-Kopf-BIP schrumpfte 2020 infolge der COVID-19-Pandemie um 3,8 %. Obgleich es 2021 um 5,5 % stieg, verlangsamte sich das Wachstum 2022–2024 erneut um rund 2 %. Verschärfte Handelsspannungen nebst politischer Unsicherheit haben die globalen Konjunkturaussichten für 2025 stark getrübt, so dass die Wachstumsprognosen bei 1,5 % liegen.

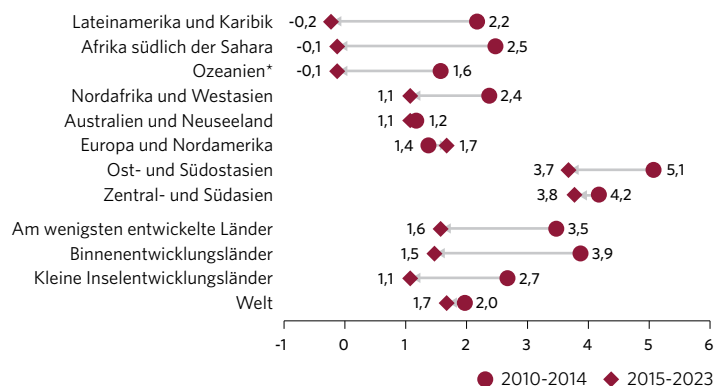
2010–2014 stieg das globale reale Pro-Kopf-BIP um 2 % jährlich, 2015–2023 nur um 1,7 %. Grund war eine moderate Abschwächung in den meisten Regionen und ein tatsächlicher Rückgang in Afrika südlich der Sahara sowie in der Karibik und in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland). In den am wenigsten entwickelten Ländern ging das Wachstum zwischen diesen Zeiträumen von 3,5 auf 1,6 % zurück, in den Binnenentwicklungsländern sogar von 3,9 auf 1,5 %.

Dieser Abschwung gefährdet die Armutsbekämpfung, die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und den nachhaltigen Wandel.

Das Wachstum des realen BIP in den am wenigsten entwickelten Ländern liegt zudem weit unter der Zielvorgabe der Agenda 2030 von 7 % jährlich. Nach

dem starken Abfall von 2020 auf 0,5 % erholte es sich 2022 auf 4,7 %, bevor es 2023 erneut auf 3,5 % und 2024 auf geschätzt 3,1 % sank.

Durchschnittliches jährliches Wachstum des globalen realen Pro-Kopf-BIP – 2010–2014 und 2015–2023 (in Prozent)



*Ohne Australien und Neuseeland

Globale Produktivität erholt sich allmählich, regional klaffen weiter Lücken

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als BIP pro Arbeitsstunde, ist ein Schlüsselindikator für die Effizienz der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts. Weltweit stieg das Wachstum der Arbeitsproduktivität 2024 auf 1,5 %, nachdem es 2022 und 2023 fast stagnierte, blieb jedoch unter dem Durchschnitt von 1,8 % der Jahre 2015–2019. Die COVID-19-Pandemie führte 2020 zu einem drastischen Rückgang, ein vollständiger Wiederaufschwung steht noch aus. Ost- und Südostasien zeigten 2020–2024 ein konstant starkes Wachstum von durchschnittlich 3,2 %, Zentral- und Südasien überschritten 2024 die 3 %-Marke. Dagegen war das Produktivitätswachstum in Lateinamerika und der Karibik 2015–2019 negativ (-1,1 %), 2023 und 2024 wieder bescheiden positiv. Afrika südlich der Sahara, Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) sowie Nordafrika und Westasien sahen 2023 und 2024 bei der Produktivität beinahe Nullwachstum. Schwach wachsende Produktivität schmälert die Chancen für würdige Arbeit und höhere Reallöhne; so wird nachhaltige wirtschaftliche Erholung deutlich schwieriger und der Bedarf an politischen Maßnahmen zur Produktivitäts- und Resilienzsteigerung sichtbar.

Beseitigung der Kinderarbeit geht voran, doch Zielvorgabe 2025 wird verfehlt

Die Beseitigung der Kinderarbeit bleibt eine nach wie vor unbewältigte globale Herausforderung, doch bieten die jüngsten Daten vorsichtigen Anlass zur Hoffnung. Nach dem für 2020 belegten besorgniserregenden Anstieg der Kinderarbeit ist die befürchtete weitere Verschlechterung der Lage infolge der COVID-19-Pandemie ausgeblieben. Stattdessen macht die Welt wieder Fortschritte.

Rund 138 Mio. Kinder leisteten 2024 weltweit Kinderarbeit, 54 Mio. gefährdeten dabei ihre Gesundheit und Entwicklung. Das sind deutlich weniger als die vier Jahre zuvor erfassten 160 Mio. Kinder. Seit 2000 hat die Zahl der arbeitenden Kinder um mehr als 100 Mio. abgenommen, obwohl die globale Bevölkerung im Kindesalter sich um 230 Mio. erhöht hat. Die Welt hat jedoch ihr ambitioniertes Ziel, Kinderarbeit bis 2025 zu beenden, verfehlt. Um dies innerhalb der nächsten fünf Jahre zu schaffen, müsste sich das aktuelle Fortschrittsstempo um das 11-Fache erhöhen.

Mehr als die Hälfte der Arbeitskräfte weltweit verharren in informeller Beschäftigung, Tendenz steigend

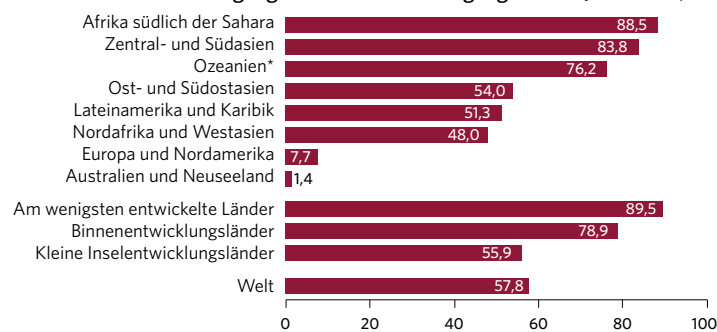
Seit 2015 ist der Anteil der informell Beschäftigten nach und nach gestiegen. 2024 waren 57,8 % der Arbeitskräfte weltweit informell beschäftigt, also ohne angemessene Sozialversicherung, Rechtsschutz oder Arbeitsschutzmaßnahmen. Der Anstieg um 0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr entspricht mehr als 34 Mio. zusätzlichen informell Beschäftigten. Obgleich der Anteil Prognosen zufolge bis 2026 leicht auf 57,7 % sinken soll, ist zu erwarten, dass weitere 38 Mio. Menschen informelle Beschäftigungen aufnehmen werden.

Der Anteil liegt in den Ländern mit niedrigem Einkommen am höchsten. Fast 9 von 10 Arbeitskräften in Afrika südlich der Sahara und in den am wenigsten entwickelten Ländern waren 2024 informell beschäftigt. In Nordafrika und Westasien sowie den kleinen Inselentwicklungsländern ist dieser Sektor seit 2015 gewachsen.

Frauen sind in Regionen mit grassierender informeller Beschäftigung besonders gefährdet. 2024 waren in den am wenigsten entwickelten Ländern 93,8 % und in Afrika südlich der Sahara 91,4 % von ihnen informell beschäf-

tigt, gegenüber 86,4 % bzw. 86 % der Männer. Ohne stärkere Politikvorgaben für die Arbeitsplatzqualität wird informelle Beschäftigung menschenwürdige Arbeit und inklusive Entwicklung weiter hemmen.

Anteil informeller Beschäftigung an Gesamtbeschäftigung – 2024 (in Prozent)



*Ohne Australien und Neuseeland

Erholung im Tourismussektor schreitet voran, Disparitäten bleiben bestehen

Der Tourismus birgt großes Potenzial zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung, der Existenzgrundlagen und des Naturschutzes. Sein Anteil am globalen BIP stieg 2023 auf 3,4 %; das war mehr als 90 % des Vorpandemieniveaus aus dem Jahr 2019 und mehr als der Durchschnitt von 3,3 % für die Jahre 2015–2023. Zwischen 2015 und 2023 waren Lateinamerika und die Karibik mit einem Tourismus-Anteil von 4,3 % ihres BIP Spitzenreiter, Zentral- und Südasien bildeten mit 2,2 % das Schlusslicht. Eine Untersuchung der Länder mit besonderem Entwicklungsstatus ergab für die kleinen Inselentwicklungsländer (ohne Singapur) eine besonders hohe Abhängigkeit von dem Sektor; er machte im genannten Zeitraum 13 % ihres

BIP aus. Dagegen war in den am wenigsten entwickelten und den Binnenentwicklungsländern der Beitrag des Tourismus merklich geringer (2,4 bzw. 1,9 %), was den Bedarf an gezielten Investitionen verdeutlicht.

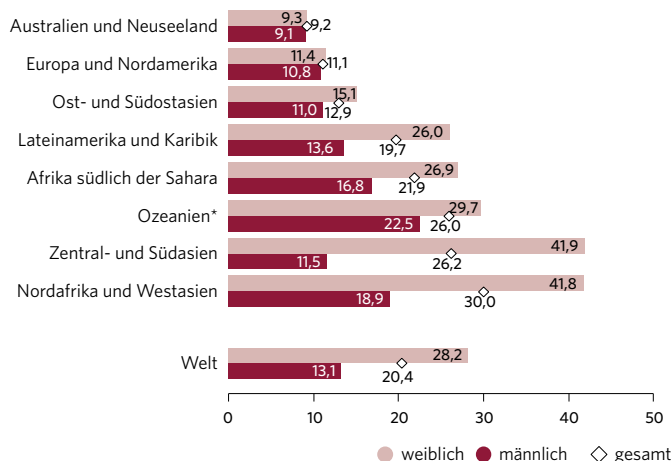
Der Tourismus ist laut Daten aus 89 Ländern mit 5,6 % der weltweiten Beschäftigung im Zeitraum 2015–2023 auch eine wichtige Beschäftigungsquelle. Mit 12,9 % der Gesamtzahl der Beschäftigten in dem Sektor ragten die kleinen Inselentwicklungsländer erneut hervor; die Anteile in Afrika südlich der Sahara (2,8 %) und Ost- und Südostasien (4,4 %) sind niedriger.

Arbeitsmarkt für Jugendliche weiter schwierig, trotz Rekordtief der Arbeitslosenzahlen

Die globale Arbeitslosenquote sank 2024 auf ein Rekordtief von 5 % (6 % im Jahr 2015). Doch nach wie vor gibt es Disparitäten und Anfälligkeiten auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere zulasten von Jugendlichen und Frauen. Die Jugendarbeitslosigkeit verbesserte sich zwar 2024 auf 12,9 %, war jedoch nach wie vor dreimal so hoch wie bei Erwachsenen (3,7 %).

Derweil war jeder fünfte junge Mensch (15-24 Jahre) weltweit weder erwerbstätig noch in Bildung oder Ausbildung, womit es 259 Mio. dieser Menschen verwehrt blieb, Kompetenzen oder Arbeitserfahrung zu erwerben. Diese Quote verharrt auf hohem Niveau und ist seit 2015 nur um 0,9 Prozentpunkte gesunken. Für junge Frauen sind die Hindernisse am größten; sie sind doppelt so häufig wie junge Männer weder erwerbstätig noch in Bildung oder Ausbildung. In Zentral- und Südasien traf dies auf 41,9 % der jungen Frauen zu und auf 11,5 % jungen Männer. Um dies zu ändern, bedarf es struktureller Reformen, die den Zugang zu Bildung, Ausbildung und menschenwürdiger Arbeit besonders für junge Frauen ausweiten.

Anteil der weder in (Aus-)Bildung noch Erwerbstätigkeit stehenden jungen Menschen, nach Geschlecht – 2024 (in Prozent)



*Ohne Australien und Neuseeland

Schwindende Einhaltung der Arbeitnehmerrechte schadet Fortschritten bei menschenwürdiger Arbeit

Die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen sind entscheidend für die Verwirklichung der Zielvorgaben für menschenwürdige Arbeit. Zwischen 2015 und 2023 wurden diese grundlegenden Arbeitnehmerrechte zusehends weniger eingehalten; die durchschnittliche nationale Rechteinhaltung verschlechterte sich um 7 % – von 4,54 auf 4,86 (Skala von 0 für die höchste Befolgung bis 10 für die geringste). In fünf von sieben Regionen gab es Rückgänge; Ost- und Südostasien schnitten am schlechtesten ab. Die gravierendste Verschlechterung gab es in den am wenigsten entwickelten Ländern, wo die Rechteinhaltung um 45,5 % zurückging. In den entwickelten Volkswirtschaften betrug der Rückgang 16,5 %.

Die Verschlechterung wird weiterhin stark durch Verstöße gegen grundlegende bürgerliche Freiheiten der Arbeitskräfte, Arbeitgeberinnen und -geber und ihrer Verbände vorangetrieben. Da freie und unabhängige Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen das Wesen der Demokratie ausmachen, zerstört die fortwährende Rechtsverletzung schrittweise den für das Funktionieren echter Demokratien nötigen zivilgesellschaftlichen Raum.

Industrie, Innovation und Infrastruktur

- Seit 2015 ist die Ausweitung der Infrastruktur, die Förderung des Industriegewachstums und der Ansturm von Innovationen bedeutend vorangeschritten. Die weltweite industrielle Wertschöpfung pro Kopf stieg 2015-2024 um 17,3 %. Die Seefracht erreichte 2023 ein Volumen von 11,6 Mrd. Tonnen, beflügelt durch die zunehmende Beteiligung der Entwicklungsländer. Das mobile 5G-Breitbandnetz deckt inzwischen 51 % der Weltbevölkerung ab. Die regionalen Unterschiede bleiben jedoch groß, und für viele Entwicklungsländer bestehen bei der inklusiven und nachhaltigen Industrialisierung weiterhin systemische Hindernisse.
- Die Emissionen erreichten trotz des Zuwachses bei den sauberen Energien ein neues Hoch. Die CO₂-Emissionen aus Verbrennungs- und industriellen Prozessen stiegen 2024 auf einen Rekordwert von 37,6 Mrd. Tonnen – eine Steigerung um 8,3 % seit 2015. Dank Technologien für saubere Energien wurde der Anstieg eingedämmt, doch der erhöhte Energiebedarf lässt die weltweiten Emissionen weiter steigen.



In einem ländlichen Dorf in Armenien nehmen Gemeindemitglieder an einer Informationsveranstaltung über die Vorteile von Breitbandverbindungen teil. Projekte wie das Pilotprojekt „Ländliche Netzwerke“ der ITU in Armenien fördern Konnektivität, Innovation und nachhaltige Entwicklung.

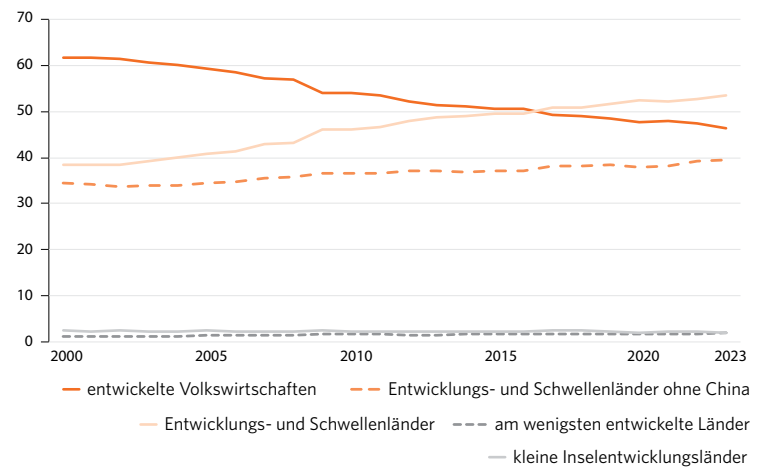
- Um Ziel 9 voranzubringen, müssen die Länder viel mehr in resiliente Infrastruktur sowie in Forschung und Entwicklung investieren, den Zugang zu Finanzmitteln für kleine Fertigungsbetriebe ausweiten und die digitale Kluft durch prioritäre Ausstattung der am stärksten unterversorgten Weltregionen mit erschwinglichen Breitband- und Innovationssystemen überwinden.

Entwicklungsländer schlagen den Großteil des weltweiten Seefrachtvolumens um

Der globale Seefrachtverkehr hat sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten durch Globalisierung, technologischen Wandel, globale Umwälzungen und geopolitische Herausforderungen verändert. 2023 erreichte sein Volumen 11,6 Mrd. Tonnen – ein Anstieg gegenüber 6,2 Mrd. Tonnen (2000) bzw. 10,3 Mrd. Tonnen (2015) – ein Zeichen großer Resilienz.

Die Entwicklungsländer haben sich in drastischem Maße vom vorrangigen Rohstoffexport hin zum Import und Export von End- und Zwischenprodukten verlagert. Ihr Anteil an der globalen Seefracht stieg von 38 % (2000) auf 49 % (2015) bzw. 54 % (2023), womit sie die entwickelten Länder 2017 überflügeln. Dieses Wachstum wurde von Asien – vor allem China – angeführt, während der Anteil Europas zurückging. Nord- und Südamerika erzielten moderate Fortschritte. Die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselentwicklungsländer leisteten begrenzte Beiträge, die ihren Handelsstrukturen, ihrem Wirtschaftsumfang, ihrer Verkehrsinfrastruktur und ihrer Randstellung in globalen Fertigungsnetzen und Lieferketten entsprachen.

Anteil am globalen Seefrachtvolumen nach Wirtschaftsgruppen, 2000-2023 (in Prozent)



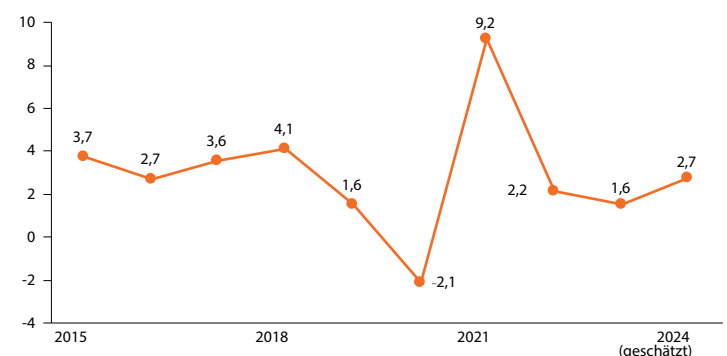
Globales Wachstum der Verarbeitungsindustrie schreitet voran, doch mit regionalen Abweichungen

Seit 2015 ist die weltweite industrielle Wertschöpfung pro Kopf um 17,3 % gewachsen; sie stieg von 1.649 USD (zu konstanten Preisen von 2015) auf 1.934 USD im Jahr 2024. Nach einem geringeren Wachstum von 1,6 % im Jahr 2023 erholte sich der Sektor 2024 bei einem Jahreswachstum von geschätzt 2,7 %. Der Anteil der industriellen Wertschöpfung am globalen BIP lag jedoch im Jahresvergleich 2023-2024 unverändert bei 16,5 %. In Zentral- und Südostasien war der Anstieg der industriellen Wertschöpfung pro Kopf mit 42,1 % im Zeitraum 2015-2024 am größten. Derzeit gingen die Werte in Afrika südlich der Sahara um 5,9 %, in Lateinamerika und der Karibik um 8,0 % sowie in Australien und Neuseeland um 10,5 % zurück. Die am wenigsten entwickelten Länder erzielten bei der industriellen Wertschöpfung pro Kopf seit 2015 ein beeindruckendes Wachstum von 40,6 %, das jedoch noch nicht reicht, um das Ziel für 2030 zu erreichen, den Industriewertschöpfungsanteil ihres BIP zu verdoppeln.

Der Anteil der Verarbeitungsindustrie an der globalen Beschäftigung sank von 14,3 % (2015) auf 14,2 % (2024), was auf COVID-19-bedingte Unterbrechungen, Lieferkettenprobleme und geopolitische Spannungen zurückzu-

führen ist – ein Zeichen für geschwächte industrielle Kapazität und Resilienz. In den meisten Regionen ging die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe seit 2015 zurück, am stärksten in Australien und Neuseeland (1,9 Prozentpunkte).

Jährliches Wachstum der industriellen Wertschöpfung, 2015-2024 (in Prozent)



Globale CO₂-Emissionen in Rekordhöhe trotz Zuwachs bei den sauberen Energien

Die globalen CO₂-Emissionen aus Verbrennungs- und industriellen Prozessen erreichten 2024 ein Rekordniveau von 37,6 Gigatonnen (Gt; 1 Gt = 1 Mrd. Tonnen) – ein Anstieg von 0,8 % gegenüber 2023 und 8,3 % gegenüber 2015. Während die Emissionen aus industriellen Prozessen zurückgingen, stiegen die Emissionen aus der Verbrennung von Brennstoffen um 1 %, vorangetrieben durch einen erhöhten Erdgas- und Kohleverbrauch.

Die Schwellen- und Entwicklungsländer trugen infolge ihres raschen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums mit 1,5 % zum Anstieg der energiebedingten Emissionen bei. Dagegen gingen die Emissionen in den hoch-

entwickelten Volkswirtschaften um 1,1 % zurück, bedingt vor allem durch verminderte Kohle- und Erdölnutzung. Die globalen Rekordtemperaturen von 2024 führten zu einem erhöhten Strombedarf für Kühlung und damit zu einem Anstieg der CO₂-Emissionen um rund 0,230 Gt. Dennoch hat die Ausweitung der Technologien für saubere Energien den Anstieg der Emissionen deutlich gebremst. 2019-2024 verhinderte die vermehrte Nutzung von Solar-, Wind- und Atomenergie, Elektrofahrzeugen und Wärmepumpen 2,6 Gt CO₂-Emissionen pro Jahr. Ohne diese Technologien wäre der Anstieg der globalen Emissionen seit 2019 dreimal so hoch ausgefallen.

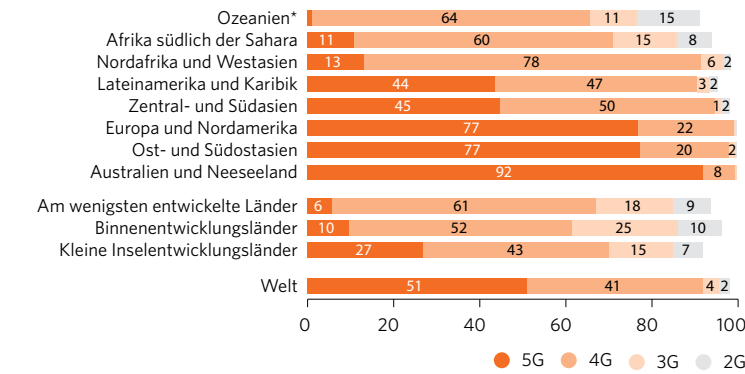
5G-Zugang erfasst nun halben Erdball, doch Teile der Welt ohne Zugang zu mobilem Breitband

Zwar waren 2024, nur fünf Jahre nach Markteinführung 2019, 51 % der Weltbevölkerung von 5G erfasst, doch sind die Fortschritte uneinheitlich. In Ländern mit hohem Einkommen haben 84 % der Menschen Zugang zu 5G, in Ländern mit niedrigem Einkommen nur 4 %.

Wo die 5G-Technologie nicht verfügbar ist, bleibt 4G mit einem Erfassungsbereich von 92 % der Weltbevölkerung eine verlässliche Alternative. Doch in den Ländern mit niedrigem Einkommen erfasst 4G nur 52 % der Bevölkerung, und 3G ist weiter eine entscheidende Technologie in der Internet-Anbindung.

Trotz der Verbesserungen werden 4 % der Weltbevölkerung weiterhin nicht durch mobile Breitbandtechnologie erreicht; die größten Lücken bestehen in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland), wo 24 % keinen Zugang haben. Auch in den am wenigsten entwickelten und den Binnenentwicklungsländern bestehen große Herausforderungen: 15 % bzw. 14 % ihrer Bevölkerung haben keinen Zugang zu mobilem Breitband.

Anteil der durch ein Mobilfunknetz abgedeckten Bevölkerung – 2024 (in Prozent)



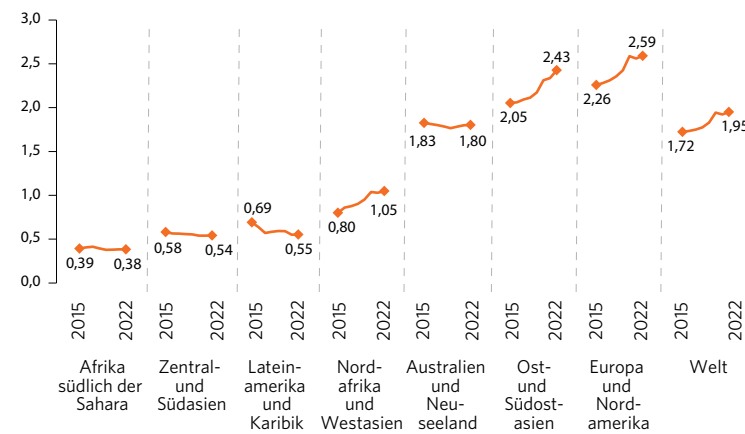
*Ohne Australien und Neuseeland

Weltweit gestiegene Forschungskapazitäten, doch manche Regionen bleiben zurück

Seit 2015 ist die weltweite Zahl der in der Forschung Tätigen jährlich um 4,3 % gestiegen, von 1.137 auf 1.420 je 1 Mio. Menschen (Stand 2022). In Ost- und Südostasien war die Wachstumsrate mit 5,3 % am höchsten, in Europa und Nordamerika ist die Dichte des Forschungspersonals nach wie vor am größten (Anstieg von 3.513 auf 4.254 je 1 Mio. Einwohner). Unterdessen stagnierte die Zahl der Forschungskräfte in Afrika südlich der Sahara bei 91 je 1 Mio. Einwohner – ein Hinweis auf anhaltende Disparitäten bei den Forschungskapazitäten.

Die weltweiten Investitionen in Forschung und Entwicklung stiegen 2015-2022 trotz der COVID-19-bedingten Unterbrechungen um 5,1 % jährlich. Der in diesen Bereich investierte Anteil des globalen BIP kletterte im genannten Zeitraum von 1,72 auf 1,95 %, beflügelt insbesondere durch Europa und Nordamerika sowie Ost- und Südostasien. Dagegen ging er in Lateinamerika und der Karibik sowie Zentral- und Südasien zurück. Um inklusive und nachhaltige Innovationen zu fördern, sind stärkere politische Zusagen für den Aufbau von Forschungskapazitäten in Entwicklungsregionen und für eine Verringerung der globalen Spaltungen unverzichtbar.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Verhältnis zum BIP – 2015-2020 (in Prozent)



Anmerkung: Die Daten zu Ozeanien reichen nicht für die Berechnung eines regionalen Gesamtwerts.

Inklusivere Finanzierung zugunsten kleiner Unternehmen erforderlich

Laut weltweit erhobenen Daten (2006-2024) haben nur 31 % der kleinen Fertigungsbetriebe ein Darlehen oder eine Kreditlinie; der geringe Zugang zu Finanzmitteln entpuppt sich als erhebliches Wachstumshindernis. Im heutigen, von geopolitischen Spannungen, Wirtschaftssanktionen und zunehmender Unsicherheit geprägten Wirtschaftsklima sind gerade kleine Unternehmen anfällig für Schockereignisse, besonders in Ländern mit

niedrigerem Einkommen, in denen finanzielle Risiken erheblich größer sind. Nur 18 % der kleinen Fertigungsbetriebe in Afrika südlich der Sahara erhielten Darlehen oder Kreditlinien, gegenüber 46 % in Lateinamerika und der Karibik. Eine bessere finanzielle Inklusion und gezielte Unterstützung können diese Lücke schließen und sicherstellen, dass kleine Unternehmen trotz unsicherer wirtschaftlicher Verhältnisse florieren.

Weniger Ungleichheiten

- Seit 2015 liegen in den meisten Ländern das Einkommens- und das Verbrauchswachstum für die unteren 40 % der Bevölkerung über dem nationalen Durchschnitt, wobei zwischen Regionen und Ländern mit unterschiedlichem Einkommensniveau weiterhin Unterschiede bestehen. Beim Anteil des Arbeitseinkommens am BIP gibt es keine Fortschritte, wodurch die Ungleichheit weiter zunimmt.
- Weltweit wird mehr Diskriminierung gemeldet. Bei Menschen in Städten, Frauen, Menschen mit Behinderungen, den ärmsten Menschen und Menschen mit niedrigerem Bildungsstand ist die Prävalenz höher.
- Die weltweite Zahl der Flüchtlinge – großteils aus Afghanistan, Syrien, der Ukraine und Venezuela – ist auf 37,8 Mio. gestiegen, was den humanitären Druck erhöht.
- Das Gesamtvolumen der Mittelzuflüsse in die Entwicklungsländer ist gestiegen; der Anteil der ODA daran ist größer. Angesichts der aktuellen Trends in der internationalen Zusammenarbeit ist die Zukunft der ODA jedoch ungewiss und möglicherweise eingeschränkt.



Eine Frau mit Behinderung in Bangladesch. Menschen mit Behinderungen werden stärker diskriminiert und waren unverhältnismäßig stark von den jüngsten Krisen wie der COVID-19-Pandemie betroffen.

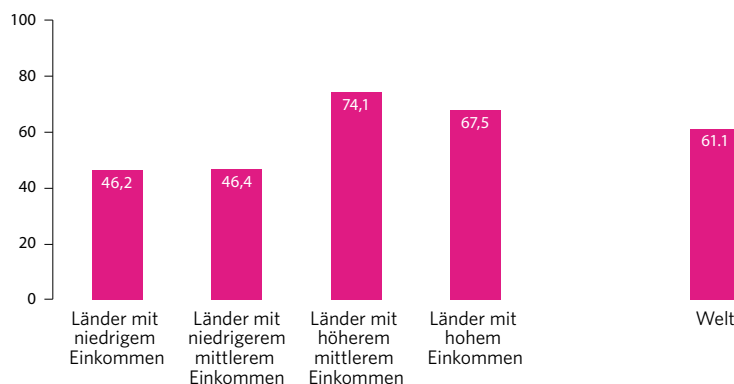
- Um bei Ziel 10 wieder auf Kurs zu kommen, müssen gefährdete Bevölkerungsgruppen zusätzlich unterstützt, die zunehmende Diskriminierung bekämpft, Arbeitseinkommen geschützt und Strukturreformen zur Wachstumsförderung in Schwellen- und Entwicklungsländern durchgeführt werden.

Ärmere Volkswirtschaften verzeichnen seltener überdurchschnittliches Wachstum bei den unteren 40 Prozent der Bevölkerung

Seit 2015 liegt in etwa 6 von 10 der 108 Länder mit mindestens zwei aktuellen Erhebungen das Einkommens- und Verbrauchswachstum für die unteren 40 % der Bevölkerung über dem nationalen Durchschnitt. Ost- und Südostasien sowie Europa und Nordamerika wiesen im Durchschnitt vor sowie nach der COVID-19-Pandemie ein beständigeres armutsminderndes Wachstum auf. In Zentral- und Südasiens hingegen lag nur in 3 von 7 Ländern, für die Daten vorliegen, das Wachstum für die unteren 40 % über dem nationalen Durchschnitt.

In weniger als der Hälfte der Länder mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen lag das Wachstum bei den untersten 40 % über dem nationalen Durchschnitt. Dagegen erreichten 7 von 10 Ländern mit höherem mittlerem und hohem Einkommen ein schnelleres Wachstum für die unteren 40 %.

Anteil der Länder, in denen das Einkommens- und das Verbrauchswachstum der ärmsten 40 Prozent stärker gestiegen sind als im nationalen Durchschnitt, nach Einkommensstand des Landes – seit 2015 (in Prozent)



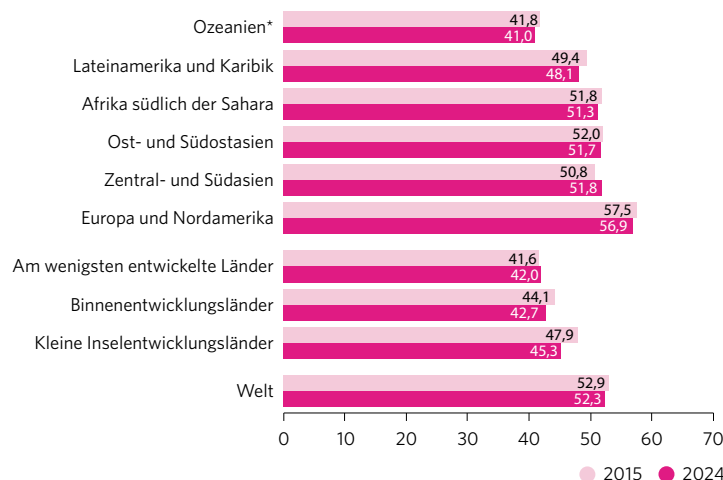
Anmerkung: Diese Grafik vergleicht die Fortschritte innerhalb der Länder zwischen 2015 und dem letzten Jahr, für das Daten vorliegen (mit einem Median von 2021).

Geringerer Anteil des BIP fließt in Arbeitseinkommen, dadurch größere Kluft zwischen Beschäftigten und Vermögenden

2024 waren 57 % der Menschen im erwerbsfähigen Alter weltweit angestellt, d. h. das Arbeitseinkommen wirkt sich auf das Leben von 3,6 Mrd. Beschäftigten und ihren Familien direkt aus. Weltweit sank der Anteil des Arbeitseinkommens am BIP von 52,9 % (2015) auf 52,3 % (2024) – eine durchschnittliche Abnahme um 255 USD (in KKP 2021) pro Arbeitskraft und Jahr. Dies zeigt, dass sich Produktivitätsgewinne nicht in höheren Löhnen niederschlagen. Stattdessen geht ein immer größerer Anteil der wirtschaftlichen Gewinne an die Vermögenden, was die Ungleichheit verschärft.

In den meisten Regionen ist zwischen 2015 und 2024, einer von den wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 geprägten Zeit, der Anteil des Arbeitseinkommens gesunken. Dies galt besonders für die kleinen Inselentwicklungsländer (2,6 %), die Binnenentwicklungsländer (1,4 %) sowie Lateinamerika und die Karibik (1,3 %). In Zentral- und Südasiens dagegen stieg er. Auch in den am wenigsten entwickelten Ländern gab es einen leichten Anstieg, jedoch ausgehend von einem weit niedrigeren Ausgangswert.

Anteil des Arbeitseinkommens am BIP – 2015 und 2024 (in Prozent)



*Ohne Australien und Neuseeland

Weltweit mehr Diskriminierung, bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders betroffen

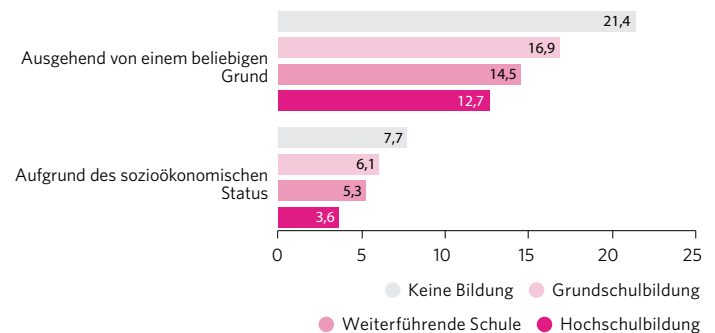
Neue Erkenntnisse aus 119 Ländern zeigen, wer zurückgelassen wird, und lassen eine beunruhigende weltweite Zunahme von Diskriminierung erkennen. In Ländern mit wiederholten Erhebungen stieg der durchschnittliche Anteil von Diskriminierung aus jedwedem Grund betroffener Menschen von 14,8 auf 17,1 %. Die Zahl der Länder mit zunehmender Diskriminierung übersteigt die Zahl der Länder, die Fortschritte machen, im Verhältnis zwei zu eins.

Diskriminierung ist weder selten noch beliebig. Sie ist weit verbreitet, folgt Mustern und ist tief in der sozialen Identität und dem sozialen Status verwurzelt. Weltweit berichtet eine von fünf Personen von Diskriminierung aus mindestens einem völkerrechtlich verbotenen Grund in den letzten 12 Monaten; in den am wenigsten entwickelten Ländern ist die Rate mit durchschnittlich 24,3 % am höchsten.

Es gibt große Unterschiede zwischen den demografischen Gruppen. In Städten ist die Diskriminierungsrate fast doppelt so hoch wie auf dem Land. Frauen erleben doppelt so häufig geschlechtsbezogene Diskriminierung wie Männer. Menschen mit Behinderungen erfahren zu 28 % Diskriminierung, Menschen ohne Behinderungen zu 17 %. Der wirtschaftliche Status hängt eng mit Diskriminierung zusammen: Beim ärmsten Fünftel berichtet zu 17,3 % davon, beim reichsten Fünftel 10,3 %. Auch Bildung spielt eine Rolle; bei Personen ohne formale Bildung ist die Rate mit 21,4 % fast doppelt

so hoch wie bei denen mit höherem Bildungsstand (12,7 %). Das Alter bestimmt die Gründe für Diskriminierung. Junge Menschen (15-29 Jahre) berichten häufiger über Diskriminierung aufgrund von Migrationsstatus, Ethnizität und sexueller Orientierung, ältere (ab 60 Jahre) aufgrund von Alter, Behinderung und Gesundheitszustand.

Anteil der Bevölkerung, der in den letzten 12 Monaten diskriminiert wurde, nach Bildungsstand und Grund – neueste Daten (in Prozent)



Anmerkung: Die Erhebungsjahre variieren von Land zu Land. Die Grafik basiert auf den neuesten verfügbaren Daten.

Weltweite Zahl der Flüchtlinge steigt auf 37,8 Millionen

Mitte 2024 lag die Zahl der Flüchtlinge unter dem Mandat des Hohen Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR), darunter Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen und andere, die internationalen Schutz benötigten, weltweit bei 37,8 Mio. Zwei Drittel aller Flüchtlinge

stammten aus nur vier Ländern: Afghanistan, Syrien, Ukraine und Venezuela. Die globale Flüchtlingsrate lag bei 460 pro 100.000 Menschen weltweit – mehr als doppelt so hoch wie 2015 und mehr als dreimal so hoch wie 2005.

Zunehmende Mittelzuflüsse in Entwicklungsländer, höherer Anteil der ODA am Gesamtvolumen

Die gesamten Mittelzuflüsse in die Entwicklungsländer beliefen sich 2023 auf 429 Mrd. USD, verglichen mit 290 Mrd. USD im Jahr 2015 (in konstanten Preisen von 2023). Die ODA machte mit 259 Mrd. USD den Großteil davon aus; ihr Anteil an den Gesamtmitteln stieg von 55 % im Jahr 2015 auf 60 % im Jahr 2023. Andere offizielle Zahlungen beliefen sich auf 48,6 Mrd. USD, die des Privatsektors auf 5,5 Mrd. USD. Die privaten Mittelzuflüsse, die volatiler sind und während der COVID-19-Pandemie stark gesunken waren, stiegen auf 116 Mrd. USD.

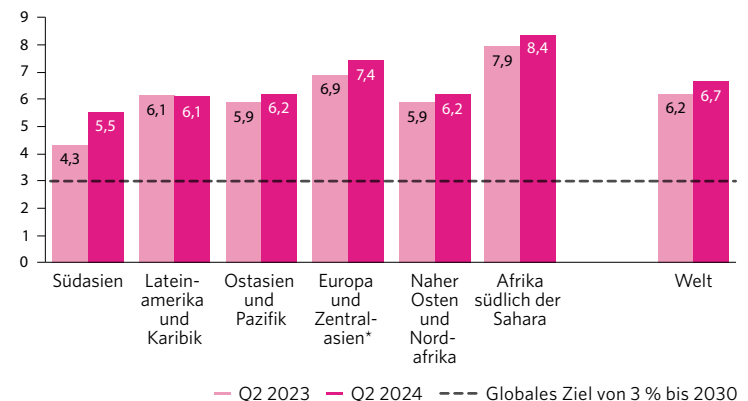
Asien erhielt 2023 mit 141 Mrd. USD (32 % der gesamten Mittelzuflüsse) das größte Volumen, gefolgt von Afrika mit 91 Mrd. USD (21 %). Die am wenigsten entwickelten Länder erhielten 80 Mrd. USD. Die USA, Deutschland und Japan leisteten mit 175,7 Mrd. USD, 73,7 Mrd. USD bzw. 45,9 Mrd. USD die größten Beiträge.

Kosten für Heimatüberweisungen unverändert hoch und weit über Zielvorgabe

Im zweiten Quartal 2024 betrugen die durchschnittlichen Kosten für die Versendung von 200 USD weltweit 6,7 %, mehr als das Doppelte der Zielvorgabe von 3 % und 6,2 % mehr als 2023. Bei digitalen Heimatüberweisungen – 30 % der Transaktionen – lag der Durchschnitt bei 5,3 %, bei nicht-digitalen Methoden bei 7,2 %. Die Kosten für Überweisungen aus den G20-Ländern, die weltweit eine wichtige Quelle für Heimatüberweisungen darstellen, stiegen etwas stärker als der weltweite Durchschnitt. In allen Regionen der Entwicklungsländer stiegen die durchschnittlichen Gesamtkosten, mit Ausnahme von Lateinamerika und der Karibik. Grund waren u. a. höhere Fremdwährungsmargen und gestiegene Gebühren in einigen Korridoren sowie die vorübergehende Einstellung mehrerer kostengünstiger Dienste aufgrund des Auslaufens exklusiver Partnerschaften zwischen Anbietern.

Banken waren weiterhin am teuersten, mit Kosten von 13,4 % im Jahr 2024 gegenüber 12,1 % im Jahr 2023. Die durchschnittlichen Kosten für Postämter betrugen 7,5 %, für Geldtransferanbieter 5,6 %. Mobilfunkbetreiber verlangten mit 3,9 % am wenigsten, doch entfiel auf sie weniger als 1 % des gesamten Transaktionsvolumens.

Durchschnittskosten für Heimatüberweisungen von 200 USD – 2023 und 2024 (in Prozent)



Anmerkung: Die Regionen basieren auf der regionalen Gliederung der Weltbank.

*Ohne die Russische Föderation

Nachhaltige Städte und Gemeinden

- Infolge der raschen Urbanisierung und da inzwischen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten lebt, ist eine Krise in Bezug auf die Bezahlbarkeit von Wohnraum entstanden. Bis zu 3 Mrd. Menschen weltweit können sich Wohnraum kaum leisten; 1,12 Mrd. leben in Slums oder informellen Siedlungen ohne Grundversorgung.
- Klimabedrohungen verstärken die besondere Gefährdung in Städten. Städte stehen im Mittelpunkt der Maßnahmen gegen den Klimawandel, da steigende Temperaturen und Überschwemmungen Milliarden Menschen gefährden. Offene Grünflächen verschwinden zusehends, was die Klimaresilienz untergräbt.
- Nur in 19 % der Städte in 50 Ländern gibt es eine starke zivilgesellschaftliche Beteiligung an der Stadtplanung; dies gefährdet Gerechtigkeit und wirksame Leistungserbringung, besonders für marginalisierte Gruppen.
- Die Schaffung sicherer, resilienten und nachhaltiger Städte erfordert koordinierte Investitionen in bezahlbarem Wohnraum, eine klimaresiliente Infrastruktur und inklusives staatliches Handeln. Die Städte müssen den Zugang zu Grund und Boden stärken, den Verkehr verbessern und die



Im Bundesstaat Niger in Nigeria holen Gemeindebewohner/innen Wasser aus einem sanierten Biwater-System, das von UN-Habitat als Pilotmaßnahme der Stadtpolitik des Bundesstaats Niger wiederhergestellt wurde.

Finanzierung aufstocken, zugleich jedoch die Wiederherstellung von Grünflächen und eine klimafreundliche Planung in unterversorgten Gebieten priorisieren. Dieser integrierte Ansatz, der Infrastruktur, Finanzierung und partizipatorische Verwaltungsstrukturen kombiniert, ist entscheidend für inklusive Städte, in denen niemand zurückgelassen wird.

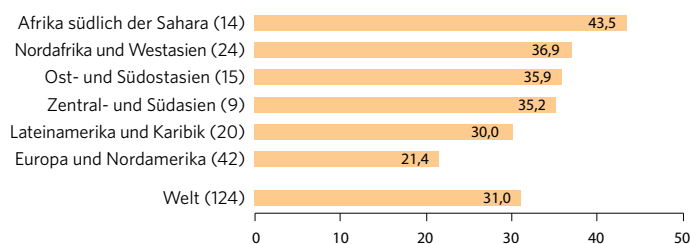
Krise bei der Bezahlbarkeit von Wohnraum betrifft bis zu 3 Mrd. Menschen weltweit

Das Fehlen bezahlbaren Wohnraums hat durch die rasche Urbanisierung krisenhafte Ausmaße erreicht; es betrifft zwischen 1,6 und 3 Mrd. Menschen weltweit. Eine erschreckend hohe Zahl von 1,12 Mrd. Menschen lebt in Slums oder informellen Siedlungen, mit Problemen wie Überfüllung, Wohnungslosigkeit und mangelnder Grundversorgung. Daten aus 124 Ländern ergeben, dass die durchschnittliche Belastung durch Wohnkosten weltweit – der Anteil des Haushaltseinkommens, der auf Ausgaben wie Miete oder Hypothekenzahlungen und Nebenkosten entfällt – 2023 bei 31 % lag, bei starken Schwankungen zwischen den Regionen. In Afrika südlich der Sahara war die Belastung mit 43,5 % am höchsten, gefolgt von Nordafrika und Westasien mit 36,9 %. In Europa und Nordamerika war sie mit 21,4 % dank stärkerer Regulierungsrahmen und Fördersysteme geringer.

Um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu beheben, müssen der informelle und öffentliche Wohnraum aufgewertet werden; private Märkte müssen in die Lage versetzt werden, niedrige Einkommensgruppen besser zu versorgen. Zu den entscheidenden Unterstützungsfaktoren zählen zugängliches stadtnahes Land, solide Verkehrsverbindungen, vereinfachte Rechts-

vorschriften, sichere Landnutzungs- und -besitzrechte sowie ein breiterer Zugang zu Hypotheken und Mikrofinanzierung. Auch sind verlässliche und aufgeschlüsselte Daten entscheidend für die Gestaltung wirksamer Politikvorgaben, die bezahlbaren Wohnraum und eine inklusive städtische Entwicklung für alle sicherstellen.

Durchschnittliche Belastung durch Wohnkosten – 2023 (in Prozent)



Anmerkung: In Klammern die Zahl der Länder mit Daten für alle Regionen.

Rasche Urbanisierung erfordert Augenmerk auf Anpassung der Städte an den Klimawandel

Da derzeit die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten lebt und es Prognosen zufolge bis 2050 70 % sein sollen, spielen Städte eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung des Klimawandels. 2040 könnten mehr als 2 Mrd. Menschen in Städten einem zusätzlichen Temperaturanstieg von mindestens 0,5°C ausgesetzt sein und 36 % der globalen Stadtbevölkerung Durchschnittstemperaturen von 29°C und mehr ertragen müssen. Auch das Überschwemmungsrisiko steigt dramatisch. Mit Stand von 2025 leben 1 Mrd. Menschen in von starken Flussüberschwemmungen bedrohten Gebieten, die Hälfte davon in Städten. Seit 1975 ist das Überschwemmungsrisiko in Städten auf das 3,5-Fache des Risikos ländlicher Gebiete gestiegen, was die Klimafähigkeiten verschlimmert.

Städtische Grünflächen, ein Schlüsselfaktor der Klimaresilienz, sind von 19,5 % (1990) auf 13,9 % (2020) zurückgegangen. Die Städte benötigen bis

2030 jährlich 4,5 bis 5,4 Billionen USD für klimaresiliente Infrastruktur, konnten jedoch 2021-2022 nur 831 Mrd. USD pro Jahr sicherstellen. Wenig mehr als 1 % dieser Mittel floss in Anpassungsmaßnahmen.

Regierungen und globale Organisationen müssen städtischen Klimamaßnahmen in Form CO₂-armen und resilienten Wohnraums Vorrang einräumen, indem sie Frei- und Grünflächen wiederherstellen und eine Mehrebenenverwaltung fördern. Initiativen wie die Koalition Local2030 beschleunigen die Fortschritte durch den Austausch bewährter Verfahren und Mobilisierung von Ressourcen. Auch die Schließung von Datenlücken und die Stärkung von Innovationen werden entscheidend für Städte sein, die wachsende Klimarisiken mindern und sich ihnen rasch anpassen wollen.

Klimabedingte Infrastrukturrisiken: immer mehr lokale Strategien zur Katastrophenvorsorge

Trotz erhöhter Investitionen in die Resilienz schädigen Katastrophen nach wie vor die kritische Infrastruktur und bringen die Grundversorgung zum Erliegen. 2015-2023 wurden laut Daten aus 115 berichterstattenden Ländern im Durchschnitt 92.199 Infrastruktureinheiten pro Jahr beschädigt oder zerstört; es gab mehr als 1,6 Mio. Störfälle pro Jahr bei Versorgungsleistungen – besonders im Bildungs- und Gesundheitswesen. Der Aufbau katastrophen- und klimaresilienter Infrastruktur bleibt eine strategische Priorität und erfordert dauerhafte Finanzierung und politischen Einsatz.

Die Lokalisierung der Katastrophenvorsorge ist entscheidend, um Verluste und Schäden zu verringern und sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird – insbesondere nicht Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen. Mit Stand von 2024 geben 110 Länder an, über lokale, an nationalen Plänen ausgerichtete Strategien zur Katastrophenvorsorge zu verfügen; diese werden im Durchschnitt von 73 % der Kommunen umgesetzt.

Eingeschränkte Beteiligung der Zivilgesellschaft untergräbt inklusive Stadtplanung

Die eingeschränkte Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Stadtplanung und -verwaltung bleibt eine der größten Hürden der inklusiven und nachhaltigen Stadtentwicklung. Eine Umfrage unter 152 Städten in 50 Ländern ergab 2024, dass die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Stadtplanung in nur 29 Städten (19 %) hoch war, während 18 % mittlere, 35 % geringe und 29 % sehr eingeschränkte oder gar keine Beteiligung meldeten.

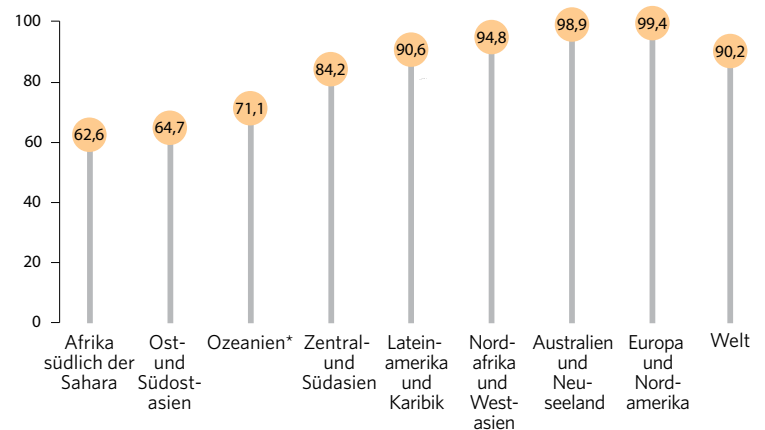
Die mangelnde bürgerschaftliche Einbindung in Entscheidungsprozesse gefährdet die Gerechtigkeit, die wirksame Leistungserbringung in Städten und das Vertrauen in Institutionen – was marginalisierte Gruppen wie Frauen, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und in Slums lebende Menschen unverhältnismäßig stark betrifft. Um die inklusive Stadtentwicklung auszuweiten, müssen Städte in stabile Systeme investieren, mit denen eine konstruktive Partizipation aller Bevölkerungsgruppen an Planungs-, Verwaltungs-, Haushalts- und Entscheidungsprozessen erleichtert und ermächtigt wird.

Rapide Verstädterung erfordert Ausweitung der Abfuhr und Entsorgung kommunaler Feststoffabfälle

Durch das rasche Wachstum der Städte wird die Bewirtschaftung kommunaler Feststoffabfälle zu einer großen Herausforderung. Trotz globaler Anstrengungen bestehen nach wie vor regionale Disparitäten bei den Erfassungsbereichen der Abfallentsorgung – ein Ausdruck der Ungleichheiten bei Infrastruktur, Verwaltungsführung und Zugang zu grundlegenden Diensten. Daten aus 4.383 Städten für 2010-2024 zeigen Europa und Nordamerika mit einer durchschnittlichen Abfuhr- und Entsorgungsquote von 99,4 % an der Spitze, gefolgt von Australien und Neuseeland (98,9 %). Auch Nordafrika und Westasien (94,8 %) sowie Lateinamerika und die Karibik (90,6 %) sind leistungsstark. In Ost- und Südostasien (64,7 %) und Afrika südlich der Sahara (62,6 %) gibt es die größten Probleme.

Um diese Lücken zu schließen, sind koordinierte Investitionen in die Infrastruktur für Abfuhr und Entsorgung, unterstützende politische Maßnahmen und finanzielle Anreize erforderlich. Städte sollten digitale Instrumente, intelligente Abfallbehälter und Technologien zur Energiegewinnung aus Abfall nutzen sowie öffentlich-private Partnerschaften und die Einbindung der Bevölkerung fördern, um für saubere und gesunde Städte zu sorgen.

Durchschnittliche Abdeckung durch Abfuhr und Entsorgung kommunaler Feststoffabfälle – neueste Daten von 2010-2024 (in Prozent)



*Ohne Australien und Neuseeland

Fortschritte in der nationalen Städtepolitik, doch ungenügende Finanzierung auf lokaler Ebene

Die nationale Städtepolitik ist wichtig für die nachhaltige Stadtentwicklung, kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie wirksam umgesetzt, finanziert und überwacht wird. In einer weltweiten Überprüfung 2023 gaben 68 Länder an, dass ihre nationale Städtepolitik mindestens ein Kriterium des Indikators 11.a.1 der Nachhaltigkeitsziele erfüllt. Zwischen 2021 und 2023 stieg die Zahl der Länder, die der *Bevölkerungsdynamik* Rechnung tragen, von 54 auf 59 (87 % der Befragten); die Zahl derjenigen, die eine *ausgewogene Raumentwicklung* sicherstellen, verharrte bei 55 (81 %). Die Zahl der Länder, die eine *Vergrößerung des lokalen fiskalischen Spielraums* vornehmen, stieg 2021-2023 von 26 (45 %) auf 33 (49 %). Die Zuwächse sind zwar offensichtlich, doch bleibt die beschleunigte fiskalische Dezentralisierung eine entscheidende Priorität der Städtepolitik.

Um ihr volles Potenzial zu entfalten, muss die nationale Städtepolitik auf verlässlichen Daten fußen, an nationalen Reformvorhaben ausgerichtet und durch klare Rahmen für eine national veranlasste Stärkung lokaler Finanzen und eine Mobilisierung lokaler Einnahmen gestützt werden, damit Städte Innovationen vornehmen, die Inanspruchnahme zentraler Transferleistungen verringern und inklusivere und resilientere städtische und raumplanerische Systeme schaffen können.

Öffentliche Ausgaben zur Erhaltung des Erbes weiterhin stark disparat

In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der Länder, die ihre Ausgaben zum Schutz des Kultur- und Naturerbes verfolgen, auf 82 verdreifacht. Dies zeigt ein starkes und zunehmendes weltweites Bekenntnis zum Erhalt wichtiger Stätten und Traditionen. Die Entwicklungsländer haben besonders große Verbesserungen erzielt; der Anteil Europas und Nordamerikas an den berichterstattenden Ländern ist in nur drei Jahren von mehr als zwei Dritteln auf 40 % zurückgegangen.

2019-2023 betrug der globale Median bei den öffentlichen Ausgaben für Kultur- und Naturerbe 21,22 USD pro Kopf (in konstanten Preisen, KKP 2017), bei einer großen Schwankungsbreite von 1 bis 367 USD. In den entwickelten Ländern lag der Median bei 83,3 USD pro Kopf, im Vergleich zu lediglich 3,86 USD in den Entwicklungsländern, was eine breite Kluft bei den Investitionen erkennen lässt.

Verantwortung bei Konsum und Produktion

- Lebensmittelverschwendung und -verluste wie auch Elektronikabfälle haben ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht, während der steigende Konsum die inländische Materialnutzung und den Rohstoff-Fußabdruck weiter erhöht. Dies belastet zunehmend die Umwelt, beschleunigt den Klimawandel und verschärft globale Rohstoffungleichheiten.
- Auf institutioneller Ebene gibt es verstärkt Impulse für Nachhaltigkeit bei Konsum und Produktion. Regierungen beschließen unterstützende Maßnahmen, Unternehmen weiten ihre Nachhaltigkeitsberichterstattung aus, und die Beteiligung an multilateralen Umweltübereinkünften nimmt zu, was für ein entschlossenes Eintreten der Institutionen spricht.
- Es muss mehr getan werden, damit das Engagement der Institutionen zu echten Veränderungen der globalen Konsum- und Produktionswerte führt. Verantwortung bei Konsum und Produktion erfordert einen umfassenden Wandel der Systeme, Politikvorgaben, Märkte und Verhaltensweisen sowie ein koordiniertes Vorgehen der Regierungen, des Privatsektors, der Zivilgesellschaft und aller Verbraucherinnen und Verbraucher.



In Jeju (Republik Korea) beteiligen sich Menschen am Plogging – Joggen und gleichzeitig Müll sammeln. 2022 kündete die Provinz an, bis 2040 die Plastikverschmutzung beenden zu wollen.

Berichterstattung über Nachhaltigkeit inzwischen Standard bei größten Unternehmen

Berichte über Nachhaltigkeit sind für große Unternehmen heute Standard: 96 % der 250 einkommensstärksten Unternehmen der Welt und 79 % der 100 führenden Unternehmen legen sie vor. Bedingt durch Berichtspflichten und internationale Normen stieg die Zahl der Nachhaltigkeitsberichte 2016-2023 um fast das Vierfache, wozu vor allem Unternehmen in Asien, Europa und Nordamerika beitrugen. Seit 2016 sind der Finanz- und Versicherungssektor sowie das verarbeitende Gewerbe dabei führend. Unternehmen berichten am häufigsten über Emissionen, Energieeffizienz und CO₂-Äquivalente, mit zunehmendem Gewicht auf der Offenlegung klimabezogener Angaben, darunter CO₂-Ziele und biologische Vielfalt. Themen der Unternehmensführung – etwa Sitzungen von Aufsichtsorganen, die Unabhängigkeit von Prüfungsausschüssen und Geschlechtervielfalt – werden eingehend behandelt. Schwerpunkt der Berichte zu sozialen Themen sind Menschenrechte, Gesundheit und Sicherheit sowie Diversitätsrichtlinien. Waren Zielvorgaben nach dem Vorbild der Nachhaltigkeitsziele anfangs gängig, zeigen neue Trends bei den Nachhaltigkeitsberichten, dass die Unternehmen davon wieder etwas Abstand nehmen.

Nachhaltigkeitskonzepte und Berichterstattung über Beschaffung in immer mehr Ländern

Mit Stand von 2024 wurden 530 Richtlinien zu Nachhaltigkeit bei Konsum Produktion in 71 Ländern vorgelegt – 6 % mehr als 2023. Europäische und zentralasiatische Nationen sind führend, doch Neuvorlagen aus Bangladesch, den Cookinseln, Kenia und Madagaskar lassen breiteres regionales Engagement erkennen. Herausforderungen und Hindernisse bestehen aber nach wie vor, darunter die fehlende integrierte Berichterstattung zu den Nachhaltigkeitszielen und begrenzte Humanressourcen für die Zusammenführung der vorgelegten Eingaben. Im weiteren Verlauf muss es darum gehen, wirkräftige Konzepte großflächig umzusetzen, politische Maßnahmen wirksamer zu machen und aus den Bekenntnissen zu nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern greifbare ökologische und wirtschaftliche Vorteile zu machen.

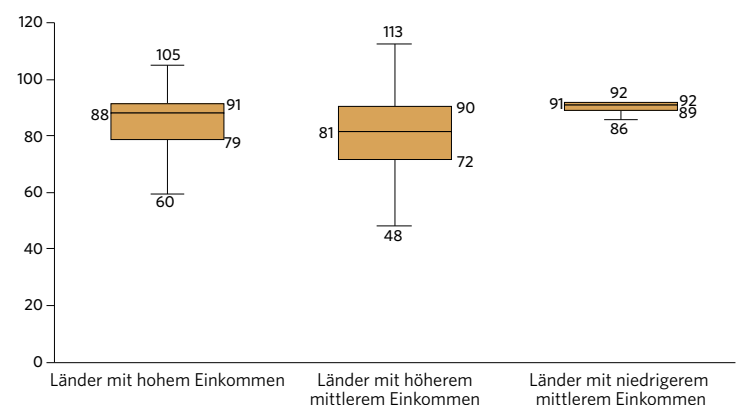
Auch die Initiativen für nachhaltige öffentliche Beschaffung schreiten voran. Die Zahl der berichterstattenden Länder stieg von 40 (2020) auf 67 (2022) und soll 2025 noch höher liegen. Diese Dynamik wird von Initiativen wie dem Globalen Aktionsrahmen unterstützt, der auf der neunundzwanzigsten UN-Konferenz über Klimaänderungen (COP29) aufgelegt wurde und nachhaltige und auf Kreislaufwirtschaft beruhende Beschaffung als Faktor für die Nachfrage nach Niedrigstenergie- und resilienten Gebäuden fördert.

Täglich von Haushalten verschwendete Lebensmittel entsprechen mehr als 1 Mrd. Mahlzeiten

2022 wurden in Einzelhandel, Gastronomie und Haushalten 1,05 Mrd. Tonnen Lebensmittel verschwendet (132 kg pro Person) – ein Fünftel der für Verbraucherinnen und Verbraucher verfügbaren Lebensmittel. Haushalte werfen täglich eine Menge weg, die für 1 Mrd. Mahlzeiten reichen würde; zugleich leidet jeder elfte Mensch weltweit an Hunger, jeder dritte kann sich keine gesunde Ernährung leisten. Zusammen mit den 13 % entlang der Lieferketten verlorener Lebensmittel ergibt sich eine enorme Umweltbelastung: Lebensmittelverluste und -verschwendung verursachen 8-10 % der globalen Treibhausgasemissionen und erhebliche Mengen an Land, Wasser und Ressourcen dienen zur Produktion von Lebensmitteln, die nie verzehrt werden. Die wirtschaftlichen Kosten werden auf über 1 Billion USD pro Jahr geschätzt.

Diese Verschwendung ist nicht nur ein Problem reicher Länder; im Vergleich der Länder mit hohem, höherem mittlerem und niedrigerem mittlerem Einkommen unterscheidet sich der durchschnittliche Lebensmittelabfall der Haushalte pro Kopf und Jahr nur um 7 kg. Doch es gibt Fortschritte: Im Vereinigten Königreich und in Japan sank die Menge um 18 % bzw. 31 %. Weitere Regierungen und Industrien nutzen neue Lösungen und öffentlich-private Partnerschaften, um die Verschwendung zu verhindern und zu verringern.

Von Haushalten verschwendete Lebensmittel in Ländern mit hohem, höherem mittlerem und niedrigerem mittlerem Einkommen – 2022 (in kg pro Kopf und Jahr)



Anmerkung: Beruhend auf Daten aus 87 Ländern mit hohem und mittlerem Einkommen. Länder mit niedrigem Einkommen wurden wegen des weit geringeren Stichprobenumfangs nicht berücksichtigt.

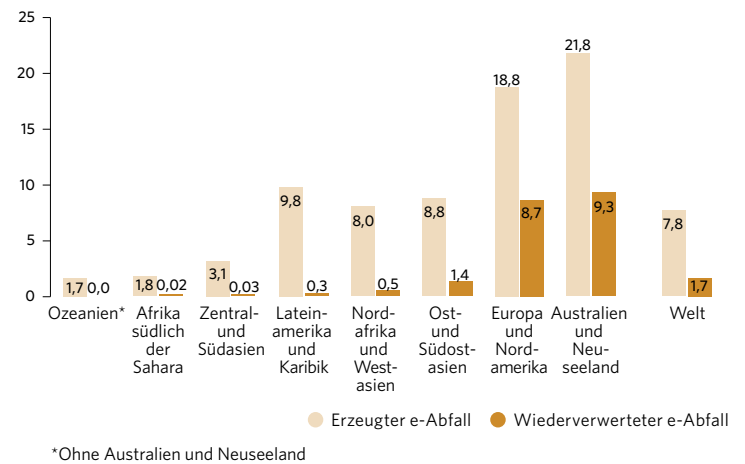
Elektroschrott auf Rekordniveau, nur ein Bruchteil wird verantwortlich entsorgt

2022 gelangten weltweit 96 Mrd. kg Elektro- und Elektronikgeräte auf den Markt, eine Steigerung von mehr als 50 % gegenüber 2010. Dies hat zu Rekordmengen von Elektroschrott (e-Abfall) geführt, die sich 2022 auf 62 Mrd. kg (7,8 kg pro Kopf) beliefen und laut Prognosen bis 2030 auf 82 Mrd. kg steigen sollen. Gleichwohl sind die regionalen Unterschiede erheblich: In Europa und Nordamerika sowie in Australien und Neuseeland fällt rund zehnmal so viel e-Abfall pro Kopf an wie in Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) oder Afrika südlich der Sahara.

Nur 22,3 % des erzeugten e-Abfalls bzw. 1,7 kg pro Kopf wurden 2022 nachweislich ordnungsgemäß entsorgt und umweltschonend aufbereitet, symptomatisch für den seit mindestens 2010 zu sehenden Abwärtstrend. Weltweit wurde eine grenzüberschreitende Verschiebung von e-Abfall in signifikantem Ausmaß nachgewiesen, wobei geschätzt 5,1 Mrd. kg Elektro- und Elektronik-Altgeräte und e-Abfall pro Jahr die Grenzen passieren. Doch nur rund 35 % davon fallen unter die Kategorie des „kontrollierten“ Handels – derjenige Anteil, der als Verbringung gefährlicher Abfälle bei vorheriger Zustimmung nach Inkennzeichnung gemäß Basler Übereinkommen gemeldet wird. Der Großteil des grenzüberschreitenden Handels fällt unter „unkontrollierte“ Verbringung, das heißt die Art der Aufbereitung ist nicht bekannt und vermutlich nicht umweltschonend. Stärkere Regulierung und

Technologie-Investitionen sind unerlässlich, um die Wiederverwertungsquoten zu verbessern, besonders für Metallanteile und wichtige Rohstoffe, und eine umweltschonende Bewirtschaftung des am schnellsten wachsenden Abfallstroms der Welt sicherzustellen.

Erzeugter und wiederverwerteter e-Abfall – 2022 (in kg pro Kopf)



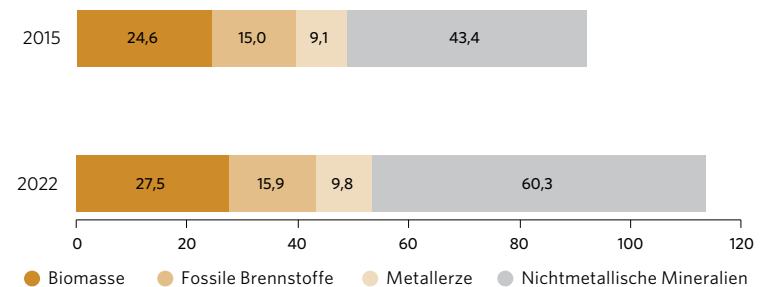
Globale Nachfrage nach Ressourcen steigt sprunghaft und überflügelt das Bevölkerungswachstum

Die inländische Materialnutzung erfasst die Gesamtmenge des in einer Volkswirtschaft unmittelbar genutzten Materials mit Ausnahme der Rohstoffäquivalente von Handelsprodukten. Sie berücksichtigt die einheimische Materialgewinnung sowie den physischen Ausgleich von Materialein- und -ausfuhr. 2015-2022 stieg die inländische Materialnutzung weltweit um 23,3 % (von 92,1 auf 113,6 Mrd. Tonnen), der Wert pro Kopf erhöhte sich um 14,8 % (von 12,4 auf 14,2 Tonnen). Zunehmender Konsum war der Hauptfaktor für die Entwicklung der inländischen Materialnutzung in dieser Zeit und wirkte sich deutlich stärker aus als das Bevölkerungswachstum. Lateinamerika und die Karibik verzeichneten mit 132 % den höchsten Zuwachs. Nichtmetallische Minerale trugen 2015-2022 mit einer Zunahme um 39 % (von 43,4 auf 60,3 Mrd. Tonnen) zum Gesamtanstieg bei. Biomasse, Metallerze und fossile Brennstoffe legten 11,8 %, 7,4 % bzw. 6,2 % zu.

Der Rohstoff-Fußabdruck, ein Indikator, der die zur Deckung der Endverbrauchsfrage gewonnenen Rohstoffe erfasst, entwickelte sich 2015-2022 mit einem Anstieg um 21,3 % ähnlich dynamisch. Der Vergleich zwischen der inländischen Materialnutzung und dem Rohstoff-Fußabdruck

nach Regionen ergibt, dass die inländische Materialnutzung in Regionen wie Australien und Neuseeland, Zentral- und Südasien sowie Afrika südlich der Sahara höher liegt als der Rohstoff-Fußabdruck. In Ost- und Südostasien sowie Europa und Nordamerika ist der Trend entgegengesetzt, was auf regionale Ungleichheiten bei Materialverteilung und Konsum hindeutet.

Inländische Materialnutzung nach Materialien – 2015 und 2022 (in Mrd. Tonnen)



Globale Zusammenarbeit stärkt Transparenz bei gefährlichen Abfällen und Chemikalien

Die Vertragsparteien der wichtigsten multilateralen Umweltübereinkünfte über Chemikalien und Abfälle befolgen ihre Berichtspflichten weiterhin konsequent. Im Rahmen des Übereinkommens von Minamata hatten 94 % der Parteien Anlaufstellen benannt, 82 % legten für 2021-2022 Nationalberichte vor. Gemäß dem Basler, dem Rotterdamer und dem Stockholmer Übereinkommen hatten alle Parteien mindestens eine nationale Anlaufstelle benannt und ermöglichten so die erforderliche Übermittlung von Informationen. Ein Meilenstein wurde beim Basler Übereinkommen erreicht, da 70 %

der Vertragsparteien für 2020 Berichte vorlegten – erstmals wurde damit eine Zielvorgabe in der Berichterstattung eingehalten. Für den Zyklus von 2023 haben bereits 107 Parteien Berichte vorgelegt. Ebenso trug die fünfte und damit jüngste Berichtsrunde im Rahmen des Stockholmer Übereinkommens 2022 Berichte aus 91 Ländern ein. Das Montrealer Protokoll ragt durch seine durchgehend 100-prozentige Befolgung der Berichtspflichten heraus und ermöglicht so eine wirksame Überwachung und Bewertung der Fortschritte bei der schrittweisen Abschaffung ozonabbauender Stoffe.

Klimamaßnahmen

- Der Klimawandel schreitet immer schneller voran. 2024 war mit einer Erwärmung von etwa 1,55 °C über dem vorindustriellen Niveau das heißeste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Extreme Wetterereignisse nehmen zu und führen zur klimabedingten Vertreibung so vieler Menschen wie seit 16 Jahren nicht. Auch verschärfen sie die Ernährungsunsicherheit, wirtschaftliche Verluste und Instabilität. Zwar bedeutet ein Jahr über 1,5 °C keinen Verstoß gegen das Übereinkommen von Paris, doch ist es ein Weckruf, in diesem entscheidenden Jahrzehnt ehrgeiziger zu sein und schneller zu handeln, da die aktuellen globalen Anstrengungen bei weitem nicht ausreichen.
- Der bevorstehende Weltklimagipfel ist eine wichtige Gelegenheit, den Kurs zu korrigieren, indem die kürzlich vereinbarten Klimafinanzierungsziele vorangebracht, die multilaterale Zusammenarbeit gestärkt und ehrgeizige nationale Klimapläne für alle Sektoren ausgearbeitet werden, um bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Es zeigt sich eine zunehmende Dynamik. So gibt es etwa ein neues globales Abkommen über Versandemissionen mit einem Netto-Null-Pfad und zunehmende Unterstützung für Initiativen wie „Frühwarnung für alle“.



In Mocuba (Mosambik) stellt ein Mitglied des lokalen Katastrophenvorsorgeausschusses eine blaue Frühwarnflagge auf, die vor einem möglichen Zyklon warnt. Mosambik hat große Fortschritte beim Aufbau von Frühwarnsystemen erzielt, die für Klimamaßnahmen und die Anpassung an den Klimawandel unerlässlich sind.

- Die Welt kann und darf bei den Klimamaßnahmen nicht nachlassen. Um die Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 °C in Reichweite zu halten, müssen die Investitionen in Anpassung, Widerstandsfähigkeit und Emissionssenkungen dringend beschleunigt werden, besonders in gefährdeten Regionen. Nichtstun ist deutlich teurer als Handeln – und das Zeitfenster für eine lebenswerte, nachhaltige Zukunft schließt sich schnell.

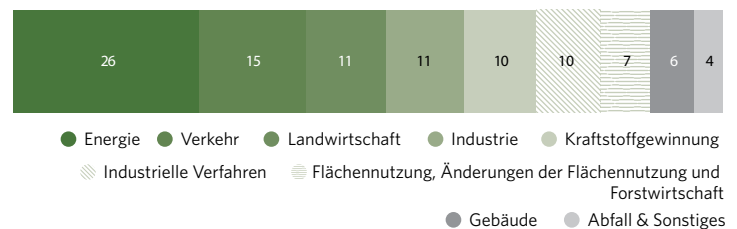
Rekordemissionen unterstreichen die Dringlichkeit der Klimazusagen von 2025

2025 ist ein entscheidendes Jahr für Klimamaßnahmen: Zehn Jahre nach dem Übereinkommen von Paris befinden wir uns in der Mitte eines entscheidenden Jahrzehnts für die Senkung der Treibhausgasemissionen. Es ist auch der Zeitpunkt, zu dem die Länder aktualisierte nationale Klimapläne oder national festgelegte Beiträge (NDCs 3.0) mit Zielen für 2035 vorlegen müssen. Bis Juni 2025 hatten nur 25 Länder aktualisierte Pläne vorgelegt.

Laut dem Bericht des UN-Umweltprogramms von 2024 über die Emissionslücke erreichten die weltweiten Treibhausgasemissionen 2023 einen Rekordwert von 57,1 Gigatonnen CO₂-Äquivalent – 1,3 % mehr als 2022 und deutlich über dem durchschnittlichen jährlichen Anstieg 2010-2019 von 0,8 %. Der Energiesektor ist nach wie vor die größte Quelle (26 %), gefolgt von Verkehr (15 %) sowie Landwirtschaft und Industrie (je 11 %). Um auf Kurs zu bleiben, müssen die Emissionen bis 2035 jährlich um 7,5 % sinken, um die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen, oder um 4 % pro Jahr, um sie auf

2 °C zu begrenzen. Bei der derzeitigen Klimapolitik könnten die globalen Temperaturen um 3,1 °C ansteigen, was ernste Folgen für die Menschen, den Planeten und die Wirtschaft hätte.

Gesamte Treibhausgasemissionen nach Sektoren – 2023 (in Prozent)

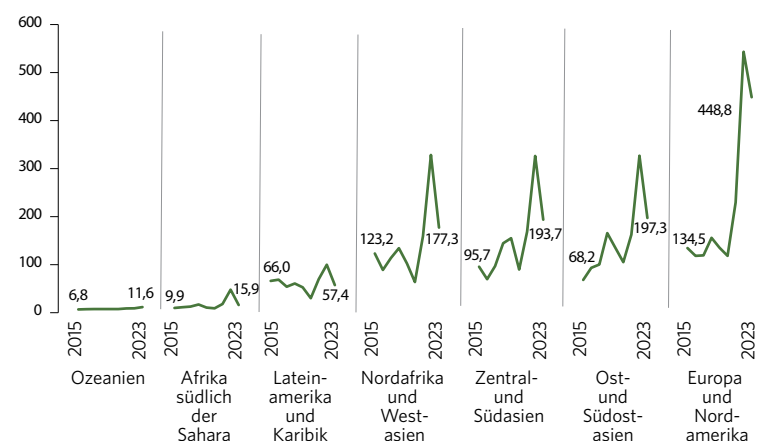


Quelle: United Nations Environment Programme (2024). Emissions Gap Report 2024: No more hot air ... please! With a massive gap between rhetoric and reality, countries draft new climate commitments.

Weltweite Subventionen für fossile Brennstoffe trotz Rückgang immer noch zu hoch

Die weltweiten Subventionen für fossile Brennstoffe sanken 2023 um 34,5 % – von einem Rekordhoch von 1,68 Bio. USD im Jahr 2022 auf geschätzt 1,1 Bio. USD. Grund waren sinkende Energiepreise und das Auslaufen der befristeten COVID-19-Unterstützung. Sie sanken in allen Regionen außer Ozeanien, wo sie um 29 % stiegen. Afrika südlich der Sahara lag mit einem Rückgang von 67 % an der Spitze, gefolgt von Nordafrika und Westasien (46 %), Lateinamerika und der Karibik (43 %), Zentral- und Südostasien (41 %) sowie Ost- und Südostasien (40 %). In Europa und Nordamerika lag der Rückgang nur bei 17 %. Trotz des Rückgangs liegen die Subventionen für fossile Brennstoffe immer noch fast dreimal so hoch wie 2020 und weit über den historischen Durchschnittswerten. Solche Subventionen gelten weithin als ineffizient, da sie die Preise und den Verbrauch verzerren und zugleich öffentliche Mittel von der nachhaltigen Entwicklung abziehen. Zudem untergraben sie die finanzielle Stabilität und die Klimaziele, und ihre begrenzte und uneinheitliche Erfassung verschleiern ihr wahres Ausmaß. Es muss mehr getan werden, um die Transparenz zu verbessern und die Finanzpolitik an den Klimazielen auszurichten.

Geschätzte Subventionen für fossile Brennstoffe – 2015-2023 (in Mrd. USD)

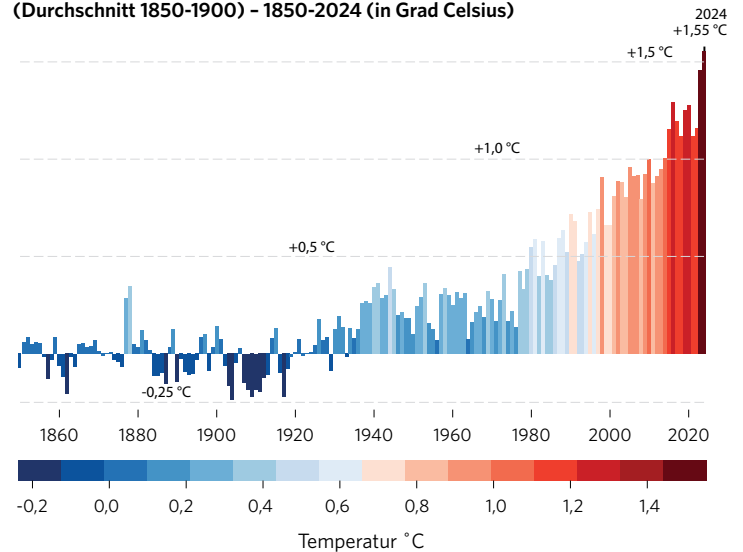


Die Erderwärmung erreicht nach erneuten Hitzerekorden 2024 alarmierende Ausmaße

Die Weltorganisation für Meteorologie (WOM) bestätigte für 2024 einen globalen Durchschnitt von 1,55 °C über dem vorindustriellen Niveau. Es war das wärmste Jahr seit 175 Jahren und in einem Jahrzehnt mit Rekordtemperaturen (2015-2024). Allein in der ersten Jahreshälfte kam es zu Naturkatastrophen, die in allen Regionen Verwüstungen anrichteten. Ein einziges Jahr mit einem Temperaturanstieg von mehr als 1,5 °C bedeutet jedoch keine Überschreitung des Schwellenwerts im Übereinkommens von Paris. Der Klimawandel wird anhand langfristiger Trends gemessen, und die derzeitige Erwärmung liegt geschätzt 1,34 °C-1,41 °C über dem vorindustriellen Niveau.

Die Welt steht jedoch bereits vor unumkehrbaren Klimafolgen. Die Gletscher schmelzen in Rekordtempo; viele von ihnen werden dieses Jahrhundert wohl nicht überstehen, was kurzfristig Gefahren mit sich bringt und langfristig die Wassersicherheit bedroht. Die Meereserwärmung ist auf Rekordniveau und wird selbst bei einer deutlichen Verringerung der Emissionen noch Jahrhunderte andauern. Die Folgen sind ein Anstieg des Meeresspiegels und zunehmende Ozeanversauerung. Die WOM schätzt die Wahrscheinlichkeit, dass mindestens eines der nächsten fünf Jahre das Jahr 2024 als das heißeste seit Beginn der Aufzeichnungen übertreffen wird, auf 80 %. Jeder Bruchteil eines Grades zusätzlicher Erwärmung führt zu häufigeren und intensiveren Wetterextremen.

Globale Jahresmitteltemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau (Durchschnitt 1850-1900) - 1850-2024 (in Grad Celsius)



Quelle: Die Abbildung beruht auf dem WOM-Bericht State of the Global Climate 2024, in dem die folgenden sechs internationalen Temperaturdatensätze kombiniert wurden: HadCRUT.5.0.1.0 (UK Met Office), NOAA GlobalTemp v5 (USA), NASA GISTEMP v4 (USA), Berkeley Earth (USA), ERA5 (ECMWF) und JRA-55 (Japan).

Todesfälle durch Katastrophen weltweit fast halbiert, doch Gefährdung und Auswirkungen nehmen zu

Das Katastrophenrisiko nimmt weiter zu, bedingt durch intensivere Gefahren und Entwicklungsmuster, die Gemeinschaften zunehmend gefährden und verwundbar machen. Die gemeldeten direkten wirtschaftlichen Verluste liegen heute bei durchschnittlich 202 Mrd. USD pro Jahr, bei Berücksichtigung der Kaskadeneffekte und Schäden an Ökosystemen sogar bei über 2,3 Bio. USD. Die steigenden Kosten verschlimmern die Verschuldung, verringern Einkommen, tragen zu Unversicherbarkeit bei und verstärken die Abhängigkeit von humanitärer Hilfe. Extreme Hitze ist neben Erdbeben, Überschwemmungen, Stürmen und Dürren eine der größten Bedrohungen – diese fünf Katastrophenarten verursachten in den letzten zwei Jahrzehnten fast alle registrierten direkten Schäden. Dazu kommt, dass kein Land verschont bleibt.

Während der Klimawandel die Gefahren verschärft, zeigen Investitionen in die Verringerung der Gefährdung und Anfälligkeit Wirkung. 2014-2023 hat sich die katastrophenbedingte Sterblichkeit (ohne COVID-19) ungefähr halbiert auf 0,79 je 100.000 Menschen; im vorigen Jahrzehnt lag sie bei 1,61. Die jährlichen Todesfälle sanken im Vergleich zu 2005-2014 um 36 % auf 41.647. Die Zahl der von Katastrophen betroffenen Menschen hat jedoch stark zugenommen. Die Rate der betroffenen Menschen stieg um 75 % auf 2.028 je 100.000; im Schnitt sind 124 Mio. Menschen pro Jahr betroffen.

Dies zeigt eine zunehmende Verwundbarkeit und Gefährdung, auch wenn weniger Menschen sterben. Länder in besonderen Situationen, wie die am wenigsten entwickelten Länder, kleine Inselentwicklungsländer und Binnenentwicklungsländer, sind mehr als doppelt so stark von Katastrophen betroffen wie der weltweite Durchschnitt. Allein auf die am wenigsten entwickelten Länder entfallen 26 % der weltweiten katastrophenbedingten Todesfälle, obwohl dort nur 12 % der Bevölkerung leben.

Strategien zur Katastrophenvorsorge und Frühwarnsysteme sind für die Senkung dieser Zahl entscheidend. Mit Stand von Oktober 2024 verfügten 131 Länder nach eigenen Angaben über nationale Strategien zur Katastrophenvorsorge, gegenüber 57 im Jahr 2015, und 113 hatten nach eigenen Angaben gefahrenübergreifende Frühwarnsysteme. Länder mit umfassenden Frühwarnsystemen melden sechs- bis achtmal weniger katastrophenbedingte Todesfälle und bis zu fünfmal weniger betroffene Menschen. Nachhaltige Unterstützung für Frühwarnsysteme, die Resilienz der Infrastruktur und internationale Zusammenarbeit sind für den Schutz von Leben, die Verringerung wirtschaftlicher Verluste und den Aufbau dauerhafter Resilienz unerlässlich.

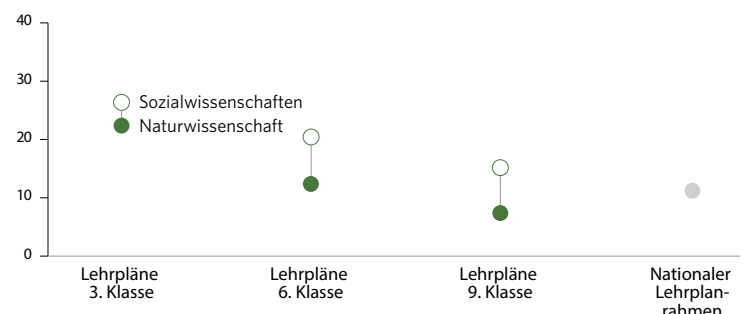
Klimawandelkonzepte noch nicht durchgängig in Bildung integriert

Die durchgängige Berücksichtigung von nachhaltiger Entwicklung und Klimawandel in Lehrplänen ist Teil der in den Nachhaltigkeitszielen und dem Übereinkommen von Paris eingegangenen nationalen Verpflichtungen. Eine kürzlich durchgeführte Analyse von fast 1.700 Lehrplanrahmen und Lehrplänen für Natur- und Sozialwissenschaften für die Klassen 3, 6 und 9 in 110 Ländern bewertete grüne Inhalte in drei Bereichen: Umwelt/Nachhaltigkeit, Klimawandel und biologische Vielfalt. Diese Themen kommen in Lehrplänen häufiger vor als in Lehrplanrahmen, in den Naturwissenschaften häufiger als in den Sozialwissenschaften und häufiger in höheren Klassen. In sozialwissenschaftlichen Lehrplänen hatten 27 % der Länder keine grünen Inhalte für die 3. Klasse, verglichen mit 16 % für die 9. Klasse. In naturwissenschaftlichen Lehrplänen fiel der Anteil der Länder ohne grüne Inhalte von 23 % in der 3. Klasse auf nur 8 % in der 9. Klasse.

Ein neuer Index (0-100) soll den Ländern helfen, ihre Bemühungen um grüne Bildung zu bewerten und zu verbessern. Im Durchschnitt wurden 40 Punkte erreicht; für den Bereich Umwelt/Nachhaltigkeit mehr (55), für den Klima-

wandel weniger (21). Nur ein Viertel der Länder erreichte die vorgeschlagene Zielmarke von 50. Bemerkenswert ist, dass grüne Lehrpläne nicht durchgängig in wohlhabenderen oder klimaanfälligeren Ländern zu finden waren, was darauf hindeutet, dass eine konstruktive Integration grüner Inhalte in unterschiedlichen nationalen Kontexten möglich ist.

Anteil der Länder ohne grüne Inhalte in ihren Lehrplänen, nach Dokumententyp, Klassenstufe und Bereich - 2024 (in Prozent)



- Die Ozeane und Meere sind für das Leben auf der Erde unentbehrlich. Sie regulieren das Klima, erhalten die Biodiversität, bieten Existenzgrundlagen und Ernährungssicherheit, ermöglichen globalen Handel und erbringen viele Ökosystemleistungen. Doch Überfischung, Verschmutzung, abnehmende Biodiversität und Klimawandel bedrohen sie zunehmend.
- Trotz zunehmender Schutzbemühungen sind nur 8,4 % des Ozeans als Meeresschutzgebiete ausgewiesen, weit entfernt vom Ziel von 30 % bis 2030, und nur 46 % der für die Meeresbiodiversität besonders wichtigen Gebiete stehen unter Schutz. Die Ozeanerwärmung und -versauerung schreitet voran, Überfischung und rechtswidrige Praktiken gehen weiter, und die Kleinfischerei wird nicht genug unterstützt.
- Erholung ist durch einen nachhaltigen Umgang mit dem Ozean möglich, der eine starke Fischereibewirtschaftung, ökosystembasierte Ansätze, „blaue Finanzen“ und ehrgeizige, strategische Schutzmaßnahmen kombiniert. Doch dies erfordert verstärkte Investitionen, globale Zusammenarbeit und innovative Partnerschaften auf allen Ebenen der Gesellschaft.
- Die dritte UN-Ozeankonferenz (Juni 2025 in Nizza) brachte neuen Schwung. Die Länder nahmen eine mutige politische Erklärung an und



Ein junger Gelbflossenthunfisch hat sich vor der Küste Sri Lankas in einem Kiemennetz verfangen. Dies zeigt die Auswirkungen der industriellen Kiemennetzfischerei, die wahllos Meereslebewesen fängt und die Thunfischpopulationen bedroht.

gingen über 800 freiwillige Verpflichtungen zum Schutz der Meere, zur Bekämpfung ihrer Verschmutzung, zur Regulierung der Hohen See und zur Unterstützung gefährdeter Nationen ein. Ein Meilenstein waren die Fortschritte hin zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt der Meere von Gebieten außerhalb nationaler Hoheitsbefugnisse (BBNJ-Übereinkommen): Nach 19 neuen Ratifizierungen liegt die Gesamtzahl bei 50 – nur 10 Staaten fehlen noch bis zu den für das Inkrafttreten erforderlichen 60.

Nachhaltigkeit bleibt Herausforderung, neue Daten zeigen Fortschritte durch effektive Bewirtschaftung

Nach neuen globalen Schätzungen auf der Grundlage erweiterter Bestandsbewertungen wurden 64,5 % der Meeresfischbestände 2021 innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen befischt, 35,5 % waren überfischt. Das ist eine leichte Verbesserung gegenüber früher (62,3 % nachhaltig befischt). Der Anteil der überfischten Bestände steigt jedoch weiter um etwa 1 % pro Jahr, weshalb eine wirksamere Fischereibewirtschaftung dringend notwendig ist. Betrachtet man die Fangmengen, so stammen 77,2 % der weltweiten Anlandungen aus nachhaltig befischten Beständen, was darauf hindeutet, dass ertragreiche Fischereien tendenziell besser bewirtschaftet werden.

Die regionalen Unterschiede sind erheblich. Gut bewirtschaftete Gebiete wie der Nordost- und der Südwestpazifik wiesen mit 92,7 bzw. 85,5 % einen ho-

hen Anteil an nachhaltigen Fischbeständen auf, der weit über dem weltweiten Durchschnitt liegt. Dagegen stehen das Mittelmeer, das Schwarze Meer und der Südostpazifik trotz Fortschritten in jüngerer Zeit vor großen Problemen bei der Nachhaltigkeit.

Die Thunfischfischerei ist ein Erfolgsbeispiel: Aufgrund solider Bewirtschaftung und regionaler Zusammenarbeit stammen fast alle Anlandungen aus nachhaltig bewirtschafteten Beständen. Dies zeigt, dass eine wirksame und konsequente Fischereibewirtschaftung der Schlüssel zur Umkehr der Überfischung und zur Sicherung nachhaltiger Bestände für die Zukunft ist.

Ozeane auf Rekordtemperaturen, Korallenbleiche breitet sich weiter aus

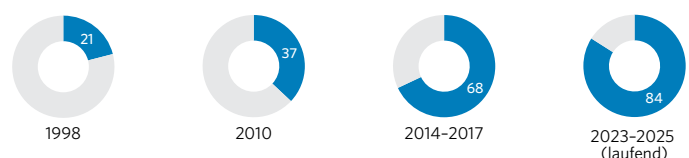
Der Ozean absorbiert etwa 90 % der durch Treibhausgase gebundenen überschüssigen Wärme und ist damit der größte Wärmespeicher des Planeten. Die Weltorganisation für Meteorologie (WOM) bestätigt, dass sein Wärmeinhalt 2024 den höchsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen vor 65 Jahren erreicht und so eine achtjährige Serie von Rekorden fortgesetzt hat. Die Ozeanerwärmung hat sich seit 2005 mehr als verdoppelt und soll im Laufe des Jahrhunderts weiter ansteigen, selbst wenn es künftig weniger Emissionen gibt. Auch die Meeresoberflächentemperaturen sind in weiten Regionen auf Rekordhoch, etwa im tropischen und nördlichen Atlantik, im tropischen Indischen Ozean und in Teilen des Westpazifiks und des Südlichen Ozeans.

Die Erwärmung führt zu ausgedehnten und oft irreversiblen Schäden an den marinen Ökosystemen. Korallenriffe – Lebensraum für ein Viertel aller Meereslebewesen und Lebensgrundlage für etwa eine Mrd. Menschen weltweit – sind sehr belastet. Der klimawandelbedingte Anstieg der Meerestemperatur ist die Hauptursache für die Korallenbleiche. Die Welt befindet sich inmitten einer vierten globalen Korallenbleiche – der bisher umfangreichsten und intensivsten seit Beginn der Aufzeichnungen. Zwischen Januar 2023 und Mai 2025 litten weltweit 84 % der Riffe in 83 Ländern und Gebieten unter Hitze-

stress und daraus folgender Bleiche. Die Bleiche ist so schwerwiegend, dass die Skala der Warnstufen für das Korallensterben erweitert wurde.

Wiederholte Bleichen und kürzer werdende Erholungsphasen beschleunigen dieses Sterben. 2009-2018 gingen 14 % der weltweiten Korallenriffe verloren. Heute sind 44 % der Korallenarten vom Aussterben bedroht. Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen warnt, dass selbst bei einer auf 1,5 °C begrenzten Erderwärmung 70 bis 90 % der Warmwasserriffe bis 2050 verschwinden könnten. Bei 2 °C verschwinden fast alle Riffe – eine Bedrohung für die biologische Vielfalt, Ernährungssicherheit und Klimaresilienz.

Anteil während globaler Korallenbleichen gebleichter Riffe – 1998, 2010, 2014-2017 und 2023-2025 (in Prozent)



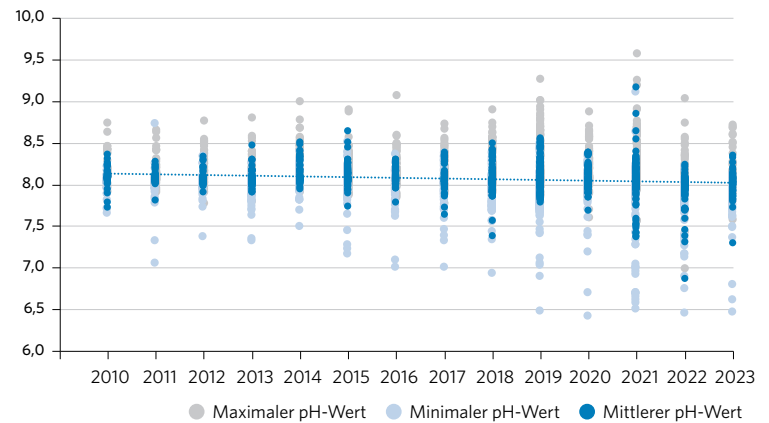
Quelle: Internationale Korallenriff-Initiative

Zunehmende globale Bedrohung durch Ozeanversauerung, vielfältige regionale und lokale Folgen

Der Ozean absorbiert jährlich etwa ein Viertel der menschengemachten CO₂-Emissionen. Dies trägt zwar zur Regulierung des Erdklimas bei, führt aber zu Ozeanversauerung, bedroht marine Ökosysteme und Korallenriffe, schwächt den Küstenschutz und die Ernährungssicherheit und schränkt die künftige Kohlenstoffaufnahme des Ozeans ein. Der pH-Wert nimmt in allen Ozeanbecken und Meeren stetig ab: Nach WOM-Angaben ist der durchschnittliche Wert im Ozean von 8,1 (1985) auf 8,04 (2023) gesunken (oder -0,017 pH-Einheiten je Jahrzehnt). Regionale Brennpunkte wie der Indische Ozean sowie der südliche und der östliche äquatoriale Pazifik versauern schneller als der globale Durchschnitt; Küstengebiete weisen aufgrund von Süßwassereintrag, Eisschmelze und Nährstoffeintrag größere Schwankungen auf.

Die Überwachung wird rasch ausgeweitet; die Zahl der Beobachtungsstationen stieg 2021-2025 von 178 auf 765. Dennoch bleiben erhebliche Datenlücken, vor allem in den Küstenregionen Asiens und Afrikas sowie in Regionen auf dem offenen Meer. Dies schränkt die Modellierung der Auswirkungen und die Vulnerabilitätsbewertungen von Ökosystemen ein. Mit weiter zunehmender Versauerung ist eine Ausweitung der Überwachung, insbesondere in unzureichend untersuchten Küstenregionen, unerlässlich, um die Auswirkungen zu verstehen und gezielte Eindämmungs- und Anpassungsstrategien zu entwickeln.

Oberflächen-pH-Werte, errechnet anhand Daten repräsentativer Messstationen - 2010-2023 (pH gesamt)



Von Verträgen bis zu Instrumenten: Länder gehen verstärkt gegen IUU-Fischerei vor

Die illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei (IUU-Fischerei) bedroht die Nachhaltigkeit der weltweiten Fischerei weiter stark und schadet den Meeresökosystemen, der Ernährungssicherheit und der Wirtschaft. Auf die IUU-Fischerei entfallen jährlich bis zu 26 Mio. Tonnen Fisch – etwa 15 % der weltweiten Fänge – und sie schadet in unverhältnismäßiger Weise der Kleinfischerei in den Küstengemeinden, verringert die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln und verschärft die Armut. Oft geht sie einher mit anderen illegalen Aktivitäten wie organisierter Kriminalität und Zwangsarbeit.

Dennoch machen die Länder messbare Fortschritte. 2018-2024 verbesserte sich die weltweite Durchführung der wichtigsten internationalen Übereinkünfte zur Bekämpfung der IUU-Fischerei von 3 auf 4 auf einer Skala von 1 bis 5. Der Anteil der Länder mit der höchsten Punktzahl (Stufe 5) stieg von 48 % auf 56 %. Die kleinen Inselentwicklungs- und die am wenigsten entwickelten Länder, die oft große Meereszonen oder begrenzte Ressourcen haben, erreichten bis 2024 im Durchschnitt 4 Punkte.

Wichtige Übereinkünfte treiben diese Fortschritte voran, darunter das Übereinkommen über Hafenstaatmaßnahmen, der erste verbindliche globale Vertrag, der sich speziell gegen die IUU-Fischerei richtet. Er umfasst mit nunmehr 83 Vertragsparteien 109 Staaten. Zu den weiteren Instrumenten gehören freiwillige Leitlinien für Umladungen und das Globale System zum Informationsaustausch des Übereinkommens über Hafenstaatmaßnahmen, das den Austausch von Daten über die Regeleinhaltung durch Schiffe ermöglicht. Bis Juni 2025 wurde das WTO-Übereinkommen über Fischereisubventionen von 102 Mitgliedern ratifiziert – damit fehlen nur 9 weitere, damit es in Kraft tritt. Trotz ermutigender Fortschritte sind eine nachhaltige globale Zusammenarbeit und die volle Durchführung der internationalen Übereinkünfte und Instrumente unerlässlich, um die schädlichen Folgen der IUU-Fischerei zu verhindern.

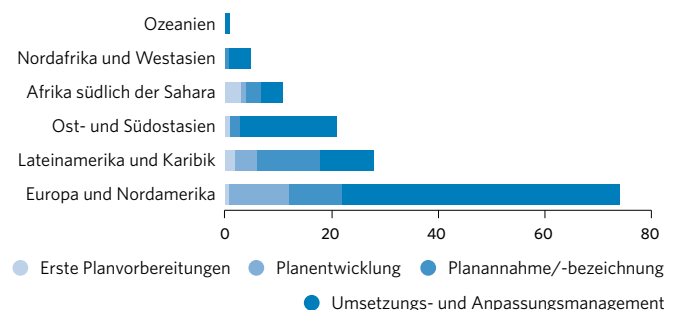
Staaten schreiten von der Politikformulierung zur Umsetzung integrierter Ozeanbewirtschaftung

Da die Meeresökosysteme durch Klimawandel, Verschmutzung und schwindende Lebensräume zunehmend bedroht sind, ist eine nachhaltige Ozeanbewirtschaftung unerlässlich geworden. Die Länder fördern ökosystembasierte Ansätze wie Meeresraumplanung und integriertes Küstenzonenmanagement, die Land- und Meerespolitik verbinden, um Resilienz aufzubauen, Konflikte zu reduzieren und die Nutzung des Ozeanraums zu optimieren. Die Meeresraumplanung unterstützt eine inklusive, transparente Entscheidungsfindung und integriert verstärkt Aspekte des Klimawandels und der Biodiversität, vom Schutz von Lebensräumen bis hin zur nachhaltigen Planung der blauen Wirtschaft.

2023 beteiligten sich 126 Länder und Gebiete an Initiativen der Meeresraumplanung, 20 % mehr als 2022, wobei in Afrika und Ozeanien viel erreicht wurde. Doch formell angenommen wurden Meeresraumpläne nur in 45 Ländern, was zeigt, dass Kapazitätsaufbau und Politikintegration gestärkt werden müssen. Seit 2015 hat sich der Schwerpunkt von der Politikformulierung auf die Umsetzung verlagert; Europa und Nordamerika treiben die Anpassung voran, doch viele Länder in Afrika südlich der Sahara und Lateinamerika sind noch in der frühen Planungsphase.

Vor allem in den Entwicklungsregionen gibt es noch große Probleme. Dazu gehören fehlende Daten, begrenzte institutionelle Koordinierung und unzureichende Finanzierung. Gesunde und produktive Ozeane erfordern stärkeres Engagement, sektorübergreifende Integration und anpassungsfähige Regelungsstrukturen. Die Ausweitung des integrierten Küstenzonenmanagements und der Meeresraumplanung wird zur Sicherung der langfristigen Zukunft der Meeresökosysteme und der von ihnen abhängigen Gemeinschaften beitragen.

Anzahl der Meeresraumpläne nach Umsetzungsstand - 2023



- Hartnäckige Probleme stehen Fortschritten beim Schutz des Lebens an Land, der nachhaltigen Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und der Bekämpfung der Krise der Biodiversität im Weg. Die globale Waldfläche geht zurück, der Schutz für die Biodiversität besonders wichtiger Gebiete stockt, und Arten sterben schneller aus.
- Doch es gibt Fortschritte: Die globalen Waldverluste werden langsamer, regionale Fortschritte lassen hoffen. Freiwillige Verpflichtungen zur Bodensanierung würden zwei Drittel der erforderlichen Fläche abdecken. Die Erhaltung für die Biodiversität besonders wichtiger Gebiete hat dank erfolgreicher globaler standortbezogener Initiativen über zwei Jahrzehnte stetig zugenommen. Auch die auf Biodiversität gerichtete öffentliche Entwicklungsfinanzierung lässt einen positiven Trend erkennen.
- Der Globale Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal hat weltweit erneut Aufmerksamkeit auf die Krise der Biodiversität gelenkt und Chancen geschaffen, mehr für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung



In seiner Baumschule in Ostkalimantan (Indonesien) sät Petrus Asuy Samen für Waldpflanzen aus. Dort kämpfen indigene Gemeinschaften durch Wiederaufforstung gegen den Landverlust durch Kohlebergbau und Plantagen.

der Biodiversität zu tun, die Rahmen zur Aufteilung von Vorteilen auszuweiten und Ökosystem- und Biodiversitätsrechnungen zu erarbeiten und zu verbessern. Diese wachsende Dynamik bietet eine entscheidende Chance für schnelleres Handeln und die Schließung verbleibender Lücken beim Schutz lebenswichtiger Landökosysteme.

Wechselhafte Waldentwicklung zeigt Fort- sowie Rückschritte beim Stopp der Entwaldung

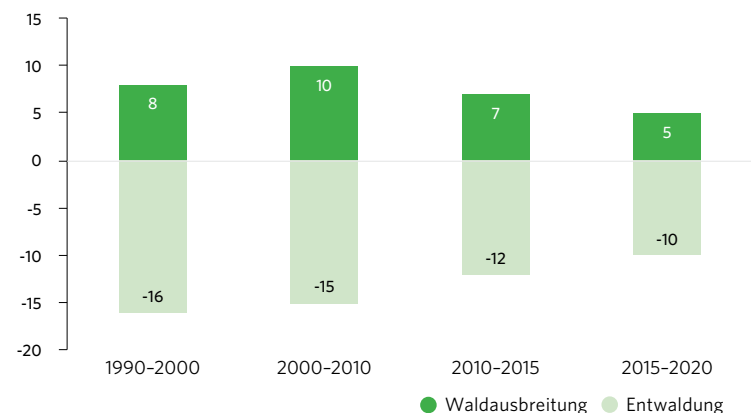
Wälder bedeckten 2020 rund 4,1 Mrd. Hektar (31 %) der weltweiten Landfläche. 2000-2020 schrumpfte die Waldbedeckung um rund 100 Mio. Hektar. Aufforstung, Waldsanierung und die natürliche Waldausbreitung haben zwar zu einigem Zuwachs geführt, doch die Verluste durch Entwaldung überwiegen; dabei war die Erweiterung von Agrarflächen der Hauptfaktor, der fast 90 % der Verluste ausmachte. Regionale Trends fallen unterschiedlich aus: In Asien, Europa und Nordamerika gab es Walddzuwächse, in Lateinamerika und Afrika südlich der Sahara dagegen erhebliche Einbußen, bedingt durch Weidegebiete bzw. die Ausweitung von Anbauflächen.

Die Entwaldung wird langsamer; sie belief sich 2015-2020 auf 10 Mio. Hektar pro Jahr, gegenüber 12 Mio. Hektar pro Jahr in den Jahren 2010-2015. Das sind zwar Fortschritte, doch würde der in Ziel 15 geforderte Stopp der Entwaldung beim aktuellen Tempo noch 25 Jahre dauern. Laut jüngsten Daten gibt es in bestimmten Ländern merkbare Fortschritte. Indonesien verringerte die Entwaldung 2021-2022 um 14 % gegenüber 2020-2021. In Brasilien ging sie in der Region Amazônia Legal 2023 im Vergleich zu 2022 um 50 % zurück. Auch auf dem afrikanischen Kontinent zeichnet sich eine Drosselung der Entwaldung ab.

Die Wälder spüren zunehmenden Klimadruck, da Naturbrände an Intensität zunehmen und invasive Arten sich ausbreiten. Naturbrände setzten 2023 weltweit geschätzt 6.687 Megatonnen CO₂ frei, mehr als das Doppelte der

durch fossile Brennstoffe bedingten Emissionen in der Europäischen Union. Derzeit hat die weltweite Holzherstellung einen Rekordwert von 4 Mrd. Kubikmetern pro Jahr erreicht; fast 6 Mrd. Menschen hängen von nicht aus Holz bestehenden Forsterzeugnissen ab. Die weltweite Nachfrage nach Rundholz könnte bis 2050 um 49 % steigen.

Jährliche Waldausbreitung und Entwaldung – 1990-2020 (in Mio. Hektar pro Jahr)



Für Bodendegradationsneutralität muss viel in Sanierung investiert werden

Bodendegradation bewirkt nicht nur Umweltschäden, sie schadet auch der menschlichen Gesundheit, fördert Armut, verstärkt die Ernährungsunsicherheit und führt zu mehr Migration. Jedes Jahr werden mindestens 100 Mio. Hektar Land (etwa die Fläche Ägyptens) geschädigt. 2015-2019 stieg der Anteil geschädigten Lands von 11,3 auf 15,5 %; dies beeinträchtigt das Wohl von 3,2 Mrd. Menschen. Um weltweit bis 2030 Bodendegradationsneutralität zu erreichen, müssen rund 1,5 Mrd. Hektar saniert werden.

Zwar wurde durch freiwillige Verpflichtungen die Sanierung von mehr als 1 Mrd. Hektar Land zugesagt – umfangreiche Projekte sind in Afrika südlich der Sahara, Zentralamerika, Zentralasien und im Nahen Osten vorgesehen –,

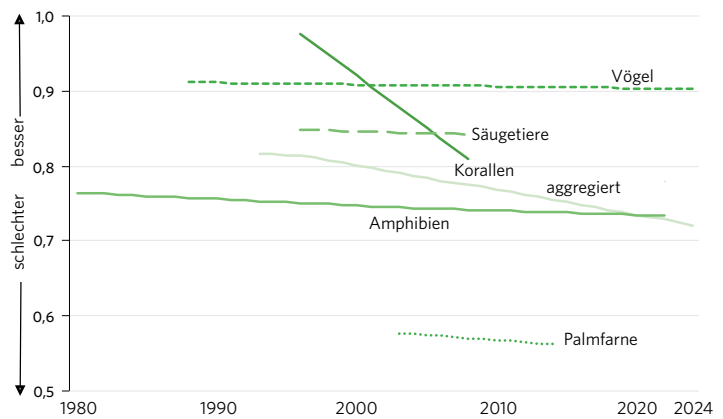
doch die Sanierung vor Ort geht schleppend voran. Investitionen in Bodensanierung werfen hohe Renditen ab; jeder investierte Dollar führt zu einem Gewinn von 7 bis 30 USD. Doch die Finanzierung ist unzureichend. Laut dem UN-Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung wird die Bekämpfung von Wüstenbildung, Bodendegradation und Dürren 2025-2030 1 Mrd. USD pro Tag erfordern. Aktuell sind jedoch nur 66 Mrd. USD pro Jahr verfügbar, d.h. 18 % des geschätzten Bedarfs. Ohne eine erheblich verstärkte Finanzierung und Umsetzung werden die Verluste an Produktivität, Resilienz und biologischer Vielfalt weiter steigen.

Alle wichtigen Artengruppen auf dem Rote-Liste-Index im Rückgang begriffen

Das Artensterben ist unumkehrbar, führt zu dauerhaftem Verlust an biologischer Vielfalt und bedroht das Wohl der Menschheit. Mehr als 47.000 Arten sind vom Aussterben bedroht, alle wichtigen Artengruppen auf dem Rote-Liste-Index sind im Rückgang begriffen – besonders Korallen, Amphibien und Palmfarne. Seit 1993 hat sich der Index um mehr als 12 % verschlechtert; die deutlichsten Rückgänge gab es in Südasien sowie Ost- und Südostasien, die geringsten in Nordamerika und Zentralasien. Diese regionalen Unterschiede gehen auf Abweichungen bei den Konsummustern, Verwaltungskapazitäten und der Umweltschutzfinanzierung sowie auf die Anfälligkeit tropischer Arten mit kleinem Verbreitungsgebiet zurück.

Neue Bewertungen zeigen zunehmende Gefahren für Süßwasserarten, darunter Fische, Libellen, Krebse und Garnelen, von denen inzwischen jede vierte durch Umweltverschmutzung, Dämme, Landwirtschaft, invasive Arten und Überernte bedroht ist. Auch Bäume sind gefährdet: 38 % der bewerteten 47.282 Arten droht durch Verlust ihres Lebensraums, Raubbau, Klimawandel, Schädlinge und Krankheiten das Aussterben. Das hat Folgen für ganze Ökosysteme und für die Existenzgrundlagen von Menschen. Ermutigend ist, dass die Erhaltung und Wiederherstellung von Standorten, Maßnahmen gegen invasive Arten und Ex-situ-Schutzmaßnahmen Wirkung zeigen. Nur durch großflächige Ausweitung solcher Maßnahmen lässt sich der Verlust der Artenvielfalt stoppen und umkehren und der Zusammenbruch von Ökosystemen verhindern.

Rote-Liste-Index für das Überleben der Arten - 1980-2024



Anmerkung: Ein Wert von 1,0 im Rote-Liste-Index bedeutet, dass alle betreffenden Arten als „ungefährdet“ eingestuft werden; somit ist davon auszugehen, dass keine von ihnen in naher Zukunft aussterben wird. Der Wert Null zeigt an, dass alle betreffenden Arten ausgestorben sind.

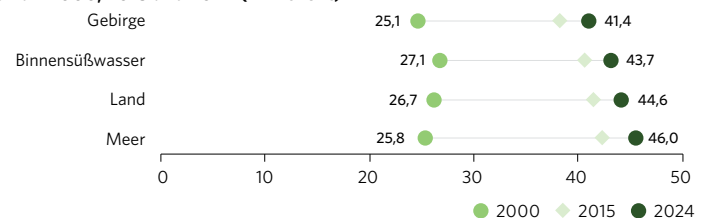
Durchschnittlicher Anteil für die Biodiversität besonders wichtiger Gebiete fast verdoppelt, Mehrzahl weiter bedroht

Seit 2000 haben Schutzgebiete viel zum Erhalt der biologischen Vielfalt beigetragen. Die Zielvorgabe 15.1 der Nachhaltigkeitsziele wurde 2020 erfüllt, da 17,6 % der Land- und Binnengebiete nunmehr unter Schutz stehen. Im Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal wird nun ein Schutzzumfang von 30 % bis 2030 gefordert. Die Sicherung für die Biodiversität besonders wichtiger – also für das Überleben von Arten und Ökosystemen unverzichtbarer – Gebiete zählt zu den wirkungsvollsten Ansätzen im Umweltschutz. Während 68 % dieser besonders wichtigen Gebiete ganz oder teilweise innerhalb von Schutzgebieten liegen, stieg der globale Durchschnitt seit 2000 zwar von 25 auf 44 %, nach 2015 jedoch nur noch geringfügig.

Echte Erfolge bieten Anlass zur Hoffnung: Der Chimanimani-Nationalpark in Mosambik, der 2020 ausgewiesen wurde, schützt viele bedrohte Amphibien- und Pflanzenarten. Die Insel Redonda (Antigua und Barbuda) wurde nach der Beseitigung invasiver Arten wiederhergestellt und auf 30.000 Hektar unter Schutz gestellt. Die an Küsten lebenden First Nations Kanadas überwachen federführend die für die Biodiversität besonders wichtigen

Gebiete. Und mehr als 3 Mio. Bäume wurden bei der Wiederherstellung des als geschützt eingestuft, für die Biodiversität besonders wichtigen Waldgebiets Kianjavato (Madagaskar) gepflanzt. Diese Beispiele zeigen, was möglich ist und welchen Ehrgeiz es braucht, um die globalen Zielvorgaben zu erfüllen.

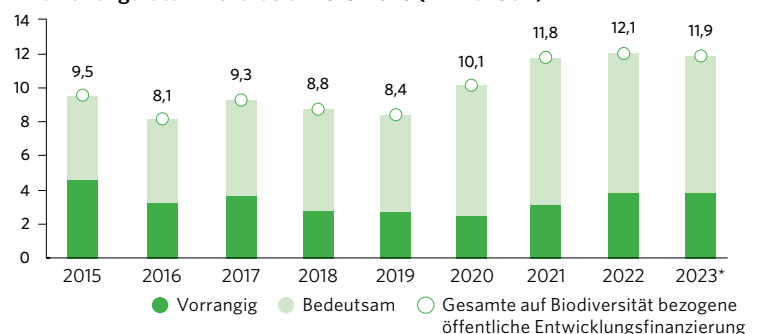
Mittlerer Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebirgs-, Binnensüßwasser-, Land- und Meeresflächen, die als Schutzgebiete ausgewiesen sind – 2000, 2015 und 2024 (in Prozent)



Aufwärtstrend bei der auf Biodiversität gerichteten öffentlichen Entwicklungsfinanzierung erkennbar

Die gesamte Entwicklungsfinanzierung für Biodiversität aus verschiedenen Quellen stieg 2015-2023 um 25 % (von 9,5 Mrd. auf 11,9 Mrd. USD). Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) machte in diesem Zeitraum durchschnittlich 97 % der Gesamtfinanzierung aus. Trotz zunehmender Finanzierung zugunsten der biologischen Vielfalt gingen die primär auf die Biodiversität gerichteten Finanzströme von 4,6 Mrd. USD (2015) auf 3,8 Mrd. USD (2023) und damit um 17 % zurück. Die Biodiversität macht mit nur 7 % einen relativ kleinen Anteil der gesamten Entwicklungsfinanzierung aus. Die privaten Gelder zugunsten der biologischen Vielfalt haben sich von 748 Mio. USD (2021) auf 1,8 Mrd. USD (2022) mehr als verdoppelt; die vorläufigen Angaben für 2023 liegen bei knapp 4 Mrd. USD. Dies ist jedoch bescheiden im Vergleich zum Förderbereich Klimawandel, der 2017-2022 im Durchschnitt 16,1 Mrd. USD erzielte. Um die Finanzierungsziele des Globalen Biodiversitätsrahmens zu erreichen, müssen mehr private sowie öffentliche Mittel mobilisiert werden.

Bilaterale öffentliche Entwicklungsfinanzierung für Biodiversität (als vorrangiges oder bedeutsames Ziel) von Mitgliedstaaten des Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit – 2015-2023 (in Mrd. USD)



*Die Zahlen für 2023 sind vorläufig.

Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen



Frauen bei einer Gemeindeversammlung im UN-Frauen-Zentrum im Flüchtlingslager Ngam (Kamerun). Das Programm unterstützt gefährdete Frauen und Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt in sieben Lagern in drei Regionen.

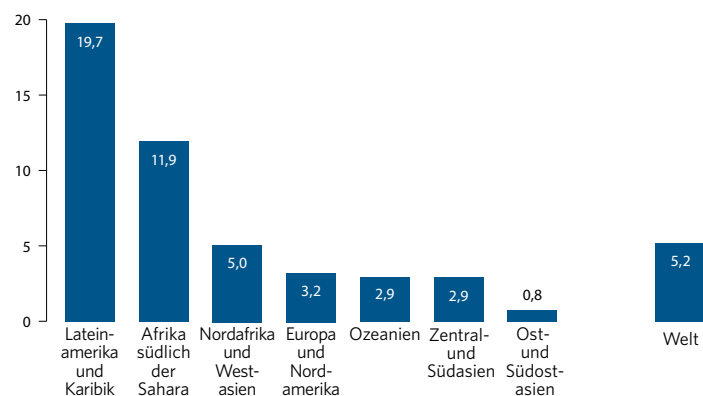
- Noch immer führen Gewalt und Konflikte zu menschlichem Leid und Vertreibung. 2024 kosteten Konflikte fast 50.000 Menschenleben – umgerechnet eines alle 12 Minuten. Besonders betroffen sind Frauen und Kinder. Ende 2024 gab es 123,2 Mio. Vertriebene. Zwar sank die weltweite Tötungsrate 2015–2023 um 12 %, doch das Ziel einer Verringerung um 50 % wurde deutlich verfehlt.
- Der Zugang zur Justiz ist weiterhin schwer zu verwirklichen: Jede dritte gefangene Person weltweit wird ohne ordnungsgemäßes Strafurteil festgehalten, und die Gefahren für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger und journalistisch Tätige bestehen fort. Die Anzahl getöteter Journalistinnen und Journalisten stieg 2024 um 11 %, wobei Konfliktzonen besondere Gefahren aufwiesen.
- Fortschritte zeichnen sich ab: Die Haushaltsverlässlichkeit hat sich verbessert, Gesetze über den Zugang zu Informationen wurden ausgeweitet und mehr Länder verfügen nun über konforme Menschenrechtsinstitutionen. Dennoch klaffen erhebliche Lücken beim Aufbau wirksamer, rechenschaftspflichtiger und inklusiver Institutionen.

- Dringendes Handeln ist geboten, um Menschenleben zu schützen und Vertrauen durch Friedenskonsolidierung, Justizreformen und Rechenschaftspflicht zurückzugewinnen. Dafür müssen Institutionen gestärkt, inklusives staatliches Handeln gefördert, der zivilgesellschaftliche Raum geschützt und die tieferen Ursachen von Konflikten und Ungerechtigkeit behoben werden. Ein fester politischer Wille und verstärkte internationale Zusammenarbeit sind für dauerhaften Wandel unverzichtbar.

Weltweite Tötungsrate sinkt, doch nicht genug, um Zielvorgabe für 2030 zu erreichen

Die weltweite Rate vorsätzlicher Tötungen fiel 2015–2023 von 5,9 auf 5,2 je 100.000 Menschen. Setzen sich die aktuellen Trends fort, wird die Rate 2015–2030 um 25 % sinken und damit die Zielvorgabe der Nachhaltigkeitsziele von 50 % deutlich verfehlen. 2023 ereignete sich der überwiegende Teil der Tötungen in Lateinamerika und der Karibik sowie in Afrika südlich der Sahara; zusammen entfielen auf diese Regionen fast zwei Drittel der weltweiten Opfer. 80 % der Opfer von Tötungen waren Männer, bedingt vor allem durch organisierte Kriminalität und Bandengewalt. Für Frauen dagegen war das häusliche Risiko unverhältnismäßig hoch: 60 % der weiblichen Opfer wurden durch Partner oder Angehörige getötet. Allein 2023 wurden rund 51.000 Frauen durch Intimpartner oder Angehörige getötet. Die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen geht weiterhin schleppend voran; die Tötungsrate bei Frauen sank um nur 5 %, gegenüber 14 % bei Männern.

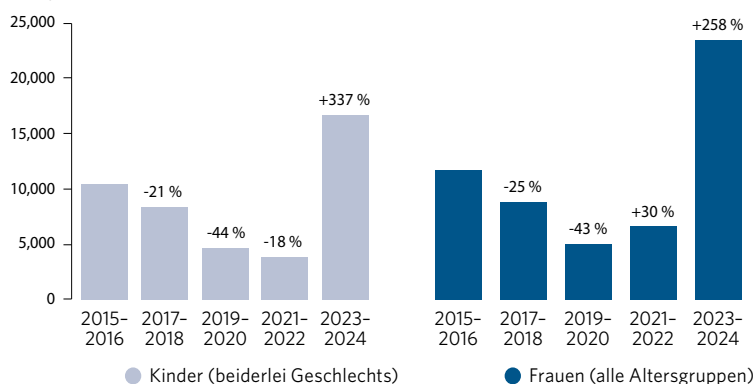
Rate vorsätzlicher Tötungen – 2023 (Todesopfer je 100.000 Einwohner/-innen)



Verluste an Menschenleben durch bewaffnete Konflikte 2024 um 40 % gestiegen; Opferzahlen bei Frauen und Kindern in nur zwei Jahren vervierfacht

Alle 12 Minuten verlor ein Mensch 2024 sein Leben infolge eines bewaffneten Konflikts. Insgesamt gab es 48.384 konfliktbedingte Todesfälle, die meisten unter Zivilpersonen. Das ist eine Zunahme um 40 % gegenüber 2023 und der dritte jährliche Anstieg in Folge. 2023–2024 wurden rund viermal so viele Kinder (337 %) und Frauen (258 %) wie im vorherigen Zweijahreszeitraum getötet. 8 von 10 Kindstötungen und 7 von 10 Tötungen von Frauen ereigneten sich in Gaza. Sprengwaffen waren die Hauptursache tödlicher Gewalt in mehreren Regionen, während nicht zur Wirkung gelangte Kampfmittel nach wie vor Menschenleben in Zentral- und Südasien bedrohen. Bei fast 30 % der Opfer konnte der Status nicht ermittelt werden. Diese bestürzenden Zahlen zeigen eine drastische Abweichung vom Pfad zu Weltfrieden, globaler Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung. Es bedarf sofortiger und konzentrierter Anstrengungen, um dies umzukehren und das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen zu achten.

Dokumentierte konfliktbedingte Todesfälle von Kindern und Frauen – 2015–2024 (Zahl der Toten) mit prozentualer Veränderung gegenüber vorigem Zweijahreszeitraum oberhalb der Datensäulen



Stärkung der Institutionen für inklusives staatliches Handeln schreitet voran – Vertrauen, Transparenz und Leistungserbringung bleiben sehr lückenhaft

Der Aufbau wirksamer, rechenschaftspflichtiger und transparenter Institutionen erfordert eine verlässliche Finanzverwaltung, barrierefreie Informationssysteme und reaktionsfähige Lenkungsstrukturen, die öffentliches Vertrauen und bürgerschaftliches Engagement fördern. In folgenden Bereichen gab es bedeutende Fortschritte, doch entscheidende Herausforderungen bleiben:

- Verlässliche Haushalte sind ein Schlüsselfaktor für Finanzdisziplin, wirksame Ressourcennutzung und rechenschaftspflichtige Institutionen. Mit der Erholung der Länder von der Pandemie sanken die weltweiten Haushaltsabweichungen von 12,6 % (2020) auf 9,6 % (2023). Doch in den Ländern mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen gab es weiter größere Schwankungen. 2015-2023 lagen die Haushaltsabweichungen in den Ländern mit niedrigem Einkommen dreimal jenseits der 15 %, der Höchstwert war 22,4 % (2020). Die Länder mit höherem mittlerem und hohem Einkommen wiesen größere Stabilität auf.
- 2024 gab es in 89 Ländern – gegenüber 70 Ländern im Jahr 2015 – den Vorgaben vollständig entsprechende, unabhängige nationale Menschenrechtsinstitutionen (Status A), die 55 % der Weltbevölkerung erfassten.

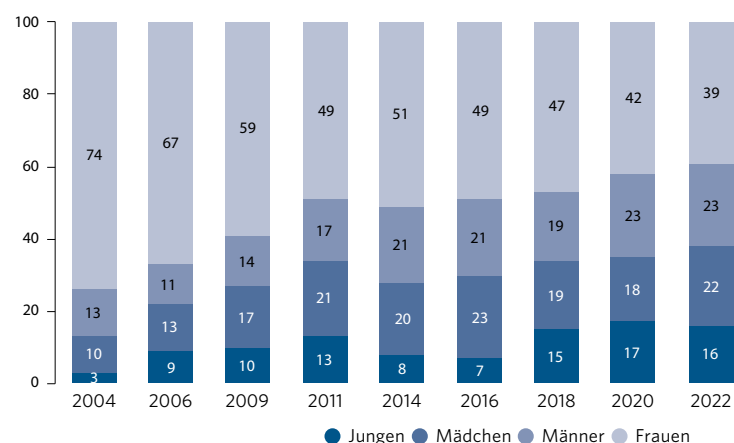
Weitere 25 Länder hatten Institutionen, die teilweise den Pariser Prinzipien entsprachen (Status B).

- Die Erbringung öffentlicher Leistungen prägt das Vertrauen der Menschen in ihre Regierung; der Grad der Zufriedenheit lässt kritische Lücken in Sektoren und Regionen erkennen. Weltweit betrachtet ist die Zufriedenheit für Verwaltungsdienste (64 %) am höchsten, vor dem Bildungswesen (58 %) und der Gesundheitsversorgung (57 %). Letztere zeigt jedoch im Ländervergleich die größten Schwankungen (9 – 93 %).
- Das Vertrauen in staatliches Handeln ist weiter fragil; viele glauben, in der Politik kein Gehör zu finden. Laut Daten aus 83 Ländern meinen nur 44 % der Menschen, dass ihr politisches System bedarfsorientiert ist und ihre Stimme bei der Entscheidungsfindung eine Rolle spielt. Anders als gemeinhin zu vermuten, weisen wohlhabendere Länder eine geringere politische Wirksamkeit auf. Frauen halten ihre politische Mitsprache für geringer als Männer. Staatliches Handeln wieder bedarfsorientierter und inklusiver zu gestalten, ist entscheidend dafür, bürgerschaftliches Vertrauen und Engagement wieder zu erwecken.

Zahl der ermittelten Opfer von Menschenhandel steigt rapide – Kinder verstärkt im Visier

Weltweit lag die Zahl der ermittelten Opfer von Menschenhandel 2022 um 25 % höher als vor der Pandemie und um 43 % höher als 2020. Ein entscheidender Faktor dafür ist die seit 2019 um 31 % gestiegene Zahl der Opfer im Kindesalter. 38 % aller 2022 weltweit ermittelten Opfer von Menschenhandel waren Kinder – ein drastischer Anstieg gegenüber 13 % im Jahr 2004. Mädchen werden in erster Linie zum Zweck sexuellen Missbrauchs gehandelt (60 %), Jungen vor allem für Zwangsarbeit (45 %) und andere Zwecke wie Zwangskriminalität und Betteln (47 %). In Europa und Nordamerika wurden mehr erwachsene Opfer ermittelt, dagegen gab es in Zentralamerika, der Karibik, Afrika südlich der Sahara und Nordafrika mit rund 60 % den höchsten Anteil kindlicher Opfer.

Anteil der ermittelten Opfer von Menschenhandel, nach Altersgruppe und Geschlecht – 2004-2022 (in Prozent)



Menschenrechtsverteidiger/-innen und journalistisch Tätige 2024 alarmierendem Maß an Gewalt ausgesetzt

Die Fallzahlen bei Tötungen und Verschwindenlassen von Personen, die die Menschenrechte verteidigten oder journalistisch oder gewerkschaftlich tätig waren, lagen auch 2024 wieder alarmierend hoch; es wurden mindestens 502 Tötungen in 44 Ländern und 123 Fälle von Verschwindenlassen in 37 Ländern dokumentiert. Das waren zwar etwas weniger als 2023, doch untergraben Menschenrechtsverletzungen nach wie vor die Fortschritte hin zu Frieden, Gerechtigkeit und Rechenschaft. Konflikte sind weiterhin ein treibender Faktor: In Nordafrika und Westasien nahmen die Tötungen um 24 % zu, in Afrika südlich der Sahara erhöhte sich die Zahl der Fälle von Verschwindenlassen um 32 %.

Die Zahl der Tötungen journalistisch tätiger Personen stieg um 11 % auf 82 Fälle, von denen sich mehr als 60 % in Konfliktzonen ereigneten – der höchste Anteil seit mehr als einem Jahrzehnt. Nordafrika und Westasien sind noch immer die tödlichsten Regionen für journalistisch Tätige, während Lateinamerika und Karibik weiter die tödlichste Region für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sind. Auch wurden mehr Aktivistinnen und Aktivisten inhaftiert: Mindestens 31 Länder hatten 2024 mindestens 10 neue Fälle zu verzeichnen, mit einer besonderen Konzentration in Zentral- und Südasien sowie Nordafrika und Westasien.

Jede dritte gefangene Person ohne ordnungsgemäßes Strafurteil, Zahl der Inhaftierten weltweit steigt

Der Zugang zur Justiz ist ein grundlegendes Menschenrecht, doch die Zahl ohne Verurteilung Inhaftierter sinkt nicht. 2023 waren 3,7 Mio. Menschen – 31 % der weltweit 11,7 Mio. Gefängnisinsassen – in Untersuchungshaft, ein etwas höherer Anteil als 2015 (29 %). In manchen Regionen gab es Verbesserungen, in anderen Rückschritte. In Lateinamerika und der Karibik fiel der Anteil der ohne Verurteilung Inhaftierten von 41 % (2015) auf 30 % (2023). Dagegen stieg er in Ozeanien von 27 % auf 37 %, in Zentral- und Südasien von 50 % auf 60 %.

2023 waren unter den Personen in Untersuchungshaft 94 % Männer und 6 % Frauen. Weltweit betrug der Anteil der ohne Verurteilung Inhaftierten 32 % bei Männern und 30 % bei Frauen. Doch regionale Unterschiede bleiben. In Afrika südlich der Sahara wurden 50 % der inhaftierten Frauen gegenüber 41 % bei den Männern ohne ordnungsgemäßes Strafurteil festgehalten. Diese Verhältnisse müssen angegangen werden, um Gerechtigkeit und Menschenrechte zu wahren.

Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

- Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen trugen 2023 eine Rekordzinslast von 1,4 Bio. USD; auch fehlten jährlich Investitionen in Höhe von 4 Bio. USD, was die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele stark einschränkte. Trotz mehr Mitteln aus offiziellen und privaten Quellen sank die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit nach fünf Wachstumsjahren um 7,1 %; für 2025 werden weitere Einschnitte erwartet.
- Der Anteil der Entwicklungsländer an den weltweiten Warenexporten stagniert seit 2015; der Anteil der am wenigsten entwickelten Länder ist nur 1,1 % – weit entfernt von dem Ziel der Verdoppelung bis 2020.
- Der Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie weitet sich stetig aus, doch die digitale Kluft ist weiter groß, besonders in einkommensschwächeren Regionen. Datensysteme und nationale statistische Kapazitäten sind besser geworden, doch fehlt in vielen Ländern noch immer eine dauerhafte Finanzierung der Dateninfrastruktur und -produktion, die zur Deckung der steigenden Nachfrage erforderlich ist.



Rund 200 junge Freiwillige beteiligen sich an Maßnahmen zur Raumgestaltung und entwickeln Lösungen, um öffentliche Räume in Ciudad Juárez (Mexiko) einladender und angenehmer zu gestalten.

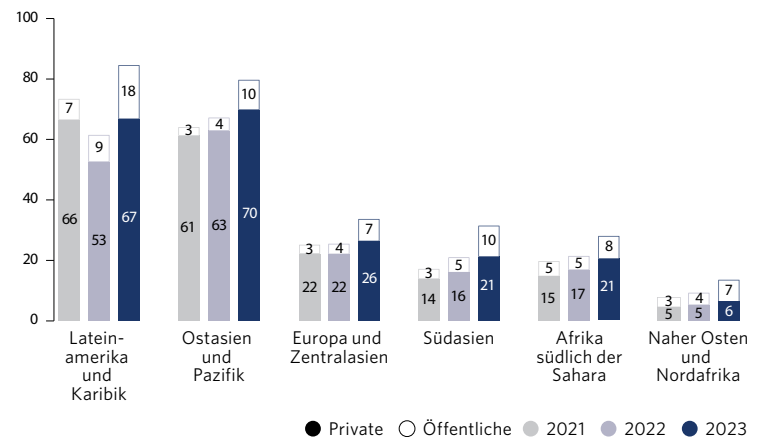
- Für schnellere Fortschritte braucht es eine erneuerte internationale Zusammenarbeit zur Überbrückung der Investitionslücke, eine innovative Finanzierung zur Senkung der Schuldenlast, gezielte Unterstützung für die digitale Infrastruktur und verstärkte statistische Kapazitäten für eine bessere Verfolgung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele.

Zinslast der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen mit 1,4 Bio. USD auf Rekordhoch

Die Gesamtkosten für den Schuldendienst (Kapital zzgl. Zinsen) aller Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen erreichte 2023 ein Hoch von 1,4 Bio. USD. Der Anstieg der gesamten Schuldendienstzahlungen folgt direkt aus der in der letzten Dekade rasch gestiegenen Auslandsverschuldung, dem höchsten Zinsniveau der letzten 20 Jahre und der Abwertung lokaler Währungen gegenüber dem starken US-Dollar. Der Stand vor der Pandemie wird damit weit übertroffen. 2023 gaben die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen 3,7 % ihres Bruttonationaleinkommens für den Schuldendienst aus, was die ohnehin begrenzten Ressourcen belastete und weniger Spielraum für Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur ließ.

Die Tilgungszahlungen stiegen um fast 1 % auf 950,9 Mrd. USD, die Zinszahlungen um ganze 37,1 % auf 405,3 Mrd. USD – beides sind Rekordbeträge. Dementsprechend verschlechterte sich die Schuldendienstquote für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen 2023 um 1,6 Prozentpunkte auf 14,7 %. Das Verhältnis der Zinslast für öffentliche und durch Staatsgarantien besicherte Schulden zu den Exporteinnahmen stieg 2023 auf 4,4 %, nachdem es im Zweijahreszeitraum bis 2022 auf 4,3 % gesunken war.

Zinslast der Gesamtauslandsverschuldung von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen nach Region und Gläubigerkategorie – 2021-2023 (in Mrd. USD zum Gegenwartswert)



Anmerkung: Die Aufteilung der Regionen folgt dem Verfahren der Weltbankgruppe.

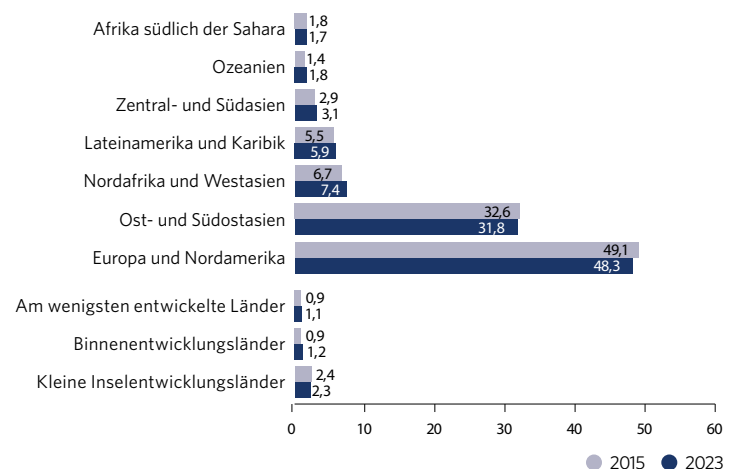
Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel stagniert seit 2015

Bei ausgewogener Beteiligung auf den globalen Märkten kann Handel nachhaltige Entwicklung beflügeln. Nach stetem Anstieg in den frühen 2000er und 2010er-Jahren stagniert der Anteil der Warenexporte aus den Entwicklungsregionen seit 2015. Der Anteil Europas und Nordamerikas an den globalen Exporten lag 2023 bei fast 50 %, derjenige Ost- und Südasiens bei nahezu einem Drittel. Die Beiträge der anderen Regionen waren nach wie vor gering (1,7 bis 7,5 %). Der Anteil der kleinen Inselentwicklungsländer ging leicht zurück, von 2,4 % (2015) auf 2,3 % (2023). Die Binnenentwicklungsländer und am wenigsten entwickelten Länder legten minimal zu, erreichten jedoch nur 1,2 % bzw. 1,1 %. Dies ist weit entfernt von der Zielvorgabe der Nachhaltigkeitsziele, die Exporte der Entwicklungsländer signifikant zu erhöhen und den Exportanteil der am wenigsten entwickelten Länder bis 2020 zu verdoppeln. Sowohl die Binnenentwicklungsländer als auch die am wenigsten entwickelten Länder weisen seit 2015 negative Handelsbilanzen auf.

Anders als bei Warenexporten fällt es den Entwicklungsregionen schwer, ihren Anteil am globalen Handel mit Dienstleistungen auszuweiten. Die entwickelten Regionen dominierten 2023 beim Export von Dienstleistungen mit

70 %, die Entwicklungsregionen erreichten 30 %, wobei die Entwicklungsländer in Asien mit 25 % den Löwenanteil beitrugen.

Anteil der weltweiten Warenexporte – 2015 und 2023 (in Prozent)



Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit schrumpft 2024 nach fünf Wachstumsjahren in Folge

Die von den Mitgliedstaaten des Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit (DAC) bereitgestellte öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) lag 2024 bei 212,1 Mrd. USD auf der Grundlage des Subventionsäquivalents; dies entspricht 0,33 % des gemeinsamen Bruttonationaleinkommens der DAC-Mitglieder. Damit gab es erstmals nach fünf Jahren Wachstum in Folge einen Rückgang von real 7,1 % gegenüber dem Vorjahr. Grund dafür waren verringerte Beitragszahlungen an internationale Organisationen, weniger Hilfe für die Ukraine und humanitäre Hilfe sowie verminderte Ausgaben für die Aufnahme von Flüchtlingen in den Geberländern. Die Netto-ODA belief sich 2024 auf 209,8 Mrd. USD, ein Rückgang von real 9,3 % gegenüber 2023.

2019-2023 stieg die ODA real um 33 %, da die meisten DAC-Mitglieder ihre Hilfszahlungen aufstockten, um die Entwicklungsländer bei der Bewältigung serieller globaler Krisen – der COVID-19-Pandemie und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine – zu unterstützen. Trotz des Rückgangs im Jahr 2024 blieb die ODA 23 % höher als 2019. Jedoch ist zu erwarten, dass der Abwärtstrend anhalten wird. Laut einer neueren Erhebung und verfügbaren Informationen könnte die ODA im Jahresvergleich 2024-2025 um weitere 9-17 % sinken, da mehrere Geber Kürzungen ihrer ODA-Mittel angekündigt haben.

Verstärkte Entwicklungsfinanzierung aus einer Vielzahl von Quellen

2023 stellten 106 bilaterale und multilaterale Geber 303 Mrd. USD (öffentliche Mittel) bzw. 58,7 Mrd. USD (private Mittel) für die Entwicklungsländer bereit. Alle Formen der Finanzierung liegen höher als 2019 (205,9 Mrd. USD öffentliche Mittel, 46,7 Mrd. USD private Mittel); die konzessionären Darlehen sind mit 77 % am stärksten gestiegen.

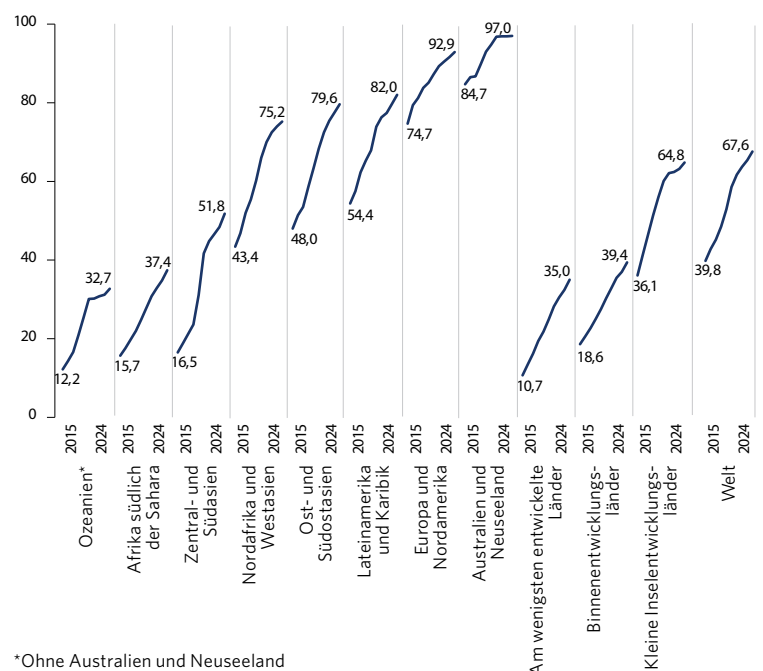
Die weltweiten ausländischen Direktinvestitionen waren 2024 mit geschätzt 1,4 Bio. USD 11 % höher als 2023, aber 8 % niedriger bei Herausrechnung der Finanzströme durch europäische Conduit-Länder. Die auf Nachhaltigkeitsziele bezogenen Investitionen sanken 2024 um 11 %. Während es in den Bereichen erneuerbare Energien, Gesundheit und Bildung Zuwächse gab, erhalten drei wichtige Sektoren – Infrastruktur, Agrar- und Nahrungsmittelsysteme sowie Wasser- und Sanitärversorgung – nun weniger internationale Mittel als 2015.

Die weltweiten Rücküberweisungen betrugen 2023 insgesamt 861 Mrd. USD und damit 3 % mehr als 2022. Die an Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen fließenden Mittel erhöhten sich um 1,4 % auf 647 Mrd. USD, ein gebremster Anstieg gegenüber den durchschnittlichen 10 % im Zeitraum 2021-2022. Bei Einbeziehung informeller Kanäle ist der tatsächliche Umfang der Überweisungen vermutlich größer. Der moderate Anstieg bedeutet eine Normalisierung nach den Zuwächsen der Pandemiefolgezeit, die von starken Arbeitsmärkten in den entwickelten Volkswirtschaften gestützt wurden.

Internetnutzung nimmt weiter zu, doch universelle Vernetzung in weiter Ferne

2024 hatten 5,5 Mrd. Menschen eine Internetverbindung – 68 % der Weltbevölkerung. Demgegenüber ist ein Drittel der Weltbevölkerung (2,6 Mrd.) weiterhin offline. Während die weltweite Nutzung des Internets von 40 % (2015) auf 68 % (2024) zugenommen hat (eine jährliche Zuwachsrate von durchschnittlich 6,1 %), bleibt die universelle Nutzung – 95 % Marktdurchdringung – ein ferner Traum. Die Internetnutzung hängt nach wie vor sehr vom Entwicklungsstand ab. Die universelle Nutzung ist in Australien und Neuseeland sowie in Europa und Nordamerika verwirklicht oder beinahe verwirklicht, während Afrika südlich der Sahara und Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) mit 37 % bzw. 33 % weit abgeschlagen sind. In den am wenigsten entwickelten Ländern und Binnenentwicklungsländern liegt die Internetnutzung bei nur 35 % bzw. 39 %. Weltweit haben 70 % der Männer Internetzugang, bei den Frauen 65 %; somit sind 189 Mio. mehr Männer als Frauen vernetzt. Die Kluft hat sich seit 2021 vermindert; damals betrug der Unterschied noch 277 Millionen.

Anteil der Menschen, die das Internet nutzen – 2015-2024 (in Prozent)



Statistische Kapazitäten verbessert, doch dauerhafte Investitionen in allen Ländern vonnöten

Hochwertige, aktuelle und aufgeschlüsselte Daten sind für Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen unerlässlich. Trotz der Verwerfungen durch COVID-19 konnten die nationalen Statistiksysteme gestärkt werden. Die Durchschnittswertung nach dem Open Data Inventory (ODIN) hat sich 2022-2024 in allen Regionen deutlich erhöht; erstmals übertraf das Ergebnis weltweit die Marke 50 von 100. Bei den Wirtschafts- und Umweltdaten gelang der stärkste Zuwachs, Sozial- und demografische Daten befinden sich im Rückstand. Selbst in den entwickelten Ländern liegt die Durchschnittswertung nach ODIN bei nur 60 Punkten, was die dringende Notwendigkeit höherer Investitionen in die Dateninfrastruktur und -produktion in allen Ländern verdeutlicht. In gleicher Weise stiegen auch die Werte des Statistical Performance Indicator (SPI) von 58,6 (2016) auf 69,7 (2023),

bedingt durch die erhöhte Nachfrage nach verlässlichen Daten während der COVID-19-Pandemie. Die Fortschritte sind jedoch in mehreren Regionen zum Erliegen gekommen, derweil Länder mit niedrigem Einkommen aufgrund beschränkter Ressourcen und Kapazitäten nach wie vor zurückliegen.

2024 gaben 159 Länder und Gebiete an, über nationale statistische Rechtsvorschriften im Einklang mit den Grundprinzipien der amtlichen Statistik zu verfügen – 2019 waren es noch 132 Länder. 137 Länder meldeten die Umsetzung eines nationalen statistischen Plans, der jedoch nur in 95 Fällen voll finanziert war. Die dauerhafte Finanzierung bleibt eine entscheidende Herausforderung bei dem Versuch, dem wachsenden Datenbedarf gerecht zu werden.

Nach Zielvorgaben aufgeschlüsselte Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen

<div>1 KEINE ARMUT</div> <div> </div> <div> 1.1 Internationale Armut 1.2 Nationale Armut 1.3 Sozialschutz 1.4 Zugang zu grundlegenden Diensten 1.5 Katastrophenresilienz 1.a Staatliche Ausgaben für Grundleistungen 1.b Politikvorgaben für Armutsbeseitigung </div>	<div>2 KEIN HUNGER</div> <div> </div> <div> 2.1 Unterernährung und Ernährungssicherheit 2.2 Fehlernährung 2.3 Kleine Nahrungsmittelproduzenten 2.4 Produktive und nachhaltige Landwirtschaft 2.5 Genetische Ressourcen für die Landwirtschaft 2.a Investitionen in die Landwirtschaft 2.b Agrarexportsubventionen 2.c Preisanomalien bei Lebensmitteln </div>	<div>3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN</div> <div> </div> <div> 3.1 Müttersterblichkeit 3.2 Kindersterblichkeit 3.3 Übertragbare Krankheiten 3.4 Nichtübertragbare Krankheiten und psychische Gesundheit 3.5 Substanzmissbrauch und entsprechende Behandlung 3.6 Straßenverkehrsunfälle 3.7 Sexuelle & reproduktive Gesundheit 3.8 Allgemeine Gesundheitsversorgung 3.9 Gesundheitliche Auswirkungen von Umweltverschmutzung 3.a Eindämmung des Tabakgebrauchs 3.b Impfschutz 3.c Gesundheitspersonal 3.d Management von Gesundheitsrisiken </div>	<div>4 HOCHWERTIGE BILDUNG</div> <div> </div> <div> 4.1 Effektive Lernergebnisse 4.2 Frühkindliche Entwicklung 4.3 Berufsausbildung und tertiäre Bildung 4.4 Qualifikationen für eine Beschäftigung 4.5 Gleichberechtigter Bildungszugang 4.6 Lese-, Schreib- und Rechenkompetenz für Erwachsene 4.7 Bildung für nachhaltige Entwicklung 4.a Bildungseinrichtungen 4.b ODA für Stipendien 4.c Qualifizierte Lehrkräfte </div>	<div>5 GESCHLECHTERGLEICHHEIT</div> <div> </div> <div> 5.1 Gesetzliche Rahmenbedingungen für Geschlechtergleichstellung 5.2 Gewalt gegen Frauen & Mädchen 5.3 Frühverheiratung 5.4 Unbezahlte Pflege- und Hausarbeit 5.5 Frauen in Führungspositionen 5.6 Zugang zu reproduktionsmedizinischer Versorgung & reproduktive Rechte 5.a Gleiche wirtschaftliche Rechte für Frauen 5.b Technologie zur Förderung der Selbstbestimmung der Frauen 5.c Geschlechtergerechte Haushaltspolitik </div>
<div>6 SAUBERES WASSER UND SANITÄR-FRÜHSTUFEN</div> <div> </div> <div> 6.1 Sicheres Trinkwasser 6.2 Zugang zu Sanitärversorgung und Hygiene 6.3 Wasserqualität 6.4 Effizienz der Wassernutzung 6.5 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Wasserfragen 6.6 Wasserverbundene Ökosysteme 6.a Internationale Zusammenarbeit in Wasser- und Sanitärversorgung 6.b Partizipatorisches Management der Wasser- und Sanitärversorgung </div>	<div>7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE</div> <div> </div> <div> 7.1 Zugang zu Energiedienstleistungen 7.2 Anteil erneuerbarer Energien 7.3 Energieeffizienz 7.a Internationale Zusammenarbeit im Energiebereich 7.b Investitionen in die Energieinfrastruktur </div>	<div>8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM</div> <div> </div> <div> 8.1 Wirtschaftswachstum 8.2 Wirtschaftliche Produktivität 8.3 Formalisierung von Klein- und Mittelunternehmen 8.4 Ressourceneffizienz bei der Materialnutzung 8.5 Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit 8.6 Anteil junger Menschen, die weder in (Aus-)Bildung noch Erwerbstätigkeit stehen 8.7 Kinder- und Zwangsarbeit 8.8 Arbeitsrechte und sichere Arbeitsumgebung 8.9 Nachhaltiger Tourismus 8.10 Zugang zu Finanzdienstleistungen 8.a Handelshilfe 8.b Strategie für Jugendbeschäftigung </div>	<div>9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR</div> <div> </div> <div> 9.1 Infrastruktur-entwicklung 9.2 Nachhaltige/inklusive Industrialisierung 9.3 Zugang kleiner Industrieunternehmen zu Finanzmitteln 9.4 Nachhaltige und saubere Industrien 9.5 Forschung und Entwicklung 9.a ODA für Infrastruktur 9.b Einheimische Technologieentwicklung 9.c Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologie und zum Internet </div>	<div>10 WENIGER UNGLEICHHEITEN</div> <div> </div> <div> 10.1 Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent 10.2 Einkommensverteilung 10.3 Diskriminierung beseitigen 10.4 Fiskal- und Sozialschutzpolitik 10.5 Regulierung der Finanzmärkte 10.6 Inklusive globale Lenkung 10.7 Sichere Migration & Mobilität 10.a Besondere und differenzierte Behandlung (WTO) 10.b Ressourcenströme für die Entwicklung 10.c Rücküberweisungskosten </div>



Hinweise für die Leserschaft

Rahmen globaler Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die vorgelegten Informationen beruhen auf den zuletzt verfügbaren Daten (Juni 2025) zu ausgewählten Indikatoren des Rahmens globaler Indikatoren¹ für die Nachhaltigkeitsziele. Der Rahmen globaler Indikatoren dient zur Überprüfung der Fortschritte auf globaler Ebene und wurde von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung erarbeitet und am 6. Juli 2017 von der Generalversammlung angenommen (siehe Resolution 71/313, Anlage). Mit der Aus-

wahl der in dem Bericht verwendeten Indikatoren soll keine Priorisierung der Ziele erfolgen, da alle Ziele und Vorgaben gleich wichtig sind. Der auf Englisch online verfügbare „SDG Extended Report 2025“² enthält zusätzliche Analysen, alle Verweise und ausführliche Berichte der verantwortlichen Organisationen, die aus Platzgründen nicht in den vorliegenden Bericht aufgenommen werden konnten.

Datenquellen

Die Werte für die meisten Indikatoren in dem Bericht sind regionale und/oder subregionale Aggregate. In der Regel handelt es sich dabei um gewichtete Mittel, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist; ihnen liegen nationale Daten zugrunde, die von nationalen Statistiken erstellt und von internationalen Stellen mit speziellen Mandaten errechnet werden. Die nationalen Daten werden oft zum Zweck der Vergleichbarkeit angepasst und, wo sie nicht vorliegen, geschätzt. Nach dem Beschluss der Statistischen Kommission und Resolution 2006/6 des Wirtschafts- und Sozialrats sollen die für die Zusammenstellung der globalen Indikatoren verwendeten Schätzungen in voller Abstimmung mit den nationalen Statistikämtern vorgenommen werden. Die Kriterien und Mechanismen für die Validierung durch die nationalen Statistikämter sind im Bericht der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung³ ausgeführt und wurden von der Statistischen Kommission auf ihrer fünfzigsten Tagung gebilligt⁴.

Zwar erleichtern die hier vorgelegten Aggregate die Fortschrittsverfolgung, doch kann die Situation einzelner Länder in einer bestimmten Region bzw. zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und geografischen Gebieten innerhalb eines Landes erheblich von den regionalen Durchschnittswerten abweichen. Die Vorlage von Aggregaten für alle Regionen verdeckt außerdem eine andere Realität: den in vielen Teilen der Welt bestehenden Mangel an geeigneten Daten zur Bewertung nationaler Trends als Informationsgrundlage für die Entwicklungspolitik und zur Überwachung ihrer Umsetzung.

Die Statistikabteilung der Vereinten Nationen führt eine Datenbank mit den verfügbaren globalen, regionalen und Länderdaten und den Metadaten für die Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele, die unter <https://unstats.un.org/sdgs> zu finden ist. Aufgrund neuer Daten und überarbeiteter Methoden sind die hierin enthaltenen Datenreihen möglicherweise nicht mit früheren Datenreihen vergleichbar.

Regionale Gruppen

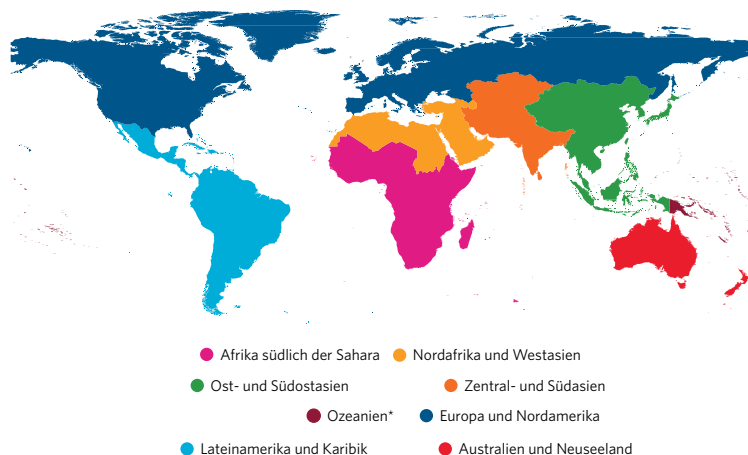
Dieser Bericht präsentiert Daten zu den Fortschritten bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele weltweit und für verschiedene Gruppen. Die Ländergruppen beruhen auf den geografischen Regionen, die in den Länder- und Gebiets-Standardcodes für statistische Zwecke (M49)⁵ der UN-Statistikabteilung definiert sind. Die geografischen Regionen sind aus der Karte ersichtlich. Einige der M49-Regionen wurden aus Darstellungsgründen zusammengefasst.

Die Zugrundelegung geografischer Regionen für die Ländergruppen ist eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Bericht 2016 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung und den Fortschrittsberichten über die Millenniums-Entwicklungsziele. Zuvor wurden Daten für Länder in „Entwicklungs-“ und „entwickelten“ Regionen präsentiert, die ihrerseits in geografische Subregionen untergliedert waren. Zwar besteht im System der Vereinten Nationen keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete, doch folgt der Bericht der Unterteilung in Entwicklungs- und entwickelte Regionen und Länder bei Daten für einige Indikatoren weiter, jedoch nur zu statistischen Analyse Zwecken und in Anlehnung an die Praxis der internationalen Organisation, von der die Daten stammen⁶.

Text und Schaubilder enthalten nach Möglichkeit Daten für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer; Ländergruppen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen.

Eine vollständige Liste der Länder jeder Region, Subregion und Ländergruppe findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups/>.

Der Begriff „Land“ bezeichnet in diesem Bericht je nach Fall auch Hoheitsgebiete und Gebiete. Mit den in diesem Bericht verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.



Anmerkungen: • Im gesamten Bericht bezeichnet „Ozeanien“ Ozeanien ohne Australien und Neuseeland.
• Die in dieser Karte und anderen Karten abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen im gesamten Bericht implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

¹ Die vollständige Liste der Indikatoren findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list/>.

² Siehe „SDG Extended Report 2025“ unter <https://unstats.un.org/sdgs/report/2025/extended-report/>.

³ Siehe „Report of the Inter-Agency and Expert Group on Sustainable Development Goal Indicators“ (E/CN.3/2019/2), Anhang I.

⁴ Siehe „Report of the Statistical Commission on its fiftieth session“ (E/2019/24-E/CN.3/2019/34).

⁵ Einzelheiten zum M49-Standard finden sich auf der Website der UN-Statistikabteilung unter <https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49/>.

⁶ In dem Diskussionspapier „Update of the regional groupings for the SDG report and database“ vom 31. Oktober 2016, einzusehen unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups/>, sind diese Veränderungen im Einzelnen beschrieben.

Bildnachweis:

Titelbild © UNICEF/Amin Meerzad

Seite 8 © IAO/E. Raboanally

Seite 10 © UNICEF/Zerihun Sewunet

Seite 12 © UNICEF/Sharifa Khan

Seite 16 © UNDP Uruguay/Pablo La Rosa

Seite 18 © UNFPA-UNICEF Joint Programme on the Elimination of FGM

Seite 20 © UNICEF

Seite 22 © ADB

Seite 24 © IAO/Zoll Rabe

Seite 26 © Union of Operators of Armenia

Seite 28 © UNDP Bangladesh/Fahad Kaizer

Seite 30 © UN-Habitat/Emmanuel Adeleke

Seite 32 © UNEP/Artan Jama

Seite 34 © EYETALK/WMO

Seite 36 © The Ocean Story/Vincent Kneefel

Seite 38 © Climate Visuals Countdown/Michael Eko

Seite 40 © UN-Frauen/Ryan Brown

Seite 42 © UN-Habitat Mexico

Karten: Die Karte auf der Seite 10 stammen von der Statistikabteilung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen.
Die Kartierungsdaten wurden von der Sektion Geoinformationen der Vereinten Nationen bereitgestellt.

Zusätzliche Arbeiten in Gestaltung, Grafikdesign, Lektorat, Satz und Korrekturlesen: Gruppe Inhaltliche Dienste/Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement

Lektorat: Lianne M. C. Beltran

Copyright © 2025 United Nations

Alle Rechte weltweit vorbehalten

Zitierweise: Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen (2025). *Ziele für nachhaltige Entwicklung – Bericht 2025*. New York

Anträge auf auszugsweise Reproduktion oder auf Vervielfältigung sind an das Copyright Clearance Center (<http://www.copyright.com>) zu richten.

Alle sonstigen Fragen betreffend Rechte und Lizenzen, einschließlich Nebenrechten, sind zu richten an:

United Nations Publications, 300 East 42nd Street, New York, NY, 10017, Vereinigte Staaten von Amerika.

E-Mail: publications@un.org; Website: www.un.org/publications

Veröffentlichung der Vereinten Nationen, herausgegeben von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (DESA)

Übersetzung aus dem Englischen: Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, New York

Dieser Bericht wurde von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten gemäß Ziffer 83 der Resolution 70/1 der Generalversammlung erstellt, wonach der Generalsekretär gehalten ist, jährliche Fortschrittsberichte über die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erstellen. Die internationalen und regionalen Organisationen und die Büros, Sonderorganisationen, Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die zu dem Bericht beigetragen haben, sind nachstehend aufgeführt. Weitere Beiträge stammen von Statistikämtern mehrerer Länder und von Sachverständigen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Abteilung Meeresangelegenheiten und Seerecht
Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)
BirdLife International
Büro der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos (UNDRR)
Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)
Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN-Frauen)
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)
Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)
Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS)
Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)
Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten
Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)
Hohes Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)
Internationale Arbeitsorganisation (IAO)
Internationale Energie-Agentur (IEA)
Internationale Fernmeldeunion (ITU)
Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA)
Internationale Organisation für Migration (IOM)
Internationaler Währungsfonds (IWF)
Internationales Forum für die öffentliche Gesamtleistung zur Förderung nachhaltiger Entwicklung (IFT)
Internationales Handelszentrum (ITC)
Internationale Union für die Erhaltung der Natur (IUCN)
Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO)
Interparlamentarische Union (IPU)
Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen
Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)
Open Data Watch
Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)
Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)
Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)
Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat)
Save the Children
Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen
Sekretariat des Übereinkommens über die biologische Vielfalt
Statistische Partnerschaft zur Förderung der Entwicklung im 21. Jahrhundert (PARIS21)
Sustainable Energy for All
Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)
UN-Energie
UN-Ozeane
UN Tourismus
UN- Wasser
Weltbankgruppe
Weltgesundheitsorganisation (WHO)
Welthandelsorganisation
Weltorganisation für Meteorologie (WOM)
Wirtschaftskommission für Afrika (ECA)
Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP)
Wirtschaftskommission für Europa (ECE)
Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC)
Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA)

Zusatzinformationen auf Englisch: Website der Statistikabteilung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung unter <https://unstats.un.org/sdgs>.



„Da uns nur fünf Jahre bleiben, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, müssen wir jetzt einen Gang höher schalten.“

— *ANTÓNIO GUTERRES*
GENERALSEKRETÄR DER VEREINTEN NATIONEN